



**Freie und Hansestadt Hamburg**

**Drucksache XVIII/40**

**Bezirksamt Bergedorf**

**T Ä T I G K E I T S B E R I C H T**

**D E S**

**B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F**

**BERICHTSJAHR 2007**

**(27. Fortschreibung)**



## VORWORT

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2007 vor, um damit wie in den Vorjahren auch über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 28. Mal dokumentiert werden.

Dieser Bericht erscheint in der neuen Gliederung des Bezirksamtes, die mit der Verwaltungsreform ab 01.02.2007 eingeführt wurde.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Dr. Christoph Krupp

Bezirksamtsleiter



## INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
<b>1. Dezernat Steuerung und Service</b>	
1.1 Interner Service	6
Gremienbetreuung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,	6
Gebäudemanagement,	8
Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen	9
Katastrophenschutz,	9
Lichtwarkausschuss	10
1.2 Personalservice	11
1.3 Ressourcensteuerung	
Haushalt	13
Organisation und IT-Angelegenheiten	14
1.4 Rechtsamt	15
(Rechtsentscheidungen und Vertretung in öffentlich-rechtlichen Verfahren einschließlich Rechtsservice)	
<b>2. Dezernat Bürgerservice</b>	
2.1 Fachamt Einwohnerwesen	18
2.2 Fachamt Personenstandswesen	21
<b>3. Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit</b>	
3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum	23
3.2 Fachamt Sozialraummangement	29
3.2.1 Planung, Stadtteilentwicklung und Sanierung	29
3.2.2 Steuerung und Förderung	30
3.2.3 Kommunale Einrichtungen	31
3.3 Fachamt Jugend- und Familienhilfe	33
3.4 Fachamt Gesundheit	39



- 4 -

#### **4. Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt**

4.1	Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung	49
4.1.1	Übergeordnete Planung	50
4.1.2	Städtebaurechtliche Planung	53
4.1.3	Baubauungsplanung	53
4.1.4	Landschaftsplanung	54
4.2	Fachamt Management des öffentlichen Raumes	55
4.3	Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt	60
4.3.1	Gewerberecht, Marktwesen und Lebensmittelüberwachung	61
4.3.2	Abteilung Veterinärwesen	65
4.3.3	Abteilung Technischer Umweltschutz	67
4.4	Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt	69
4.4.1	Wirtschaftsförderung	70
4.4.2	Bauprüfung	72
4.4.3	Kundenservice	73
4.4.4	Umwelt	74



## 1. DEZERNAT STEUERUNG UND SERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2005*	2006*	2007
Beschäftigungsvolumen	92,49	88,85	48,11
Sachkostenbudget			
Ansatz und Rest Vorjahr	44.249	41.550	53.407
Ausgaben	44.249	41.550	53.407
übertragbarer Rest	0	0	0
betreute Fachausschüsse	Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Fachausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, für Sport und Kultur, für Haushalt und Vergabe u.a.		

\* Ehemals Verwaltungsdezernat

### 1.1 Fachamt Interner Service

Leitung: Otto Steigleder, Tel. 42891-2005

	2005	2006	2007
Beschäftigungsvolumen	25,97	24,72	21,46

### **Geschäftsstelle der Bezirksversammlung**

#### **Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit**

	2005	2006	2007
Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien	16	16	16
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	101	113	113
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	571	543	496
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlungen und deren Fachausschüsse	258	233	192
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen	547.567	543.302	547.283
Eingaben an die Bezirksversammlung	55	41	45
Eingaben an die Bezirksamtsleitung	101	145	138

#### **Aufgaben und Entwicklung in 2007**

Die Anzahl der Eingaben an die Bezirksversammlung unterlag weiterhin nur geringen Schwankungen. Auch im Jahr 2007 konzentrierten sich die inhaltlichen Schwerpunkte von Eingaben an die Bezirksversammlung überwiegend bei Verkehrsangelegenheiten. Die inhaltlichen Schwerpunkte bei den Eingaben an die Bezirksamtsleitung lagen erneut bei Bau-, Grün- und Sozialhilfeangelegenheiten.

Neben der ausschussbegleitenden Tätigkeit waren 2007 folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Fortsetzung der Arbeiten für ein Internet-Portal unter dem Domainnamen „bergedorf.de“
- Mitarbeit bei der Einführung eines neuen Einwohnerdatenverfahrens (OK.EWO) für die Bereiche Wahlen und Volksgesetzgebung
- Mitarbeit bei der Organisation und Durchführung des Rathaus- und Stadtfest 17.08. – 19.08.2007



- 7 -

- Mitarbeit bei der Einführung des digitalisierten Ratsinformationssystems für das Ausschusswesen
- Redaktionsarbeit für die Neuauflage des Hamburg-Handbuches (Ausgabe 2007/2008)
- Redaktionsarbeit für die aktuelle Auflage des Örtlichen Telefonbuches
- Mitarbeit im Arbeitskreis Tourismus
- Mitarbeit im Arbeitskreis Sternwarte
- Mitarbeit im Kooperationskreis der Museen
- Mitarbeit in den Arbeitskreisen Neues Wahlrecht u. Volksentscheid
- Mitarbeit bei der Einführung / Erprobung eines digitalen Wahlverfahrens
- Vorbereitung der Volksbegehren „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ und „Rettet den Volksentscheid“
- Organisation und Durchführung des 19. Helfertages der Bezirksversammlung
- am 28. November 2007.
- Organisation und Durchführung des Adventsbasars vom 01. / 02.12.2007

### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Rhythmus von 14 Tagen fanden bei der Bezirksamtsleitung Pressegespräche Pressekonferenzen statt, die vorzubereiten und zu begleiten waren.

Regelmäßig, d.h. nahezu täglich gibt es Kontakte mit der regionalen und überregionalen Presse - bei besonderen Anlässen auch mit Rundfunk und Fernsehen.

Vorbereitung für die Vornahme von:

Ehrungen:	2005	2006	2007
Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit	5	7	9
90., 100. und jeder weitere Geburtstage über 100	166	137	103

Bei 90. Geburtstagen hat seit 2004 die Senatskanzlei die ausschließliche Versendung von Glückwunschkarten übernommen.

Ehrungen zu den 100. Geburtstagen und zu den Ehejubiläen werden weiterhin von den Bezirksamtern durchgeführt.

### • Ziele für 2008

- Durchführung der Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahl im Februar 2008
- Konstituierung der BV und aller Fachausschüsse
- Neuwahl des Jugendhilfeausschusses
- Vorbereitung der Wahl des Seniorenbeirats
- Neubildung der Widerspruchsausschüsse
- Wahl der Schöffen und ehrenamtlichen Richter
- Einführung des digitalisierten Ratsinformationssystems für das Ausschusswesen einschl. Schulung der Mitarbeiter
- Redaktionsarbeit für die Neuauflage der Broschüre „Der Bezirk Bergedorf“ Ausgabe 1008/2009
- Abschluss der Arbeiten mit dem Kooperationskreis Museen
- Mitarbeit im Arbeitskreis Tourismus
- Mitarbeit im Arbeitskreis Sternwarte
- Organisation der Veranstaltung zum Geburtstag des Komponisten Johannes Brahms am 07. Mai 2008
- Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der „Bergedorfer Hafenmeile“ vom 30.05.2008 bis zum 01.06.2008
- Organisation und Durchführung des 20. Helfertages der Bezirksversammlung im November 2008



- 8 -

- Vorbereitung und Durchführung des Volksbegehrens „Selbstbestimmung für die Gastronomie“ im August
- Organisation und Durchführung des Adventsmarktes

## Gebäudemanagement

### Aufgabe und Entwicklung in 2007

	2005	2006	2007
Anzahl der zu unterhaltenden eigengenutzten Gebäude	29	27	27
Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigengenutzte Gebäude	977.565	1.128.989	1.070.457
Nutzfläche der zu unterhaltenden eigengenutzten Gebäude in m <sup>2</sup>	20.594	20.388	20.739
- davon angemietet in m <sup>2</sup>	16.104	15.898	16.249
durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigengenutzte Gebäude je m <sup>2</sup>	3,96	4,56	4,30
durchschnittliche Mietkosten je m <sup>2</sup>	7,23	7,18	7,41

Folgende Arbeiten wurden geleistet:

- Baubegleitung des Neubaus Wentorfer Str. 38 a einschl. Übernahme
- Baubegleitung des Abrisses Garagen hinter Wentorfer Str. 30
- Baubegleitung des Neubaus Garagen hinter Wentorfer Str. 30
- Parkettböden im B-Zimmer, Spiegelsaal und kleiner Saal überarbeitet
- Mitwirkung bei der Realisierung des Projektes „Rathausenerweiterung“
- Einbau vier zusätzlicher Abgeordnetensitze im Großen Sitzungssaal
- Verlegungen von Dienststellen
- Grundinstandsetzung des Daches Spielhaus Kurt-Adams-Platz
- Imprägnierung der Aussenfassade Spielhaus Kiebitz
- Übernahme des JC Lohbrügge-West und Übergabe an den Träger
- Übernahme des Familienhauses Lohbrügge und Übergabe an den Träger

### Ziele für 2008

- Organisation bei der Verlegung der Dienststellen
- Übernahme der neuen Garagen hinter Wentorfer Str. 30
- Baubegleitung des Fahrstuhlprojektes Wentorfer Str. 38
- Innenrenovierungen des Rathauses nach Auszug der Dienststellen
- Auflösung und Rückbau der Gemeinschaftsunterkunft August-Bebel-Str. 210
- Innenrenovierung des Standesamtgebäudes
- Rückgabe des Dienstgebäudes Bult 2 an die GWG
- Räumung und Rückgabe des Ortsamtsgebäudes Kurfürstendeich 41
- Dachvorbau am Spielhaus Blaue Welle erneuern
- Lagerraum für Spielhaus Friedrich-Frank-Bogen schaffen



### Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen (KÜA)

Der Arbeitsschwerpunkt lag wie im Vorjahr in der Herrichtung und Verwaltung von Unterkünften für Asylbewerber. In der einzigen bezirklichen Unterkunft August-Bebel-Straße 210 standen mit Stichtag 31.12. insgesamt zur Verfügung:

Anzahl der Unterkunftsplätze in den bezirklichen Einrichtungen		
2005	2006	2007
164	157	109

In der Gemeinschaftsunterkunft waren per Stichtag 31.12.2007 insgesamt 36 Personen untergebracht. Die Unterkunft wird aufgelöst und das Objekt an den Eigentümer zurückgegeben. Damit endet die Aufgabe des bezirklichen Koordinators im Jahr 2008. Unter der Trägerschaft fördern & wohnen bestehen folgende Unterkünfte:

Pavillon-/Containerdörfer:

- Curslacke Neuer Deich 80 (260 Plätze)
- Curslacke Neuer Deich 78 (260 Plätze)
- Unterkunft für bleibeberechtigte Familien, Obdachlose und Aussiedler Rahel-Varnhagen-Weg 12-24 (270 Plätze)

### Katastrophenschutz

#### Aufgaben und Entwicklung in 2007

Der Schwerpunkt der Aufgaben des Sachgebietes „Zivil- und Katastrophenschutz“ lag 2007 im Bereich Vorbereitung und Durchführung der Übung „LÜKEX 07“. Der Übung lag als Annahme eine Influenza-Pandemie zugrunde. Daneben wurde am 12.10. die praktische Deichverteidigungsübung durchgeführt. In einem erweiterten Übungsrahmen wurde den Einsatzkräften das Zusammenspiel zwischen den Deichfachkräften und den Technischen Einsatzleitungen demonstriert.

Katastrophenschutz	2005	2006	2007
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	2	2	2
Anzahl der Schulungen	8	3	4
Anzahl der Einsätze	0	1	4*

Bei 2 Schulungsterminen wurden insgesamt 10 neue Mitarbeiter des Regionalen Katastrophendienstes (RKD) fortgebildet und in ihre Aufgaben eingewiesen, bei 2 weiteren Terminen wurden die für die Übung LÜKEX vorgesehenen Mitglieder des Stabes in die Besonderheiten der Übung eingewiesen.

\* = Sturmfluteinsätze am 12., 18. und 19.1. sowie am 9.11.2007

#### Ziele für 2008

- Vorbereitung und Durchführung von 3 Übungen
- „Nasser Februar“ Neukonzeptionierte Sturmflut-Stabsrahmenübung mit modularem Aufbau am 11.2.
- „Sturmflut 2008“ unter Beteiligung aller an der Deichverteidigung beteiligten Stäbe in Hamburg 13.09.
- Deichverteidigungsübung am 31.10.



- 10 –

- Schulung der Stabsmitglieder in ihren Aufgabenbereichen
- Fortsetzung der Einführung eines gesamthamburgischen Programms zur Lagedarstellung und Dokumentation
- Erstellung eines bezirklichen Pandemieplanes aufgrund der Erkenntnisse der Übung „LÜKEX“
- Neuauflage der „Handbücher“ zum 01. August 2008

### Lichtwark-Ausschuss

Der Lichtwark-Ausschuss bereichert das Bergedorfer Kulturleben mit folgenden Angeboten: Theateraufführungen, Kabarett-Wochen, mit den Programmen „Stars-Hautnah“ und „Theater-Highlights“, Konzerten und den Jugendwettbewerben im Theater Haus im Park.

Veranstaltungen im Theater "Haus im Park"

	2004/2005	2005/2006	2006/2007
Anzahl der Veranstaltungen	25	21	22
Anzahl der Abonnenten	598	487	620
Anzahl der "freien" Besucher	3.076	2.680	4.000
Auslastung der Veranstaltungen	57,6%	56,1%	63%

### Aufgabe und Entwicklung in 2007

Durch die Aufgabe des Theater-Angebots der Körber-Stiftung Mitte des Jahres ist im Gesamtangebot an Theateraufführungen in Bergedorf eine Lücke entstanden. Dem Vertragspartner Altonaer Theater/Kammerspiele des Lichtwark-Ausschusses ist es in kürzester Zeit gelungen, diese Lücke auszufüllen. Die bestehenden Abo-Serien wurden ergänzt durch die „Theater-Highlight“ und die Serie „Stars-Hautnah“ mit je 6 Vorstellungen sowie die Kabarett-Wochen mit 7 Vorstellungen. Durch diese zusätzlichen Angebote und die verstärkte Werbung ist es gelungen, die Anzahl der Abonnenten von 432 auf 806 zu erhöhen. Die Zahl der freien Verkäufe ist ebenfalls angestiegen. Das Angebot der Kabarett-Wochen wird zur Zeit noch nicht so, wie eigentlich erwartet, angenommen. Hier muss die Werbung in Zusammenarbeit mit dem Vertragspartner Altonaer Theater/Kammerspiele verstärkt werden.

### Jugendwettbewerbe

Die Jugendwettbewerbe fördern eindrucksvoll künstlerisch aktive Kinder und Jugendliche. Die Realisierung wird mit Hilfe ehrenamtlich tätiger Juroren bewältigt. Die Bezirksversammlung hat in ihrer Sitzung am 28.9.2006 die Bedeutung der Jugendwettbewerbe hervorgehoben, ihre Fortführung bekräftigt und auch beschlossen, die Finanzierung aus Sondermitteln zu stärken.

### 44. Jugendmusikantenwettbewerb

Mehr als 160 junge Musikerinnen und Musiker wetteiferten an 2 Wochenenden bei durchgängig hohem Niveau um gute Plätze. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert am 24. Juni.



## 28. Jugend-Theatertage

5 Gruppen mit Darstellern zwischen 5 und 22 Jahren zeigten Aufführungen auf gutem bis sehr gutem Niveau.

### Ziele für 2008

- Weitere Steigerung der Abo-Zahlen z.B. durch Firmen-Abos
- Weitere Steigerung der Zahlen im freien Kartenverkauf
- Verbesserung der Werbung (regelmäßige Vorankündigung in der BZ und dem Wochenblatt und dem Vierländer Boten) Größerer Verteiler für die Plakate
- Regelmäßiger Austausch mit der Körber-Stiftung und den Vertragspartnern Altonaer Theater
- Weiterarbeiten am Konzept zur Finanzierung der Jugendwettbewerbe

## 1.2 Fachamt Personalservice

Leitung: Monika zur Linde Tel.: 42891.2087

	2005	2006	2007
Beschäftigungsvolumen	6,33	5,10	5,35

### Aufgabe und Entwicklung in 2007

2007 war ein Jahr der Veränderungen.

Im Zuge der Verwaltungsreform hatten sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf neue Abläufe, Aufgaben, Kolleginnen und Kollegen, Büros und auch neue Bezeichnungen einzustellen. Neben der Begleitung der betroffenen Fachbereiche durch die Organisation von Qualifizierungs- und Teamentwicklungsmaßnahmen und der Mitarbeit in der Projektgruppe zum Sozialen Dienstleistungszentrum war die Umsetzung und Neurekrutierung von Personal eine Schwerpunktaufgabe. Nachdem in 2005 mit 5 Stellenausschreibungen ein absoluter Tiefpunkt erreicht war, gab es hier –erfreulicherweise- mit 29 Ausschreibungen in 2007 einen echten Boom. Außerdem hat der Personalservice durch flankierende gesundheitsfördernde Maßnahmen Unterstützung angeboten. Im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung wurden 3 Kurse (mit jeweils 8 Terminen) zur Ohrakupunktur für insgesamt 24 Beschäftigte mit dem Ziel der Entspannung und Stressbewältigung durchgeführt. Hinzu kamen eine Informationsveranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Fitness-Studio Befit der TSG zum Thema ‚Bewegung in der Mittagspause‘ und die Versendung von monatlichen Gesundheitstipps per mail an alle Beschäftigten. Die Rückmeldungen hierzu sind positiv.

Weitere –auch politische- Themen, die den Personalservice auch in 2008 beschäftigen werden, waren zum einen die Integration der rückkehrberechtigten und –willigen Asklepios-Beschäftigten und zum anderen die Rekrutierung von sozialpädagogischem Personal für die Allgemeinen Sozialen Dienste.



Engagement war auch im Bereich Ausbildung gefordert. So wurden 10 Schülerinnen und Schüler, 13 Studentinnen und Studenten und Umschülerinnen und Umschüler o.ä. erfolgreich auf Praktikumsplätze innerhalb des Bezirksamtes vermittelt. Neben der Ausbildung zum allgemeinen Verwaltungsdienst bietet das Bezirksamt auch die Ausbildung zum Gärtner im Garten- und Landschaftsbau an. Hier konnte ein Auszubildender des Bezirksamtes seine Ausbildung erfolgreich abschließen. Um die Chancen von Hauptschulabsolventinnen und –absolventen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, arbeitete der Personalservice außerdem aktiv als Berater im Hamburger Hauptschulprojekt mit.

Obwohl nun schon seit Ende 2006 gültig, hat auch die Umsetzung des neuen Tarifvertrages der Länder durch immer wieder neue rechtliche Fragestellungen die Personalverwaltung in 2007 stark gefordert.

<b>Kennzahlen</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	0,9	0,7	1,0
∅ Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	51,54	47,00	68,13
∅ Krankenquote in %	6,4	7,1	7,1 <sup>1</sup>
Quote (in %) der Schwerbehinderten	9,95	10,37	9,5

<b>Das Bezirksamt beschäftigte</b>		<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Beamte		200	192	182
davon (in %)	weiblich	60	61	61
	männlich	40	39	39
	teilzeitbeschäftigt	29	31	30
	beurlaubt o.ä.	6	4	4
Arbeitnehmer (ab 2007 = Angestellte und Arbeiter)		308	303	351
davon (in %)	weiblich	61	61	53
	männlich	39	39	47
	teilzeitbeschäftigt	29	29	30
	weiblich	84	84	86
	männlich	16	16	14
	beurlaubt o.ä.	8	8	7
Arbeiter (ab 2007 in Arbeitnehmer enthalten)		53	54	
Geringfügig u. sonstige Beschäftigte		2	0	2
Auszubildende (gewerblich)		7	7	8
Beschäftigte insgesamt		570	556	543
Honorarkräfte		110	114	155

<sup>1</sup> Stand jeweils 30.11.



## Ziele für 2008

- Begleitung der Verwaltungsreform (Beratung/Coaching, Qualifizierung, Begleitung der Evaluation, Mitarbeit Projektgruppe Dienstleistungszentrum am Bahnhof)
- Unterbringung von Asklepios-Rückkehrern
- Erstmalige Erstellung eines Personalberichtes für das Bezirksamt
- Optimierung des Verfahrens zur Unterbringung von Schulpraktikanten

### 1.3 Fachamt Ressourcensteuerung -Haushalt-

Leitung: Hans Fuhrmann, Tel. 42891-2010

	2005	2006	2007
Beschäftigungsvolumen	8,42	8,38	8,50

#### Aufgabe und Entwicklung in 2007

Das Bewirtschaftungsjahr 2007 war über das Tagesgeschäft hinaus weiterhin geprägt von den Auswirkungen verschiedener, in 2006 eingeleiteter Reform- und Modernisierungsmaßnahmen.

Insbesondere wurden folgende Aufgabenstellungen erfolgreich abgeschlossen:

- Grundlagenarbeit für die Anpassung des bezirklichen Einzelplanes an die veränderten Produktstrukturen der „neuen“ Dezernate für den Doppelhaushalt 2009/10
- Umstellung der SAP-Stammdaten und -Schnittstellen zum Jahresbeginn 2008 im Hinblick auf die neue Aufbauorganisation des Bezirksamtes einschl. Mitwirkung in überbezirklichen Arbeitsgruppen
- Erzeugung einer Vielzahl spezialisierter Überleitungstabellen für den Jahreswechsel 2007/08
- Umstellung der dezentralen Sachmittelbudgets auf die neue Dezernatsstruktur und Aktualisierung der Berechnungsgrundlagen und -methoden
- Einweisungen, Schulungen und Beratung der Mittelbewirtschafter/innen zu den Umstellungen

<b>Gesamtumsatz in TEUR</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Einnahmen	7.001	7.923	7.002
Ausgaben	65.099	63.436	51.683
Bauinvestitionen/Beschaffungen	10.139	8.822	10.476
Sach-, Fach- und Betriebsausgaben	54.960	54.614	41.207
<b>Barumsätze in TEUR</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Einnahmen	2.219	1.842	2.121
Ausgaben	2.242	1.712	2.152



Ergänzend zum laufenden Geschäft für 2008 sieht die Aufgabenplanung der Haushaltsabteilung nachstehende Maßnahmen vor:

- Entwicklung von Vorschlägen zur inhaltlichen Optimierung der Schlüsselindikatoren bei Rahmenzuweisungen mit der Zielsetzung, flächendeckend transparente und methodisch richtige Schlüssel zu erreichen,
- Entwicklung von Strategien zur Umstellung des bezirklichen Bargeldverkehrs auf unbare Zahlungen,
- Finanzielle Absicherung der Betriebskosten für das geplante Mietobjekt Dienstleistungszentrum am Bahnhof Bergedorf.

#### 1.4 Fachamt Ressourcensteuerung -Organisation und IT-Angelegenheiten-

	2005	2006	2007
Beschäftigungsvolumen am letzten Tag des Jahres/Quartals	10,50	8,73	7,80
Investitionsausgaben für den Einsatz von IuK - Technik in T € (Standardersatzbeschaffung)	80	58	- <sup>2</sup>

#### **Aufgabe und Entwicklung in 2007**

Organisation und IT – Angelegenheiten hatten in 2007 die Arbeitsschwerpunkte:

- Die Prozesse aus den Senatsentscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung und Entflechtung waren bis zur Jahresmitte zu begleiten.
- Erste Fälle der Überprüfung bzw. Umsetzung der neu festgesetzten Wertigkeiten im Beamtenbereich für Tarifbeschäftigte als Anlass der Bürgerschaftsdrucksache 5198 „personalwirtschaftliche Maßnahmen für die Bezirksverwaltung im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung – Veränderung der Stellenpläne der Bezirksämter“ sind abgewickelt worden.
- Das Schwergewicht der Entflechtung lag im Bereich der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Das Bezirksamt Bergedorf war für deren Geschäftsfelder „Federführungsamt“ und somit bei allen Ressourcenfragen beteiligt.
- Der Schwerpunkt der Federführungsaufgaben lag 2007 vor allem bei der Verteilungsrechnung des auf die Bezirksämter übergegangenen Personalkostenbudgets mit einem Volumen von mehr als 2 Millionen Euro auf die anderen Bezirksämter.
- Begleiten der Vorhabens Rathausenerweiterung und Schaffen der IT-seitigen Voraussetzungen zur Realisierung des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt im Dezember
- Optimieren der Auswertungsmöglichkeiten der Personal- und Budgetdaten gemeinsam mit der Personalabteilung.
- Mitarbeit im zentralen Projekt Benchmarking der Finanzbehörde sowie bei der Anpassung der Produktinformation für den Haushalt an die neue Aufbauorganisation.

<sup>2</sup> Ab 2007 wird der notwendige Standardersatzbedarf an IT (Hardware) durch dataport abgewickelt.



- Planen, Koordinieren, Realisieren und Betreuen von Vorhaben der Informationstechnologie innerhalb des Bezirksamtes und Betreuen der unterschiedlichen Verfahren und der Anwender.
- Mitwirken in den überbezirklichen/-behördlichen Projekten zur Neuordnung der IuK- (neu: IT-) Organisation bzw. Administration. Der ESARI-Prozess (mit dem Ziel des zentralen IT-supports durch dataport ) musste bis zur Jahresmitte begleitet werden. Die Überführung aller Dienststellen zum Dienstleister ist vollzogen.
- Mitwirken am Projekt „Hamburg-Service“.

**Ziele für 2008**

- Fortsetzen des Überprüfens der Maßnahmen aus als Anlass der Bürgerschaftsdrucksache 5198 „personalwirtschaftliche Maßnahmen für die Bezirksverwaltung im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung – Veränderung der Stellenpläne der Bezirksämter“ vor allem im Federführungsbereich.
- Umsetzen der Konsequenzen des Tarifvertrages der Länder im dezentralen Stellenplanverfahren
- Wahrnehmen der Funktion des „Hamburg-Service-Redakteurs“ zur Optimierung und Aktualisierung der Dienstleistungs-, Organisation und Personendaten. Moderation des Prozesses zur weiteren Optimierung des Konzepts zur telefonischen Erreichbarkeit.
- Für das bezirksamtsinterne Projekt Dienstleistungszentrum am Bahnhof werden die Aufgaben fortgeführt ( Geschäftsführung und raumkonzeptionelle Fragen)
- Schaffen der Voraussetzungen zur Nutzung des IP-Telefonie in 2009.

**1.5 Rechtsamt**

Leitung: Angela Braasch-Eggert, Tel. 42891-2028/2029

	2005	2006	2007
Beschäftigungsvolumen	4,5	4,05	3,0

**Aufgabe und Entwicklung in 2007**

Nach der Bezirksverwaltungsreform gehört das Rechtsamt nunmehr zum Dezernat 1. Neben dieser formalen gab es aber auch inhaltliche Veränderungen. So ist der Bezirk Bergedorf seitdem zentral für ganz Hamburg zuständig für Angelegenheiten der Unterhaltssicherung von Wehr- und Zivildienstleistenden sowie Reservisten. Daraus ergeben sich Widerspruchsverfahren, denn nicht alle Betroffenen sind zufrieden mit der Entscheidung der Dienststelle. Schließlich ist die Aufgabe der rechtlichen Prüfung von Bebauungsplänen und Begleitung der Verfahren auf die Bezirke übergegangen. Dafür hat das Rechtsamt 0,5 zusätzliche Stellen erhalten. Aktuell werden 15 B-Pläne betreut. Diese Zahl ist in der folgenden Statistik nicht enthalten, bindet aber nicht unerhebliche Arbeitskapazität.

Die Fallzahlen im Rechtsamt bewegen sich zwar innerhalb der üblichen Schwankungsbreiten, die Gesamtzahl der Widerspruchsverfahren ist aber zurückgegangen. Erfreulich sind die Erhöhung der Erledigungszahlen und der damit verbundene Abbau der Bestände. Der Rückgang der Fallzahlen beim Rechtsservice ist darauf zurückzuführen, dass im Zuge der Verwaltungsreform die Zuständigkeit für die Bearbeitung von Senatsdrucksachen (Erarbeitung von Stellungnahmen, Antwortbeiträge zu Großen und Kleinen bürgerschaftlichen Anfragen) vom Rechts- zum Verwaltungsdezernat gewechselt ist.





- Jugend-, Grundsicherungs- und Sozialangelegenheiten			
- Zugang	156	121	134
- erledigt	163	148	153
- davon zugunsten d. Widersprechenden	13,5 %	11,49 %	13,7 %
- Rest	95	68	49
Wohngeld, USG, Elterngeld			
- Zugang			37
- erledigt			54
- davon zugunsten d. Widersprechenden			20,1 %
- Rest			11
- Einwohneramtsangelegenheiten			
- Zugang	26	55	2
- erledigt	17	42	1
- davon zugunsten d. Widersprechenden	0 %	23,81 %	
- Rest	15	28	2
- Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten			
- Zugang	45	51	18
- erledigt	52	38	31
- davon zugunsten d. Widersprechenden	21,15 %	7,89 %	9,67 %
- Rest	13	26	13
- Gebührenangelegenheiten			
- Zugang	31	16	20
- erledigt	32	28	19
- davon zugunsten d. Widersprechenden	25 %	21,23 %	16,5 %
- Rest	21	9	10
- Ausländerangelegenheiten			
- Zugang	15	27	28
- erledigt	20	21	31
- davon zugunsten d. Widersprechenden	20 %	23,81 %	6,5 %
- Rest	8	14	14

### Verfahren vor den Gerichten

(Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)

**2005**                      **2006**                      **2007**

#### Antragsverfahren I. und II. Instanz

- anhängig wurden	48	27	33
- abgeschlossen wurden	46	37	31
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	10	7	3
- Bestand	18	8	10

#### Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz

- anhängig wurden	81	98	145
- abgeschlossen wurden	115	79	146
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	21	14	29
- Bestand	133	152	167

### Rechtsservice

Zugang	377	326	287
Erledigung	445	295	324
Rest	118	149	111



### Verfahrensdauer in Tagen

	265,7	212,2	220,7
<i>Verfahren im Bezirksamt</i>			
- davon Widerspruchsverfahren	271,5	228,6	213,5
<i>Gerichtsverfahren</i>			
- Antragsverfahren	104,2	160,9	144
- Beschwerdeverfahren	192,6	112,6	167
- Klageverfahren	506,1	435,5	515
- Berufungsverfahren	1.125,4	687,3	528

## 2. DEZERNAT BÜRGERSERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2005*	2006*	2007
Beschäftigungsvolumen	—	—	30,81

\* zum Verwaltungsdezernat gehörend

### 2.1 Fachamt Einwohnerwesen

(Einwohnerdaten und Ausländerangelegenheiten)

Leitung: Siegward Zur, Tel. 42891- 3462

	2005	2006	2007
Beschäftigungsvolumen	30,56	30,38	21,91

### **Aufgabe und Entwicklung 2007**

Das neue Fachamt für Einwohnerwesen hat im Zuge der Bezirksverwaltungsreform zum 01.02.2007 die Wohnungsabteilung mit den Abschnitten für Wohnungswesen und für soziale Leistungen wie Wohngeld, Elterngeld und Unterhaltssicherung an das Grundsicherungsamt abgegeben.

Das Jahr 2007 war entscheidend geprägt von den technischen Problemen als Folge der Umstellung des Meldedatensystems von MEWES (Meldewesen) auf OK.EWO (offene Kommunalverwaltung Einwohnerwesen). Diese Umstellung war aber notwendig, weil das bisherige, allein in Hamburg angewendete System MEWES nicht den rechtlichen Vorgaben zur bundesweiten Kompatibilität von Meldedaten entsprach. Mangelnder Komfort in der Bedienung des neuen Systems, vielfältige technische Probleme und häufige Systemausfälle führten zu vollständigen Schließungen von Bürgerzentren, nicht verlässlichen Öffnungszeiten und zeitweise nur mit dürftigen Notdiensten aufrechterhaltenem Dienstbetrieb.

Die Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führten zu bisher nicht gekannten hohen Krankenständen. Eine deshalb durchgeführte Gefährdungsanalyse zeigte die Probleme in den Bürgerzentren deutlich auf. Eine ungewöhnlich hohe Personalfuktuation - insgesamt 8 neue Kräfte im Laufe des Jahres - war ein weiteres Kriterium für die zu überwindenden Schwierigkeiten. Eine neue Dienstleistung ist 2007 den Bürgerzentren zugeordnet worden: Die erstmalig in Hamburg für Familien mit Kindern angebotenen Familienpässe, mit welchen u.a. verbilligte HVV-Fahrscheine und eine Vielzahl weiterer Kostenvergünstigungen verbunden sind, wurden mit Gültigkeit ab 01.07.2007 eingeführt.



Das neue biometrische Merkmal in Personaldokumenten (Fingerabdruck im Reisepass) ist zum 01.11.2007 eingeführt worden.

Mit Ausscheiden des Ortsamtsleiters aus dem aktiven Dienst im November 2007 wurde der Beschluss des Senates, u.a. das Ortsamt Vier- und Marschlande aufzulösen, umgesetzt. Für die letzte im ehemaligen Ortsamtsgebäude verbleibende Dienststelle, dem Bürgerzentrum, konnte ein neues Dienstgebäude am Neuengammer Hausdeich in unmittelbarer Nähe zum belebtesten Knotenpunkt der Vierlande, dem Kreuzungsbereich Neuengammer Hausdeich / Curslacker Heerweg, gefunden werden. Mit einem Umzug der Dienststelle in das neue Gebäude ist im April/Mai 2008 zu rechnen.

Die Wiederherstellung der vollen Leistungskraft mit eingearbeitetem Personal konnte dank des überaus großen Einsatzes aller Beteiligten bereits im Spätherbst erreicht werden. Seitdem sind alle drei Bürgerzentren wieder verlässlich geöffnet und stehen in gewohnter und anspruchsgerechter Form für kundenorientierte Dienstleistungen zur Verfügung.

Im Zuge dieser Anstrengungen konnte auch erreicht werden, dass sich die Wartezeiten für Kunden wieder auf ein Niveau zu bewegen, welches den Ansprüchen und Zielen des Einwohneramtes genügt:

Wartezeiten sollen durchschnittlich weniger als 20 Minuten in den Bürgerzentren und weniger als 40 Minuten in der Ausländerabteilung betragen.

Hinweis: Die Wartezeiten sind nur gemessen für Kunden, die nach dem sog. Vorchecken eine Wartenummer erhalten haben. Nicht gemessen werden die Wartezeiten für jene Kunden, die nach dem Vorchecken das Amt verlassen haben oder verlassen mussten, oder die sofort am Info-Tresen, d.h. de facto ohne Wartezeit, bedient worden sind.

Die Optimierung der telefonischen Erreichbarkeit wurde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern selbständig erarbeitet und umgesetzt. Mit diesen Anstrengungen hat das Einwohneramt wieder einen vorderen Platz in der Erreichbarkeit eingenommen.

Allgemeine Kennzahlen	31.12.04 2005	31.12.05 2006	30.09.07 2007
Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf <sup>i</sup>	118.414	118.282	119.665

Die Zahlen beziehen sich in den Jahren 2006 und 2005 jeweils auf den 31.12. des Vorjahres. War am Jahresende 2005 ein leichter Rückgang zu verzeichnen, so sind die Zahlen bis August 2006 bereits wieder gestiegen auf 119.113 Einwohner.

### **Gesetzliche Veränderungen, technische Veränderungen / Verbesserungen**

Die Folgen aus Anlass der vollständigen Ablösung des bisher geltenden Ausländerrechts durch das neue Aufenthalts- und anderer Gesetze haben sich in 2007 relativiert: Die Neuerungen sind umgesetzt und in funktionierende Arbeitsabläufe eingefügt. Nachdem auch die bezirkliche Ausländerbehörde zeitweise mit erheblichen Personalproblemen belastet war, konnte im Herbst wieder ein geregelter und kundenorientierter Dienstbetrieb konstatiert werden.



## Ausländerabteilung

Unverändert gilt, dass durch die Erweiterung der Europäischen Union der Zustrom von EU-Bürgern in die Bundesrepublik stetig anwächst.

Damit steigt gleichzeitig auch die Zahl der zu erteilenden Aufenthaltsgenehmigungen. Festzustellen ist, dass sich EU-Bürger in zunehmendem Maße zwar anmelden, aber innerhalb der vorgegebenen Fristen keine Unterlagen beibringen, aus welchen das Recht auf Freizügigkeit abzuleiten ist. Den gesetzlichen Regelungen folgend muss hier nach 6 Monaten eine Aufforderung zur Ausreise aus der Bundesrepublik erfolgen, was einer Ablehnung einer Aufenthaltsgenehmigung gleichkommt.

Die mit hohem Zeitaufwand durchgeführte Befragung im Rahmen der Terrorismusbekämpfung wird auch künftig durchgeführt. Bericht und Daten über Wohnraumversorgung und –schutz sowie Wohngeld, Erziehungsgeld, Mietbeihilfen, Lastenzuschüsse, Unterhaltssicherung sind künftig dem Bericht des Grundsicherungsamtes zu entnehmen.

### **Folgende Veränderungen für die tägliche Arbeitspraxis werden in 2008 erwartet bzw. sind vorbereitet oder in Vorbereitung:**

Gegen Ende des Jahres 2008, spätestens zu Beginn des Jahres 2009, soll ein neues Bundesmeldegesetz erlassen werden.

Wesentliche Ziele sind

- die Schaffung eines zentralen, bundesweiten Datenbestandes bis 2011, in welchen u.a. die für 2008 geplante Steueridentifikationsnummer integriert werden soll,
- Schaffung der Möglichkeit für den Bund, gegenüber Behörden und Privaten Auskünfte aus dem Meldedatenbestand zu erteilen,
- Einrichtung elektronischer Bürgeradressen für die Postzustellung auf freiwilliger Basis,
- bundeseinheitliche Definition der Begriffe Familienwohnsitz, Haupt- und Nebenwohnung,
- evtl. Wiedereinführung der Vermietereinzugsbestätigung zur Vermeidung von Scheinmeldungen,
- Speicherung der Daten des Wohnungs-Verfügungsberechtigten (Wohnungsgeber).

Die bereits für 2007 geplante Einführung einer bundesweit einheitlichen Steuernummer für jeden Bürger ist in das Jahr 2008 verschoben worden.

### **Ziele für 2008**

- Neues Dienstgebäude für das Bürgerzentrum Vier- und Marschlande; Umzug des Bürgerzentrums vom Kurfürstendeich in den Neuengammer Hausdeich und Eröffnung im Mai/Juni 2008.
- Öffnung der Bürgerzentren; Die Aufrechterhaltung eines dauerhaft regelmäßigen Dienst- und Kundenbedienbetriebes und damit die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in verlässliche Öffnungszeiten bzw. Kundenbedienung ist oberste Priorität. Sollten wider Erwarten aus nicht vorhersehbaren Gründen nicht alle Bürgerzentren ausreichend personell besetzt werden können, ist zuerst das Bürgerzentrum Bergedorf geöffnet zu halten und möglichst vollständig zu besetzen. Dafür werden ggf. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunächst aus Vier- und Marschlande, dann aus Neuallermöhe abgezogen.

- Verringerung des Publikumszulaufes in die Dienststellen;



insbesondere die Verringerung von Mehrfachbesuchen vieler Kunden durch gezielte Werbung für die Nutzung des Internets, des telefonischen HHServices, der Terminvereinbarung, der Allzuständigkeit des Einwohnerwesens in Hamburg und des Postweges soll intensiviert werden.

- Weitere Senkung der durchschnittlichen Wartezeit durch Einhaltung verlässlicher Öffnungszeiten und kundenorientiertes Personaleinsatzmanagement.
- Wiederherstellung gleichmäßiger Auslastung der Bürgerzentren durch gezieltes Verteilen von Back-Office-Aufgaben und punktueller Konzentration der telefonischen Erreichbarkeit.
- Verbesserung der Einsatzmöglichkeiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unterschiedlichen Aufgabenbereichen durch Wiederaufnahme entsprechender Ausbildung und Einarbeitung.

## 2.2 Fachamt Personenstandswesen

Leitung: Peter Kurschildgen, Tel. 42891-2500

	2005	2006	2007
Beschäftigungsvolumen	9,75	9,50	8,90
Geburtsbeurkundungen	1004	938	912
Davon mit Ausländerbeteiligung	287	252	240
Sterbefallbeurkundungen	816	882	854
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	5,5	5,5	6,0
Anmeldungen der Eheschließung (Aufgebote)	757	724	644
Davon mit Ausländerbeteiligung	115	105	93
Eheschließungen	600	548	481
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	465	501	480

### **Aufgabe und Entwicklung in 2007**

Erfreulicherweise hat sich die Nachfrage nach Eheschließungen außerhalb des Standesamtes erheblich gesteigert. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung von 10 auf 25 Eheschließungen zu verzeichnen.

Das Bergedorfer Schloss, das Zollenspieker Fährhaus, die Bergedorfer Schiffe, das Rieck-Haus, das Bergedorfer Forsthaus und die Gaststätte Oortkaten wurden von den Brautpaaren als Eheschließungsort gewünscht.

An prägnanten Tagen des Jahres 2007 hat das Standesamt – wie in den Vorjahren – für die Durchführung der Eheschließungen ein besonderes Programm erstellt. Am 07.07.2007 – das Datum war bei den Brautpaaren sehr beliebt – haben 16 Eheschließungen stattgefunden. Der 20.07.2007 fand bei den Brautpaaren ebenfalls reges Interesse. An diesem Tage hat das Standesamt 10 Eheschließungen durchgeführt.

Seit einigen Jahren präsentiert sich das Standesamt im Internet. Die Internetseiten werden regelmäßig überarbeitet. Ein zusätzlicher Beitrag wurde in 2007 hinzugefügt.



Die Teilnahme der Bediensteten an regelmäßigen Fortbildungsveranstaltungen des Landesverbandes der hamburgischen Standesbeamten sowie der Fachakademie sind weiterhin ein fester Bestandteil zur Erhöhung der Fachkompetenz der Bediensteten.

Die Ausgestaltung des Gebäudes und der Diensträume mit verschiedenartigen Dekorationen (den Festen und sonstigen Anlässen angepasst) wird von den Kunden als sehr positiv bewertet und gibt dem Standesamt eine besondere Ausstrahlung. Sie trägt dazu bei, dass sich der Kunde im Standesamt wohl fühlt.

### Ziele für 2008

- Am 01.01.2009 tritt das neue Personenstandsgesetz in Kraft. Die Bediensteten des Standesamtes sind in 2008 vorerst mit dem Vollzug der vorgezogenen Regelungen beschäftigt, als da wären die Rückführung der Familienbücher an das Heiratsstandesamt und die Anwendung der neuen Angleichungsvorschrift des Art. 47 EGBGB.
- Das Jahr 2008 wird ebenso dazu genutzt, die Bediensteten durch intensive Schulungen mit den neuen gesetzlichen Bestimmungen vertraut zu machen.
- Steigerung des Serviceangebotes durch Eheschließungen am Freitag, den 08.08.2008 und am Mittwoch, den 20.08.2008.
- Stabilisierung der Kundenzufriedenheit durch die Benotung auf der Basis der laufenden Kundenbefragung nicht schlechter als 2,0.
- Angebot von mindestens 110 Eheschließungen im Bergedorfer Schloss.
- Ausbau und regelmäßige Überarbeitung der Homepage im Internet.
- Angebot von Eheschließungen außerhalb des Standesamtes.

## **3. DEZERNAT SOZIALES, JUGEND UND GESUNDHEIT**

Leitung: Angela Braasch-Eggert 2028/2029

	2005*	2006*	2007
Beschäftigungsvolumen	100,58	106,51	157,98
Sachkostenbudget			
Ansatz und Rest Vorjahr	46.287	29.115	98.640
Ausgaben	46.287	29.115	74.751
übertragbarer Rest			23.889
betreute Fachausschüsse	Fachausschüsse für Sport und Kultur, für soziales, Gesundheit und Integration, Jugendhilfeausschuss		

\* ehemaliges Jugend- und Sozialdezernat

Einführung zu den Einzeldarstellungen der Fachämter

Mit der Verwaltungsreform ist ein neues Dezernat mit den vier Fachämtern Jugend- und Familienhilfe, Sozialraummanagement, Soziales Dienstleistungszentrum

sowie Gesundheitsamt gebildet worden. Damit wurden Aufgabenbereiche unter einem Dach zusammengeführt worden, die mit der Situation von



Menschen im Bezirk, ihrer Entwicklung und ihrem Wohlbefinden, ihrer Versorgung und Gesundheit sowie ihrem sozialen Miteinander zu tun haben. Das zwingt zu einer Betrachtung von Problemen über den Tellerrand des eigenen Fachgebiets hinaus.

Für das Bezirksamt war es von Anfang an wichtig, die Veränderungen nicht als einen bloßen Austausch von Etiketten zu betrachten, sondern auch inhaltlich zu füllen. Zunächst aber ging es darum, die neue Organisation umzusetzen. Das betraf insbesondere den Aufbau des neuen Fachamts Sozialraummanagement mit der Aufteilung jugendamtlicher Aufgaben zwischen diesem und dem Fachamt Jugend- und Familienhilfe sowie die Besetzung der Leitungsstellen. Bislang noch nicht umgesetzt wurde die räumliche Zusammenführung von Fachämtern des Dezernats. Sie befinden sich noch in vier unterschiedlichen Dienstgebäuden. An der Konzeption des Sozialen Dienstleistungszentrums am Bahnhofsvorplatz, in dem drei Fachämter ihre Dienstleistungen anbieten werden, wird intensiv gearbeitet.

### **3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum**

Leitung: Angelika Lange, Tel. 42891.2120

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Beschäftigungsvolumen	29,57	33,01	47,52

#### **Aufgabe und Entwicklung in 2007**

##### Allgemeines

Im Rahmen der neuen Dezernatsstruktur der Bezirksamter wurden das Fachamt Grundsicherung und Soziales und das Soziale Dienstleistungszentrum zusammengefasst. Der Aufbau des Sozialen Dienstleistungszentrums ist für das Jahr 2010 am Bahnhofsvorplatz geplant. In einem ersten Schritt hat das Soziale Dienstleistungszentrum bereits seit Februar 2007 diverse Dienstleistungen übernommen, die bisher im Einwohneramt angebonden waren: Wohnungsangelegenheiten (Wohnungsberechtigungsbescheinigungen, Wohnraumvermittlung), Wohngeld/Lastenzuschüsse (im Duwockskamp) sowie Unterhaltssicherung zentral für Hamburg und Erziehungs-/Elterngeld (Fleetplatz). Der Abschnitt für Wohnungsangelegenheiten wurde bei dieser Gelegenheit aufgrund der Aufgabennähe zur Verbesserung der Kooperation der Fachstelle für Wohnungsnotfälle eingegliedert.

##### Sozialhilfe und Grundsicherung

Hinsichtlich der Abgrenzung des Leistungsanspruchs der Sozialhilfe nach SGB XII und der Grundsicherung für Erwerbsfähige nach SGB II ist die Frage der Erwerbsfähigkeit von zentraler Bedeutung, über die grundsätzlich die Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II – team.arbeit.hamburg (Team Arbeit Hamburg - Jobcenter Bergedorf) entscheidet. Teilt das Soziale Dienstleistungszentrum die Einschätzung der Arge nicht, entscheidet die Einigungsstelle. Bereits im Jahr 2006 hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) mit der Arbeitsagentur Hamburg, der Arge und der Deutschen Rentenversicherung Nord (DRV Nord) eine Vereinbarung zum Verfahren bei der Begutachtung in Fragen der Erwerbsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit getroffen. Dieses sog. Vorverfahren hat sich bewährt. Im Jahr 2007 wurde vom Bezirk Bergedorf in keinem Fall die Einigungsstelle angerufen



Die Gesundheitsreform und die daraus resultierenden gesetzlichen Neuerungen haben zur Erweiterung des Krankenversicherungsschutzes für einen Teil bisher nicht versicherter Bürgerinnen und Bürger geführt. Mit dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung ist ein zusätzlicher Personenkreis in die Gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen worden; hierzu gehören u.a. Personen, die keine laufenden Leistungen nach dem SGB XII beziehen, sondern ausschließlich Leistungen der Hilfe bei Krankheit erhalten. In der GKV gibt es seit dem 01.04.2007 die Pflicht zum Abschluss einer Kranken- und Pflegeversicherung für Personen, die zuletzt (vor dem dann beispielsweise durch Arbeitslosigkeit eingetretenen Verlust der Krankenversicherung) gesetzlich krankenversichert waren. In der privaten Krankenversicherung besteht ab dem 01.07.2007 ein Beitrittsrecht in den sog. Standardtarif. Der Standardtarif umfasst sämtliche Regelleistungen der GKV. Einen Versicherungsschutz für alle Bürgerinnen und Bürger gibt es aber nach wie vor nicht. Die Krankenbehandlung von Empfängern von Leistungen u.a. der Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung wird weiterhin im Rahmen einer Betreuung durch die Krankenkasse nach § 264 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch, SGB V, übernommen.

#### Aufenthaltsrechtliche Veränderungen und ihre Auswirkungen

Das Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union (EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetz) ist am 28. August 2007 in Kraft getreten. Dieses Gesetz hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Ausländer, denen eine Aufenthaltserlaubnis (AE) aus humanitären Gründen und nicht wegen des Krieges in ihrem Heimatland nach § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erteilt worden ist, gehören nicht mehr zu den Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG. Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Abs. 1 AsylbLG wegen des Krieges im Heimatland gibt es zurzeit nicht mehr. Alle Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG haben nunmehr einen Leistungsanspruch nach dem SGB II. Im Bezirk Bergedorf sind 44 Bedarfsgemeinschaften mit insgesamt 113 Personen in die Zuständigkeit der Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II – team.arbeit.hamburg gewechselt.

Mit Inkrafttreten des EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetzes wurde darüber hinaus eine gesetzliche Altfallregelung (sogenannte Bleiberechtsregelung, Beschluss der Innenminister im November 2006) geschaffen. Damit wird langjährig im Bundesgebiet geduldeten Ausländern die Perspektive auf einen dauerhaften Aufenthalt und die Chance zur Integration in den Arbeitsmarkt eröffnet. Mit Erteilung der entsprechenden Aufenthaltserlaubnis sind diese Personen nicht mehr nach dem AsylbLG leistungsberechtigt. Sie haben vielmehr Anspruch auf alle Leistungen nach dem SGB II. Bisher ist aufgrund dieser Neuregelung im Bezirksamtbereich jedoch noch in keinem Fall ein Leistungswechsel eingetreten.

#### Eingliederungshilfe, Gesamtplanverfahren

Die Entwicklung, Vorbereitung und Einführung des gesetzlich vorgeschriebenen Gesamtplanverfahrens für alle Hilfearten der Eingliederungshilfe ist auch im Jahr 2007 nicht abgeschlossen worden. Im Sommer 2007 ist aber entschieden worden, dass der sozialhilferechtliche und sozialpädagogische Fachdienst sowie die Projekte in der Eingliederungshilfe im Rahmen der Entflechtung von der Fachbehörde zum Bezirksamt Wandsbek verlagert werden. Mit der Verlagerung wird der Aufbau des Fallmanagements für ambulante Eingliederungshilfen und die schrittweise Einführung des Gesamtplanverfahrens für alle Leistungen der ambulanten Eingliederungshilfe verbunden.



Die Sicherung und Versorgung mit eigenem Wohnraum waren, sind und bleiben generelle Ziele der Bezirklichen Fachstelle für Wohnungsnotfälle. Die Sicherung von Wohnungen wurde auf hohem Niveau fortgesetzt. Die Anzahl Wohnungsvermittlungen konnte gegenüber 2006 noch gesteigert werden. Insgesamt wurden 269 Wohnungsvermittlungen erzielt.

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) hat Ende 2007 einen Evaluationsbericht über die Arbeit der Fachstellen für Wohnungsnotfälle vorgelegt. Die Evaluation ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Fachstellen erfolgreich Hilfen zur Beseitigung und Verhinderung von Obdachlosigkeit „aus einer Hand“ anbieten und mit den Hilfeangeboten anderer Einrichtungen und Dienste gut vernetzt sind. Auch in allen anderen Bezirken ist die Anzahl der Wohnungsvermittlungen gegenüber 2006 gestiegen. Sie bildet einen Schwerpunkt in der Arbeit mit wohnungslosen Menschen. Im Rahmen der Hilfeplanung werden für die betroffenen Menschen weitere Hilfen etwa der Sucht- oder Schuldnerberatung vermittelt.

### Elterngeld

Am 01.01.2007 ist das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) in Kraft getreten. Das bedeutet, dass Eltern für ab dem 01. Januar 2007 geborene Kinder Elterngeld erhalten. Für alle Kinder, die bis zum 31. Dezember 2006 geboren wurden, gilt auch weiterhin das Bundeserziehungsgeldgesetz (BERzGG). Danach bekommen Eltern maximal 24 Monate Erziehungsgeld. Das BERzGG läuft somit am 31.12.2008 aus und wird komplett durch das BEEG ersetzt. Die zu berücksichtigenden Änderungen, Schulungen, Klärungen rechtlicher Fragestellungen usw. bildeten im Jahr 2007 den herausragenden Schwerpunkt in diesem Leistungsabschnitt.

Mit dem Elterngeld soll dazu beigetragen werden, dass es beiden Elternteilen auf Dauer besser gelingt, ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern. Es vermeidet dauerhafte Einbußen mit der Gefahr einer Abhängigkeit von staatlichen Fürsorgeleistungen, es eröffnet Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf und fördert wirtschaftliche Selbständigkeit. Erwerbstätige Eltern, die ihr Berufsleben unterbrechen oder ihre Erwerbstätigkeit auf höchstens 30 Stunden wöchentlich reduzieren, erhalten zwölf Monate lang eine Elterngeldleistung in Höhe von mindestens zwei Dritteln des vorherigen Nettoeinkommens, höchstens 1.800 Euro. Zwei Partnermonate werden zusätzlich als Bonus gewährt, wenn auch der Partner wegen der Kindererziehung seine Erwerbstätigkeit einschränkt oder unterbricht. Das Elterngeld unterstützt Eltern, die nicht vollständig erwerbstätig sind, durch einen Mindestbetrag in Höhe von 300 Euro, auch wenn vor der Geburt keine Erwerbstätigkeit bestanden hat. Eltern mit kleinen Einkommen und Eltern von Geschwisterkindern, die in enger Folge geboren werden, werden besonders berücksichtigt. Mit dem Elterngeld können Eltern wählen, wer in welchem Umfang und wann in der möglichen Bezugsdauer von 14 Monaten die Leistung in Anspruch nimmt. Dabei sind mindestens zwei Monate für jeden der beiden Partner vorgesehen. Sie können die Elterngeldmonate auch gleichzeitig beanspruchen oder bei gleichem Gesamtbudget auf die doppelte Bezugsdauer dehnen.

Nachdem die Antragszahlen für das Erziehungsgeld in den ersten 3 Quartalen kontinuierlich zunahmen, waren sie im 4. Quartal leicht rückläufig. Die Antragszahlen für das Erziehungsgeld sind naturgemäß aufgrund des Zeitablaufs stark rückläufig und werden im Laufe des Jahres 2008 schließlich ausbleiben.



Im Bereich der einmaligen und laufenden Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz haben die Vorgänge insgesamt zugenommen. Ein Anstieg war im Bereich der Leistungen für Grundwehrdienstleistende und Zivildienstleistende, ein Rückgang bei den Wehrübenden zu verzeichnen. Auch im Jahr 2007 war die Wahrnehmung dieser in Bergedorf zentral für ganz Hamburg angebotenen Dienstleistungen davon geprägt, dass die Kunden weit überwiegend den telefonischen oder schriftlichen Kontakt suchen und von persönlichen Vorsprachen absehen.

Die Anzahl der Empfänger von Wohngeld oder Lastenzuschuss ist erstmals seit 2005 wieder angestiegen. In diesem Leistungsbereich sind für 2007 der neu eingeführte Sozialdatenabgleich (s.u.) und die Vorbereitung auf die 10. Wohngeldnovelle, die im Jahr 2008 umgesetzt werden soll, besonders hervorzuheben.

#### Sozialdatenabgleich

Der Sozialdatenabgleich zur Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe wird aufgrund der sehr geringen Missbrauchsquote (0,15 %) nicht mehr quartalsweise, sondern halbjährlich fortgeführt. Während insoweit die Arbeitsbelastung in der Sozialhilfesachbearbeitung in diesem Tätigkeitsbereich etwas rückläufig ist, war der Sozialdatenabgleich im Wohngeldbereich beherrschendes Thema. Für die Rechtmäßigkeit des Wohngeldbezuges ist nicht verschwiegenes Vermögen, sondern verschwiegenes Einkommen von Bedeutung, das sich jedoch aus dem Vermögen in Form von Zinsen ergeben kann, die bei der Berechnung hätten angegeben werden müssen. Anfänglich wurden pro Quartal mehr als 3.000 Datensätze über Zinseinkünfte aus Vermögen eingespielt, darunter Einkünfte, die bereits bekannt oder nicht zu berücksichtigen waren oder trotz Bearbeitung im Folgequartal erneut eingespielt wurden. Durch technische Anpassungen konnte die Anzahl der Dateneinspielungen verringert werden. Auswertungen hinsichtlich der Anzahl von Missbrauchsfällen liegen bisher noch nicht vor.

#### Kundenbefragung, Eingangszone im kleinen Sozialen Dienstleistungszentrum

Im Hinblick auf die Erprobung eines Sozialen Dienstleistungszentrums (SDZ) im Gebäude Duwockskamp und zur Gestaltung des späteren SDZ am Bahnhofsvorplatz müssen einzelne Arbeitsanteile u.a. nach hohem, geringem oder fehlendem Publikumskontakt aufgeschlüsselt und quantifiziert werden. Als Grundlage für die weiteren Planungen wurde über insgesamt 5 Wochen hierzu im Juni/Juli 2007 eine Kundenerhebung durchgeführt. Daraus haben sich wichtige Erkenntnisse zum Kundenaufkommen, zur Alterstruktur, aber auch zu Umfang und Dauer von Beratungen in den unterschiedlichen Leistungsbereichen und Bearbeitungszeiten ergeben.

Die Kundinnen und Kunden des Fachamtes werden kompetent und freundlich beraten. Das ergab die Kundenbefragung im gleichen Zeitraum. Über 2.000 Bürgerinnen und Bürger haben im Untersuchungszeitraum das SDZ persönlich aufgesucht, um sich über mögliche Sozialleistungen beraten zu lassen, Hilfen zu beantragen oder Veränderungen in ihren persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuteilen. Der zum Ende des Besuches ausgehändigte Fragebogen bot die Möglichkeit zu einer Rückmeldung: Wurde das Anliegen geklärt? Ist ein erneuter Besuch erforderlich? Wurden Sie freundlich bedient? Dies sind nur einige der Fragen, die insgesamt von knapp 900 Bürgerinnen und Bürgern beantwortet worden sind. Die Befragten haben dem Sozialamt gute Noten erteilt: 97 % gaben an, dass sie freundlich bedient worden sind. Viele haben dies durch weitere Ergänzungen und Anmerkungen noch besonders hervorgehoben. Es gab auch viele Anregungen wie beispielsweise zur Gestaltung der Wartebereiche, Aufstellung von Kaffee- und Wasserautomaten oder verbesserten Informationsbroschüren. Nicht alle diese Vorschläge, wie zum Beispiel der Einbau eines Fahrstuhls, werden sich noch vor dem Umzug an den Bahnhofsvorplatz umsetzen lassen.



Mit dem Ziel einer weiter verbesserten Kundenorientierung und Kundensteuerung ist für das Dienstgebäude Duwockskamp und den hier angebotenen Dienstleistungen eine Eingangszone unter Berücksichtigung der vorgenannten Kundenerhebung und Kundenbefragung konzeptionell entwickelt worden. Das Konzept sieht eine zentrale Anlaufstelle vor zur Anliegensklärung und Bearbeitung kleinerer, zügig zu erledigender Anliegen. Daneben gibt es aber weiterhin die Möglichkeit, seinen Sachbearbeiter direkt und unmittelbar aufzusuchen. Für umfangreichere Anliegen soll das Terminmanagement intensiviert und verbessert werden.

### Ziele für 2008

- Zur Erprobung und Vorbereitung des zukünftigen Sozialen Dienstleistungszentrums am Bahnhofsvorplatz sowie zur verbesserten Kundenorientierung und Kundensteuerung soll das für die Dienstleistungen am Duwockskamp entwickelte Konzept einer Eingangszone räumlich, technisch und personell vorbereitet und umgesetzt werden.
- Im Bereich der Fachstellenarbeit sollen weiterhin die Wohnungssicherungen auf hohem Niveau fortgesetzt, die öffentliche Unterbringung so gering wie möglich und die hohe Anzahl an Wohnungsvermittlungen konstant gehalten werden.
- Mit dem Ziel, die häusliche Pflege zu stärken, Pflegestützpunkte einzurichten, neue Wohnformen zu fördern, Leistungen für demenzkranke Menschen auszuweiten u.v.m., hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes beschlossen. Die gesetzlichen Änderungen werden sich nicht nur auf das SGB XI, sondern hinsichtlich des Leistungsanspruchs für nicht-pflegeversicherte Personen auch auf das SGB XII auswirken. Die entsprechenden Änderungen vorzubereiten und umzusetzen, die Sachbearbeiter hinsichtlich neuer Aufgaben oder Leistungen vorzubereiten und zu schulen sind die Schwerpunkte im Bereich der Leistungssachbearbeitung der Sozialhilfe.
- In 2008 soll die 10. Novelle des Wohngeldgesetzes (10. WoGGÄndG) in Kraft treten mit dem Ziel, die Leistung beispielsweise durch den Wegfall von Baualtersklassen zu vereinfachen und den Kreis der Berechtigten zu erweitern. Die entsprechenden Vorbereitungen auf die beabsichtigten Änderungen haben bereits 2007 und werden noch stärker im Jahr 2008 durch die dann vorzunehmenden Schulungen und Umsetzungen sowie die zu erwartenden zusätzlichen Neuanträge einen besonderen Schwerpunkt im Wohngeldabschnitt bilden.
- Zur Missbrauchsbekämpfung soll der Sozialdatenabgleich im Bereich der Sozialhilfe aufgrund des inzwischen überwiegend präventiven Charakters mit halbjährlichen Einspielungen fortgeführt, im Bereich des Wohngeldes intensiv mit vierteljährlichen Einspielungen fortgeführt und ausgeweitet werden.
- Mit dem Ziel der Erprobung alternierender Telearbeit wird im Jahr 2008 erstmalig im Bergedorfer Fachamt / SDZ ein Heimarbeitsplatz im Bereich der Antragsbearbeitung eingerichtet und evaluiert.

Kennzahl	2005	2006	2007
<b>Hilfen zum Lebensunterhalt</b>			
Empfänger (HE) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kap. SGB XII	293	226	202
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	648	635	637
Empfänger von Grundsicherungsleistung nach dem 4. Kap. SGB XII	903	1.050	1.183
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	436	443	448
Anzahl der Empfänger nach dem AsylbLG	1.202	1.015	1.051



Kennzahl	2005	2006	2007
Durchschnittliche Ausgaben pro Person gem. AsylbLG in €	429	454	461
<b>Hilfen zur Verhinderung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, öffentliche Unterbringung, Wohnungsangelegenheiten</b>			
Anzahl der Fälle mit drohendem Wohnungsverlust	811	679	636
Anzahl der abgeschlossenen Fälle	718	649	619

Anteil positiv abgeschlossene Fälle (= Wohnungssicherung) in %	91,64	94,6	88,2
Anzahl der Fälle öffentlicher Unterbringung	67 <sup>3</sup>	125	137
Anzahl Wohnungsvermittlungen gem. Kooperationsvertrag	21 <sup>4</sup>	106 <sup>5</sup>	83 <sup>4</sup>
Gesamtwohnungszahl	52.760	53.039	53.372
Davon Sozialwohnungen	8.880	11.827	10.346
Wohnberechtigungsbescheinigungen (§-5-Scheine)	1.201	1.073	1.149
Dringlichkeitsscheine	617	326 <sup>5</sup>	351
<b>Wohngeld, Erziehungsgeld, Elterngeld, Unterhaltssicherung</b>			
Anzahl Haushalte, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten	3.237	2.222	2.800
Anzahl der Empfänger von Erziehungsgeld	1.590	1.538	953
Anzahl der Empfänger von Elterngeld	-	-	1.086
Anzahl Bewilligungen einmaliger oder laufender Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) <sup>6</sup>	391	1.388	1.588

<sup>3</sup> Aufgabe wird seit 1.07.2005 wahrgenommen

<sup>4</sup> Aufgabe wird seit 1.07.2005 wahrgenommen

<sup>5</sup> Wohnungsvermittlung an kooperierende Wohnungsunternehmen. Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 78, mithin insgesamt 184

<sup>4</sup> Wohnungsvermittlungen an kooperierende Wohnungsunternehmen. Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 186, mithin insgesamt 269

<sup>5</sup> Rückgang wegen Einführung der Dringlichkeitsbestätigung für u. a. Zuwanderer

<sup>6</sup> Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz werden im Bezirksamt Bergedorf zentral für ganz Hamburg bearbeitet



### 3.2 Fachamt Sozialraummanagement

Leitung: Sven Dahlgaard, Tel. 428.91 – 2307

	2005	2006	2007
Beschäftigungsvolumen <sup>1)</sup>	—	—	29,05

#### **Aufgabe und Entwicklung in 2007**

Das im Februar 2007 neu gegründete Fachamt Sozialraummanagement nimmt fachübergreifend Aufgaben des Bezirksamtes mit dem Fokus auf die sozialräumliche Entwicklung wahr.

Es ist grundsätzlich zuständig für Aufgaben der Planung und Entwicklung und die Bereitstellung von Angeboten aus den Bereichen Familienhilfe, Stadtteilkultur, offene Kinder- und Jugendarbeit, Sportförderung und die sozialräumlichen Angebotsentwicklung. Ferner obliegt dem Fachamt die Steuerung der kommunalen Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe.

Das Fachamt Sozialraummanagement ist somit durch eine Vielzahl von Aufgaben und Aufgabenfeldern geprägt, die es galt, sowohl personell als auch strukturell zu einem homogenen und flexiblen Dienstleistungs- und Planungsamt zusammenzuführen. Dieser Prozess konnte 2007 weitgehend abgeschlossen werden.

Das Fachamt hatte in 2007 neben den originären Aufgaben auch zahlreiche Projekte des Programms „Lebenswerte Stadt Hamburg“ umzusetzen.

Auch die Durchführung des Bergedorfer Kindertages und des Bergedorfer Rathausfestes bildeten 2007 zusätzliche Arbeitsschwerpunkte.

#### 3.2.1 Planung, Stadtteilentwicklung und Sanierung

##### **Aufgaben und Entwicklung für 2007**

Schwerpunkt in 2007 war die Umsetzung des Programms „Lebenswerte Stadt Hamburg“ (LSH) für Lohbrügge-Ost mit den Schwerpunkten Familienförderung, Integrationsförderung und Stadtteilentwicklung.

Für Lohbrügge-Ost wurden in enger Abstimmung mit den Trägern 23 Einzelmaßnahmen entwickelt und umgesetzt. Die Initiierung und Koordination der Bergedorfer Maßnahmen, die Beratung und Unterstützung der Träger bei der Umsetzung der Maßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit, die fachliche Prüfung der Zuwendungsanträge und –berichte sowie die Koordination der bezirklichen Maßnahmen erfolgte unter hohem Zeitdruck.

Darüber hinaus war durch die notwendige Mitgestaltung des BBS - Projektes Bilden-Beraten-Betreuen zur Vernetzung von Schule und Jugendhilfe sowie Fragen der Mittelvergabe und –controlling ein erheblicher Koordinierungs- und Abstimmungsaufwand erforderlich.

Im Zusammenhang mit dem LSH-Projekt erfolgten zwei öffentliche Veranstaltungen zur Vernetzung der LSH-Projekte, dem fachlichen Austausch der Projektträger und öffentlichen Präsentation.

1) Fachamt besteht seit Februar 2007



Neben dem o.g. LSH-Programm musste die Umsetzung des Programms der aktiven Stadtteilentwicklung in Lohbrügge-Nord weiter voran gebracht und ihrem Abschluss zugeführt werden.

Dabei waren die Umsetzung sowie die Abschlusspräsentation der folgenden Projekte aktiv sicherzustellen:

- Umbau und Einweihung des Waschhauses am Fritz-Lindemann-Weg zu einem Nachbarschaftsprojekt,
- Begleitung der Baumaßnahme, Fertigstellung und Einweihung des Jugendclubs Bornbrook,
- Begleitung der Baumaßnahme, Klärung der Trägerschaft und der Angebote für das Familienhaus „Haus für alle“ und Eröffnungsveranstaltung,
- Vorbereitung eines Verstetigungsprozesses zur Sicherung der erreichten Maßnahmeerfolge und Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Lohbrügge-Nord.

Im Mai 2007 hat der Senat über die Aufnahme von Lohbrügge-Ost in das Programm „aktive Stadtteilentwicklung 2005 – 2008“ entschieden. Daraufhin wurde das EU-weite Ausschreibungsverfahren eingeleitet, das einen mehrstufigen Auswahlprozess vorsieht und mehrere Monate in Anspruch nimmt.

Des Weiteren wurde in enger Abstimmung mit der BSU das Verfahren zur Aufnahme von Bergedorf-Süd ins Sanierungsprogramm erörtert und zur Entscheidungsreife geführt. Mit einer Senatsentscheidung zur Aufnahme wird im 1. Quartal 2008 gerechnet.

#### **Ziele für 2008:**

- Sicherung und fachliche Steuerung des Verstetigungsprozesses der Quartiersentwicklung von Lohbrügge-Nord über die Einbeziehung der Lohbrügger Wohnungsbaugesellschaften,
- Entwickeln von Initiativen zur Absicherung von begonnenen und erfolgreichen Maßnahmen aus dem LSH-Programm im Rahmen des Quartiersentwicklungsprogramms Lohbrügge-Ost,
- Durchführung des Verfahrens zur Auswahl eines geeigneten Quartiersentwicklers für Lohbrügge-Ost und Initiierung des neuen Quartiersentwicklungsprozesses,
- Nach der erwarteten Senatsentscheidung zur Aufnahme von Bergedorf-Süd ins Sanierungsverfahren Vorbereitung der 2. Stufe der vorbereitenden Untersuchung und Trägerauswahl,
- Erstellen einer differenzierten Sozialberichterstattung für einzelne Sozialräume im Bezirk Bergedorf.

#### **3.2.2. Steuerung und Förderung**

#### **Aufgaben und Entwicklung in 2007**

In der der Abteilung SR 2 wurden im Rahmen der Verwaltungsreform und Neubildung des Fachamtes SR die bisherigen Bereiche:

- Stadtteilkultur, Bürgerhäuser, Sondermittel, Veranstaltungen (bisher im Verwaltungsamt),
- Förderung der Erziehung in der Familie (bisher Jugendamt),
- Verwaltungsaufgaben für die kommunalen Einrichtungen (bisher Jugendamt)
- Sportangelegenheiten (bisher Verwaltungsamt)
- Offene Kinder- und Jugendarbeit, SAE – Projekte (bisher Jugendamt)
- Soziale Stadtteilprojekte (bisher Jugendamt))
- Lebenswerte Stadt Hamburg-Projekte (bisher Verwaltungsamt)
- Investitionen (bisher Jugendamt und Verwaltungsamt)



neu geordnet.

Im Zusammenhang mit dieser Strukturveränderung erfolgte die Einführung der verantwortlichen Einheitssachbearbeitung und Arbeitsaufteilung nach den entsprechenden Rahmenezuweisungen.

Neben der Sicherstellung einer zeitnahen Bearbeitung sämtlicher Zuwendungsvorgänge einschließlich der Verwendungsnachweisprüfung lag der Schwerpunkt in der Weiterentwicklung und Vernetzung der sozialräumlichen Angebote und Strukturen. Des Weiteren war die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung 2009 – 2013 vorzubereiten.

Projekte, wie Präventionsmaßnahmen im Bereich Drogen inkl. Alkohol und Nikotin, Anti-Gewalt-Maßnahmen sowie Selbstorganisation und Partizipation wurden angeschoben und sollen konzeptionell weiterentwickelt werden.

Die erstmalige Gewährung einer Zuwendung an das Bürger- und Familienhaus Lohbrügge „brügge“ erfolgte nach Abschluss einer Rahmenvereinbarung.

Neben der institutionellen Förderung des Stadtteilkulturzentrums LOLA und des Kultur- & Geschichtskontors wurden Betriebskosten-Zuwendungen für vier Bürgerhäuser gewährt.

Im Bereich Stadtteilkultur wurden 29 Anträge zur Förderung kultureller Projekte bearbeitet.

Im Berichtsjahr wurden 60 Anträge auf Sondermittel der Bezirksversammlung gestellt, die abgewickelt wurden.

In 2007 wurden 2 Sportanlagen entsprechenden Vereinen überlassen. Im Bereich der bezirklichen Sportanlagen wurden umfangreiche Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen geplant und durchgeführt.

Ferner wurden im Auftrag der Bezirksversammlung erneut Sportlehreungen organisiert und durchgeführt.

Zum Zuwendungsjahr 2007 wurde das Zuwendungsverfahren für den Bereich der sozialen Stadtteilarbeit dem der offenen Kinder- und Jugendarbeit angepasst.

### 3.2.3. Kommunale Einrichtungen

#### **Aufgabe und Entwicklungen in 2007**

Im 4. Quartal 2007 wurden alle kommunalen Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Fachamtes in einer Abteilung zusammengefasst. Die Abteilungsleitung wurde dem bisherigen Leiter der Erziehungsberatung und Elternschulen übertragen. Bei den o.g. Einrichtungen handelt es sich um die Bereiche Erziehungsberatung, Familienerholung, Elternschulen, Häuser der Jugend und die kommunalen Spielhäuser.

Die **Erziehungsberatungsstelle** (EB) leistete auch 2007 Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII. Sie bot Kindern, Jugendlichen und Familien Hilfen bei Erziehungsfragen, Verhaltens- und Leistungsstörungen und bei Kommunikations- und Beziehungsproblemen innerhalb der Familie Beratung und therapeutische Hilfen.

Die EB hat auch in 2007 organisatorische Schritte unternommen, damit die durchschnittliche Wartezeit für ein Erstgespräch bei Neuanmeldungen nicht mehr als 28 Tage beträgt.

Es erfolgte die Fortführung der offenen Sprechstunde in der Elternschule Bergedorf-West.

Weiterhin gibt es eine regelmäßige offene Sprechstunde im Eltern-Kind-Zentrum „Regenbogen“ des DRK.

2007 stand auch im Zeichen der Überlegungen einer Verlagerung der EB an einen zentraleren Standort.



Seit September 2005 ist die EB auch wieder für Zuschüsse bei der **Familienerholung** zuständig. Es wurden auch 2007 wieder Zuschüssen für Urlaubsfahrten an berechnigte Familien geleistete.

Die **Elternschulen** arbeiten präventiv. Sie förderten 2007 durch ihre Angebote die eigenverantwortliche Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung und bereiteten junge Menschen in der Vorphase auf die Familiengründung, auf Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vor.

Darüber hinaus trug auch in dem Berichtsjahr die Familienbildung dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotentiale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote konnten die Elternschulen Kontakte und Erfahrungsaustausch und Beiträge zur Verhinderung von Isolation leisten.

Die Angebote der Elternschulen wurden zweimal im Jahr in einem Programmheft veröffentlicht. Die Angebotsstruktur bestand aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten.

Für das vergangene Jahr konnte festgestellt werden, dass der Anteil ausländischer Kursteilnehmer, insbesondere bei den offenen Angeboten, stark zugenommen hat, ebenso der Anteil der männlichen Besucher.

Bereich der **kommunalen Kinder- und Jugendarbeit** erfolgte 2007 eine Überprüfung und Fortschreibung der Programmentwicklung

Die neuen Projekte „Kinderrestaurant im Spielhaus“ wurden aktiv unterstützt. Es erfolgte eine weitere Stärkung der Vernetzungsmaßnahmen sowie eine Überprüfung der Inanspruchnahme der Einrichtungen.

Die **Häuser der Jugend** stellten auch 2007 ein umfangreiches Veranstaltungs- und Gruppenangebot sicher. Neben den „Standards“ offener, sportlich orientierter (Kajak, Fußball, Tischtennis, Karate, Tae Kwon Do usw.) oder handwerklich-technischer Gruppen (Holzwerkstatt, Computer, 2- und 4-Rad-Werkstatt) gab es weiterhin auch „Ausgefalleneres“, wie Einradfahren, Freeclimbing, Magic-Turniere, Jazz-Dance oder Hochseilklettern. Entsprechend der Projektkonzeptionen beider Häuser waren alle Angebote konsequent nachfrageorientiert. Für die Jugendlichen des Bezirks bestand so eine sehr direkte und weitreichende Einflussnahmemöglichkeit auf das konkrete Angebot „ihrer“ Freizeittreffpunkte. In fachlicher Hinsicht leisteten die Häuser der Jugend im Jahresverlauf ferner eine Vielzahl von Einzelhilfen oder -beratungen für die betreuten Jugendlichen. Sie waren außerdem direkt beteiligt an regionalen oder bezirklichen Kooperationsverbänden: Aktuell sind dies beim Haus der Jugend Heckkatzen weiter das bezirkliche Drogenpräventionsangebot „Lass 1000 Steine rollen“ sowie das Projekt „F.aktiv“ zur sozialräumlicher Angebotsentwicklung in Bergedorf-West. Das Haus der Jugend Lichtwarkhaus ist Partner der ARGE-Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit – Modell Bergedorf sowie einer Kindertageseinrichtung. Durch die bedarfsgerechte Sicherstellung von Wochenendöffnungen konnte das Angebot für Kinder und Jugendliche weiter verbessert werden.

Auch die 4 **kommunalen Spielhäuser** des Bezirks beteiligten sich 2007 mit ihren jeweiligen Fördervereinen und einer hohen Elternbeteiligung am Bergedorfer Kindertag. Im Übrigen lag der Schwerpunkt dieser Einrichtungen weiter in der kontinuierlichen Umsetzung des Rahmenkonzepts „Spielhaus der Zukunft“. Die darin enthaltene besondere Gewichtung bei Nachmittagsangeboten für Schulkinder und umfangreichen Ferienprogrammen hat sich bewährt. Durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel konnte das Vormittagsprogramm in den Einrichtungen erheblich ausgeweitet werden. In diesem Bereich hat sich eine neue Qualität entwickelt. Die neuen Vormittagsangebote sind durchaus den Bereichen vorschulische Bildung und Förderung zuzuordnen.

Die hohe Auslastung der Einrichtungen zeigte den Bedarf im Berichtsjahr.



### 3.3 Fachamt Jugend und Familienhilfe

Leitung: Helmut Lerch, Tel. 42891-2300

	2005	2006	2007
Beschäftigungsvolumen	71,01	73,5	54,94

#### Übergreifende Planung und Steuerung

##### Aufgaben und Entwicklung in 2007

Im Jahre 2007 war die Verwaltungsreform ein wichtiges Thema, das auch das Jugendamt und die Organisation der Jugendhilfe betraf. So wurden die Fachbereiche Kinder- und Jugendhilfe (kommunale und freie Träger) mit ihren Freizeiteinrichtungen und die Erziehungsberatung dem neu gegründeten Fachamt Sozialraummanagement zugeordnet.

In der Jugendhilfe war das zum 01.10.2005 in Kraft getretene Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) mit dem Schwerpunkt des Kinderschutzes prägend. Eingeführt wurden Meldeverpflichtungen für alle Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe. Auch Schulen haben verstärkt von solchen Möglichkeiten Gebrauch gemacht.

Mitte 2007 hat es auf einer wichtigen Stelle einen Wechsel gegeben: jetzt ist eine **Koordinatorin** für Kinderschutz im Amt und unterstützt die Fachkräfte in Einzelfällen auch bei Hausbesuchen.

Mit Unterstützung der Fachbehörde wurden mehrere Fortbildungskurse zur zertifizierten Kinderschutzfachkraft angeboten, an denen auch mehrere Vertreter des Jugendamtes und freier Träger der Bergedorfer Jugendhilfe teilgenommen haben. Am Ende gab es eine feierliche Überreichung der Urkunden durch den Bezirksamtsleiter.

Die beiden Arbeitsgemeinschaften Kinder- und Jugendarbeit sowie Hilfen zur Erziehung nach § 78 SGB VIII haben auch in 2007 weiterhin zusammen getagt. Der in 2007 durchgeführte „Kindertag Bergedorf“ wurde vom Jugendamt unterstützt.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Jugendhilfe (*Sozialräumliche Angebotsentwicklung*) haben sich die SAE-Projekte inzwischen etabliert. Die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und den Trägern wurde intensiviert. Darüber hinaus wurde auch die Zusammenarbeit mit den Trägern der Hilfen zur Erziehung verbessert.

Mit erheblichem Aufwand hat sich das Jugendamt mit der Durchführung mehrerer Workshops auf die Anforderungen eines neuen und gemeinsamen „Dienstleistungsleistungszentrums am Bahnhof“ auseinandergesetzt. Dieses wird auch weiterhin ein besonderes Thema sein, da die Konzeption und die daraus resultierenden Organisationsabläufe für Hamburg einmalig sein werden.

##### Ziele für 2008

- Umsetzung und Begleitung der Konzeption für das neue „Dienstleistungszentrum am Bahnhof“, räumlich und bezogen auf die Konsequenzen hinsichtlich der Arbeitsabläufe, beginnend mit KTB
- Ausbau des Netzwerks Kinderschutz mit der Erstellung eines Praxisleitfadens über die Zusammenarbeit von ASD, Schule und Rebus
- Fortschreibung der Zusammenarbeit mit dem Träger MIKO bei der „Trennungs- und Scheidungsberatung“ und dem Kinder- und Jugendhaus St. Elisabeth für den „Begleiteten Umgang“



- Beschreibung eines Projektes für Schulabsentismus in Zusammenhang mit Hilfen zur Erziehung als SAE Projekt
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten beim Thema Jugendgewalt, Vorbereitung des Projektes „Gewaltprävention im Kindesalter“ für 2009
- Weiterentwicklung der Jugendhilfe mit den SAE Projekten für die ambulanten Hilfen, sowie den Trägern für die Hilfen zur Erziehung

## **Kindertagesbetreuung**

### **Aufgabe und Entwicklung in 2007**

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kindertagesstätten, Kindergärten/Pädagogische Mittagstische, Tagespflege und dem Bereich "Erhebung von Gebühren für den Besuch einer Vorschulklasse". Die wahrzunehmenden Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen und Platzangebote, die Prüfung und Zuordnung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Integrationsgruppen, Berechnung von Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen, Werbung, Qualifikation und Eignungsprüfungen von Tagespflegepersonen und ggf. die Ausstellung einer Bewilligung bzw. Pflegeerlaubnis sowie Festsetzung und Einziehung der Gebühren für den Besuch einer Vorschulklasse.

Im Zentrum der Kindertagesbetreuung stand das Ziel, eine möglichst hohe Kundenzufriedenheit und Rechtssicherheit von Eltern und Einrichtungen zu gewährleisten. Dieses ist der Abteilung durch kompetente und freundliche Beratung sowie eine hohe Anzahl zeitnaher Bewilligungen sehr gut gelungen.

Eine spürbare Herausforderung stellte auch im Jahr 2007 die praktische Umsetzung des Kita – Gutschein-Systems für den Bereich der behinderten bzw. von Behinderung bedrohten Kinder dar. Die Gutscheinerteilung für diesen Bereich bedarf noch einer hohen Abstimmung zwischen Kitas, begutachtenden Stellen, Fachbehörde und den Kindertagesbetreuungen – Abteilungen.

Im Bereich Tagespflege gab es bei den Tagespflegepersonen viel Unruhe und Aufregung um die für 2008 vorgesehene neue Steuerregelung für Tagespflegepersonen, was zu einem hohem Beratungsaufwand für die Kolleginnen in der Tagespflegebörse führte. Entwarnung kam erst im Dezember, die vorgesehene Änderung in der Steuergesetzgebung wurde für ein Jahr bis zum 31. Dezember 2008 ausgesetzt. Im Bereich der Vorschulgebühren erhielten Kinder mit Sprachschwierigkeiten eine Gebührenbefreiung.

Insgesamt wird das Ziel verfolgt, die in 2008 anstehenden vielfältigen und umfangreichen Aufgaben kundenorientiert, kompetent und zügig, ganz im Sinne eines Sozialen Dienstleistungszentrums, zu bewältigen.

### **Ziele für 2008**

- Die Bearbeitungszeit von Anträgen bis zur Bescheiderteilung im Rahmen von Kundenfreundlichkeit und Bestandssicherung der Träger soll höchstens 10 Tage in Anspruch nehmen.
- 50 Prozent der Anträge sollen sofort beschieden werden.
- Implementierung des Verfahrens "Kita-Gutscheine online" mit der Fachbehörde.
- Verstärkung der guten Zusammenarbeit mit den Kitas, u.a. durch halbjährliche Treffen der KTB – Abteilung mit den Kita- Leitungen.
- Verbesserung der Qualität der Tagespflege durch Schulungen, die im Rahmen der Qualitätssicherung stark vermehrt direkt von der KTB-Abteilung angeboten werden.
- Integration des Börsenmoduls für die Tagespflege im Kita-Programm ProCAB.



## **Koordinatorin Kinderschutz**

### **Aufgabe und Entwicklung in 2007**

Das Jahr 2007 war geprägt durch die Zusammenarbeit mit Institutionen, Schulen und Polizei. Darüber hinaus wurde konzeptionell für die Verbesserung des Kinderschutzes gearbeitet, insbesondere für den Aufbau von Netzwerkarbeit. Ein Schwerpunkt war dabei die Initiierung und Koordination der Aus- und Fortbildung der Fachkräfte für Kinderschutz. Durch den Personalwechsel haben sich die fachlichen Schwerpunkte der Arbeit verschoben. Die Koordinatorin für Kinderschutz begleitet zunehmend die fallzuständigen Fachkräfte des ASD bei Hausbesuchen rund um den Kinderschutz.

### **Ziele für 2008**

- Das Netzwerk zur Verbesserung des Kinderschutzes soll weiter gestärkt bzw. ausgebaut werden. Eine Verbesserung der Darstellung des Berichtswesens „Kindeswohlgefährdungsmeldungen“ auf der Basis des PROJUGA Verfahrens wird angestrebt.
- Qualifizierung der Mitarbeiter des ASD sowie freier Träger durch Fortbildung im Bereich des Kinderschutzes gemäß § 8 a SGB VIII und fachliche Begleitung der Fachkräfte
- Klärung/Verbesserung der Zusammenarbeit Schule/ASD
- Gewinnung von Personen für den 3. Lehrgang der Ausbildung zu Fachkräften für Kinderschutz
- Bearbeitung des Themas Jugendgewalt mit der Vorbereitung des Projektes „Gewaltprävention im Kindesalter“ für 2009

## **Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe**

### **Aufgabe und Entwicklung in 2007**

Im Jahr 2007 wurde weiter an der sozialräumlichen Ausrichtung des ASD gearbeitet, wobei die Projekte in Lohbrügge mit dem Träger MIKO, Bergedorf-West mit dem Träger Pestalozzi-Stiftung und dem Träger LEB, Neuallermöhe / Bergedorf-West mit Träger mittendrin! sowie Neuallermöhe mit Träger IB nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der Zusammenarbeit sind. Mit dem Familienhebammenprojekt in Lohbrügge, welches in Kooperation mit dem Kifaz arbeitet, sind inzwischen erfreuliche Erfahrungen gemacht worden. Gleiches gilt auch für das weitere Familienhebammenprojekt bei der Pestalozzi-Stiftung, welches in 2007 seine Arbeit aufgenommen hat. Die Familienhebammenprojekte sind ein wichtiger Baustein in den Projekten rund um den Kinderschutz und in der Zusammenarbeit mit dem ASD.

Die Planungsräume 1 (Lohbrügge) und 2 (Bergedorf-West, Neuallermöhe Ost und West) sind auch in dem letzten Jahr wieder durch einen erheblichen Bedarf an Hilfen zur Erziehung gekennzeichnet. In Bergedorf-Kern und Vier- und Marschlande werden derartige Belastungen nicht so deutlich. Die Verdichtung der Bebauung im Bereich der Vier- und Marschlande macht sich jedoch in einem steigenden Hilfebedarf bemerkbar.

Durch den Umzug des ASD 2 vom Oberen Landweg an den Herzog-Carl-Friederich-Platz konnte der ASD insgesamt zusammengefasst werden. Es hat sich gezeigt, dass der neue Standort sehr gut von den Bürgern angenommen wird.

Das ursprünglich zugewiesene HzE-Budget wurde aufgrund der gestiegenen Hilfebedarfe auch im Jahre 2007 überschritten.



Alle Teams des ASD setzten die fachliche Qualifizierung der Arbeit durch regelmäßige, wöchentliche kollegiale Beratung fort.

In 2007 wurde „Intake“ als Erstberatung und Eingangsmanagement für den ASD erstmals über ein Jahr umgesetzt. Zur Zeit sind dort 2 Teilzeitkräfte mit jeweils 30 Stunden pro Woche eingesetzt. Für 2008 ist eine personelle Aufstockung des „Intake“ als Erstberatung vorgesehen.

Durch die höhere Sensibilität in der Bevölkerung haben die Meldungen gegenüber dem Vorjahr in 2007 erheblich zugenommen. Von Januar bis Dezember wurden insgesamt 1.690 Meldungen dokumentiert. Davon wurden 1.400 zur Weiterbearbeitung an den ASD gegeben und 290 konnten nach der Beratung abgeschlossen werden. In diesen Meldungen waren 524 Polizeimeldungen enthalten. Die Meldungen umfassten 1.262 Kinder.

### Ziele für 2008

- Ein besonderes Augenmerk wird auch 2008 dem Kinderschutz gelten. Durch die höhere Sensibilität in der Bevölkerung haben die Meldungen gegenüber dem Vorjahr in 2007 erheblich zugenommen.
- Das Thema Jugendgewalt wird den ASD, auch in Zusammenhang mit dem Projekt „Gewaltprävention im Kindesalter“ in 2008 beschäftigen, wie auch die Begleitung der verschiedenen Projekte einschließlich der SAE Projekte.
- Weiterhin soll die Gewährleistung von Verfahrensstandards bei Hilfen zur Erziehung durch die regelhafte Durchführung von Verlaufskonferenzen mindestens alle 6 Monate bei Minderjährigen erfolgen.

Durchschnittsfallzahlen	2005	2006	2007
Anzahl der Fälle in ambulanten Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	152	167	184
Anzahl der Fälle in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	94	89	95
Anzahl der Fälle in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	148	163	179
Anzahl der Fälle seelisch behinderter Kinder und Jugendlichen (gem. § 35a SGB VIII)	33	35	36
- Zugewiesenes HzE-Budget in T€	8.697	9.565	9.987
- Ausgaben für HzE in T€	9.941	10.565	12.218

### Pflegestellenberatung

#### Aufgabe und Entwicklung 2007

In 2007 konnten weitere Pflegefamilien für die Betreuung von Kindern gewonnen werden. Die betreuten Landkreise Lüneburg und Lüchow Dannenberg wurden Anfang 2007 noch um den Landkreis Uelzen erweitert. Mit der Teilnahme am Bergedorfer Kindertag hat die Pflegeelterngruppe und die Pflegeelternberatung auf sich und ihr „Thema“ aufmerksam gemacht.

Der Vertrag mit dem LEB über die Betreuung von Pflegefamilien läuft weiter. Die Kooperation zwischen LEB und Jugendamt ist positiv.



## Ziele für 2008

Die Anzahl der Pflegeltern und der vermittelten Kinder soll auf dem bisherigen Niveau konsolidiert werden. Eine Steigerung in Bergedorf ist nicht zu erwarten, da die Bewerbungen stagnieren. Weiterhin soll die notwendige Prüfung der Bewerber zügig erfolgen und innerhalb von 2 Monaten abgeschlossen sein.

## Andere Aufgaben der Jugendhilfe

### Unterhaltsvorschuss

#### Aufgabe und Entwicklung in 2007

Im Bereich Unterhaltsvorschuss werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bearbeitet.

Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres sicherstellen in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann.

Die Mitarbeiter sind sowohl beratend tätig als auch im Bereich der Heranziehung von Unterhaltspflichtigen.

Die Zusammenarbeit mit den Beiständen wurde verstärkt, einhergehend mit der Beratung der Antragstellerinnen und Antragsteller, eine solche Beistandschaft in Anspruch zu nehmen. Zur Verbesserung der Erreichbarkeit wurden die Sprechzeiten auf die gesamte Dienstzeit erweitert.

## Ziele für 2008

Als Priorität ist weiterhin vorgesehen, die neuen Anträge schnell zu bewilligen und die bisherigen Leistungen sicherzustellen.

Weiterhin soll sich verstärkt dem Heranziehungsbereich gewidmet werden, hier insbesondere der Zusammenarbeit mit den Unterhaltsbeiständen, um eine bessere Beratung der Kunden zu ermöglichen.

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten	1.087	1.217	1.092
- Ausgaben nach dem UVG in T€	1.796	1.911	1.847
- Einnahmen nach dem UVG in T€	231	209	230

Stichtag ist jeweils der 31.12.

## Amtsvormundschaft / Beistandschaft

#### Aufgabe und Entwicklung in 2007

Im Zentrum der Arbeit stand das Ziel, bei den Beistandschaften möglichst schnell Unterhaltsregelungen für Kinder zu treffen und die Ansprüche durch Unterhaltsurkunden festzulegen.

Im Bereich der Amtsvormundschaften konnte der qualitativ gute Standard der fachlichen und persönlichen Betreuung der Minderjährigen sichergestellt werden. Die sich verschärfenden Konfliktlagen auch im Rahmen des Kinderschutzes stellten weiterhin besondere Herausforderungen an die Vormünder und Pfleger.



- 38 -

Wegen der Änderung der Unterhaltsbeträge zum 01.07.07 und der Änderung des Unterhaltsrechtes ab 01.01.2008 konnte das Teilziel, die Rückstände abzubauen, nicht erreicht werden.

Trotz dieser einschneidenden Änderungen konnte ein wesentlicher Teil der Unterhaltstitel rechtzeitig umgesetzt werden, wenngleich die Arbeitsbelastung gerade durch die Änderung des Unterhaltsrechtes weiterhin anhält.

Das Angebot der Beistandschaft wird in Bergedorf gut angenommen, was sich durch den in etwa gleichen Fallbestand wie Altona, Nord oder Eimsbüttel zeigt.

Das geringe Einkommen Unterhaltspflichtiger führte auch 2007 zur Mangelsituation mit hohem Aufwand pro Fall.

Die fachlichen Ziele 2008 finden sich in den bisherigen Kennzahlen, wonach zeitnah Unterhaltsregelungen für Kinder getroffen und durch Unterhaltsurkunden umzusetzen sind. Der erreichte qualitativ hohe Standard der persönlichen Betreuung der Minderjährigen bei den Vormundschaften und Pflegschaften soll gehalten werden.

Von besonderer Bedeutung ist die Umsetzung der grundlegenden Änderung des Unterhaltsrechtes, die zeitlich vermutlich das gesamte Jahr 2008 in Anspruch nehmen wird.

### Ziele für 2008

- Zur Sicherung der Ansprüche der unterhaltsberechtigten Minderjährigen soll in mindestens 70% der Beistandschaften ein Unterhaltstitel erwirkt werden.
- Die durchschnittliche Erstbearbeitungszeit bei Neuanträgen auf Beistandschaften zur Unterhaltsdurchsetzung soll 7 Tage nach Antragstellung nicht überschreiten.
- Zur Verbesserung der Qualität in der persönlichen Betreuung der Mündel soll der persönliche Erstkontakt innerhalb von mindestens 10 Tagen hergestellt werden.
- Umsetzung des neuen Unterhaltsrechtes

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anzahl der Amtsvormundschaften	148	138	142
Anzahl der Beistandschaften	1.626	1.734	1.841
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	627	717	782
Beratung und Unterstützung nach § 18 SGB VIII (Eingehende Beratung und Unterstützung in Unterhaltssachen)	206	171	102
Beratung und Unterstützung nach § 52 a SGB VIII (Telefonische und persönliche Beratungen vor und nach der Geburt)	485	402	357



### 3.4 **Fachamt Gesundheit**

Leitung: Dr. Hans-Jürgen Galle, Tel. 42891-2224

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Beschäftigungsvolumen für die Bereiche Gesundheitsamt und Zentrale Dienste	24,07	25,43	25,47

Das Gesundheitsamt ist Teil des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und nimmt eine Vielzahl von Aufgaben im Interesse der Gesunderhaltung des Einzelnen und der Bevölkerung wahr. Hierzu zählen unter anderem Gesundheitsförderung und -vorsorge sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Das Gesundheitsamt untersucht und berät Kinder und Jugendliche und unterstützt Eltern bei der Gesundheitsvorsorge ihrer Kinder. Es berät und betreut psychisch Kranke sowie Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen. Dabei arbeitet das Gesundheitsamt mit anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammen. Für Behörden und Ämter werden amtsärztliche und sozialmedizinische Begutachtungen durchgeführt. Neue Aufgaben des Gesundheitsamtes sind die Gesundheitsberichterstattung und die Organisation von Gesundheitskonferenzen. Ziel ist die bessere Vernetzung und Steuerung von Initiativen und Projekten zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung.

#### **Aufgabe und Entwicklung in 2007**

Im Jahre 2007 gestaltete das Gesundheitsamt einen neuen Internetauftritt. Hierdurch sollen den Bürgerinnen und Bürgern des Bezirks die einzelnen Angebote des Gesundheitsamtes näher erläutert und die Orientierung erleichtert werden.

Der Bezirksversammlung wurde ein Konzept zur Einrichtung einer Gesundheits- und Pflegekonferenz vorgestellt. Auf der Grundlage dieses Konzepts konstituierte sich im November die Lenkungsgruppe, die über Themen für zukünftige Gesundheits- und Pflegekonferenzen beriet. Für die Lenkungsgruppe konnten neben Vertretern der Politik und des Bezirksseniorenbeirats auch Vertreter der beiden großen Bergedorfer Krankenhäuser, der Kassenärzte, des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherungen (MDK) und der Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) in Bergedorf gewonnen werden.

Im November fand die erste Gesundheitskonferenz als Konferenz zur Kindergesundheit im neu eingeweihten „Brügge-ein Haus für Alle“ in Lohbrügge statt. Die Konferenz stand unter dem Motto „Hoppla. Jetzt komm ich! Kleine Schritte – große Wirkung. Präventive Beratung und gesundheitsfördernde Maßnahmen für die Kleinsten.“ Die Gesundheitswissenschaftlerin Frau Heike Hölling vom Robert-Koch-Institut hielt das Eingangsreferat und berichtete von den Ergebnissen des bundesweiten Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS). Weitere Referentinnen stellten das Präventions- und Nachsorgeprojekt „See you“ des Kinderkrankenhauses Wilhelmstift und die Familienhebammenprojekte in Neuallermöhe und in Lohbrügge sowie die Ergebnisse der Dreijährigenuntersuchungen in den Kindergärten durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes vor. Im zweiten Teil der Konferenz wurden Themen zur Kindergesundheit in Bergedorf gesammelt und Arbeitsgruppen gebildet.



- 40 -

Das im November im Haus im Park erstmals veranstaltete Gesundheitsforum befasste sich mit dem Thema „Psychisch kranke Eltern und ihre Kinder“. Vortragende waren Oberarzt Dr. Happach von der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des BAKB, Frau Sielaff vom Universitätsklinikum Eppendorf und vom Verein Seelennot e. V. sowie Frau Brill von den Allgemeinen Sozialen Diensten des Jugendamtes. Auch das Gesundheitsforum traf auf regen Zuspruch in der Bergedorfer Fachwelt.

Für einen ersten Gesundheitsbericht wurden die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen der letzten Jahre ausgewertet. Eine Ärztin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes stellte eine Zusammenfassung bereits im Fachausschuss für Gesundheit und Soziales vor. Der Bericht soll im Jahr 2008 auch in schriftlicher Form verbreitet werden.

Mit dem Departement Gesundheitswissenschaften an der Hochschule für angewandte Wissenschaften (Standort Bergedorf) wurden erste wichtige Kontakte geknüpft. In Zukunft wird die HAW eng mit dem Gesundheitsamt zusammenarbeiten: Ein Hochschullehrer wirkt in der Lenkungsgruppe der Gesundheits- und Pflegekonferenz mit. Studierende der HAW haben die Konferenz zur Kindergesundheit begleitet und dokumentiert. Die Mütterberatung soll evaluiert werden.

#### **Ziele für 2008:**

- Integration der LBK-Rückkehrer,
- Integration des Gesundheitsamtes in das Dienstleistungszentrum Bergedorf (DLZ B),
- Veröffentlichung des Gesundheitsberichts,
- Vorbereitung der nächsten Gesundheits- und Pflegekonferenz,
- Systematisierung der Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit,
- Mitgestaltung einer Veranstaltungsreihe zur Gesundheitsförderung in Zusammenarbeit mit KISS und dem Haus im Park,
- Fortführung der internen Fortbildung.

#### **Sozialpsychiatrischer Dienst (SpD)**

Der Sozialpsychiatrische Dienst bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährig psychisch Kranke und geistig Behinderte sowie deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungs- und Begutachtungsstelle.

Das multiprofessionelle Team besteht aus einer Fachärztin für Psychiatrie, einer Diplom-Psychologin, zwei Sozialpädagogen und einer Verwaltungsfachangestellten. Es steht der Bergedorfer Bevölkerung täglich werktags von 8:00 bis 16:00 Uhr zur Krisenintervention und Beratung in Form von Gesprächen in der Dienststelle oder bei Hausbesuchen zur Verfügung. Der SpD ist der einzige Anbieter aufsuchender psychiatrischer/psychologischer Krisenhilfe im Bezirk; im Jahre 2007 leistete der Dienst 109 Kriseninterventionen. Der SpD begutachtet für andere Behörden und Ämter. Der Schwerpunkt der Begutachtungstätigkeit liegt auf der Eingliederungshilfe gemäß §§ 53, 54 SGB XII. Im Jahr 2007 konnte der Sozialpsychiatrische Dienst erneut einen Zuwachs von 12% bei den Anfragen zu ambulanten Leistungen für seelisch Erkrankte bzw. behinderte Menschen (PBW, Wohnassistenz, PPM) verzeichnen.



- 41 -

Neben der Begutachtung sowie dem Krisen- und Beratungsdienst werden durch den SpD regelmäßig Gruppen für Betroffene und Angehörige angeleitet und moderiert. Wöchentlich trifft sich der Patientenclub in den Räumen des Gesundheitsamtes. Darüber hinaus findet einmal im Jahr ein gemeinsamer Tagesausflug des Patientenclubs statt; an Feiertagen wird das Clubtreffen von den Sozialpädagogen für die Patienten, die oftmals sozial isoliert leben, festtagsbezogen gestaltet.

Die Teilnahme an der von der Psychologin angeleiteten Angehörigengruppe (1x im Monat) bietet durch Information und Erfahrungsaustausch die Möglichkeit, zu einem anderen Umgehen mit der Erkrankung und den Betroffenen zu finden.

Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeitet in einem Netzwerk unterschiedlicher Einrichtungen und Institutionen aus dem psychiatrischen Bereich. Dabei pflegt der SpD einen regen Austausch mit verschiedenen Organisationen innerhalb und außerhalb des Bezirks. So beteiligt sich der Sozialpsychiatrische Dienst u. a. an der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Bergedorf (PSAG), dem Forum Angehörigenarbeit und an Arbeitsgruppen der Fachbehörde.

Der Sozialpsychiatrische Dienst leitet zwei Zivildienstleistende des Mobilien Sozialen Hilfsdienstes am Gesundheitsamt an und organisiert deren Einsätze. Die Zivildienstleistenden unterstützen Erwachsene und Kinder mit geistigen, seelischen und körperlichen Behinderungen u. a. durch Begleitung zu Terminen, beim Einkaufen und bei der Pflege der Wohnungen.

### **Jugendpsychiatrischer Dienst (JpD)**

Der Jugendpsychiatrische Dienst unterstützt Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen in Krisensituationen. Er berät Eltern, deren Kinder geistig, psychisch oder mehrfach behindert sind, zu Fragen der Diagnostik, Rehabilitation und zu psychosozialen Hilfen.

Für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder von 0 – 6 Jahren wird im Rahmen gutachtlicher Stellungnahmen zu Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch IX, XII und nach § 26 des hamburgischen Kinderbetreuungsgesetzes (KibeG) Entwicklungsdiagnostik durchgeführt.

Im JpD arbeiten derzeit eine Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie mit ganzer und ein Sozialpädagoge mit halber Stelle.

Der Tätigkeitsschwerpunkt des JpD lag in 2007 wiederum in der Erstellung gutachtlicher Stellungnahmen zu Eingliederungshilfen nach den Sozialgesetzbüchern IX und XII, §26 KibeG und §35a Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII). Beratung und zugehörige Diagnostik von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungen und /oder geistigen Behinderungen konnte nur eingeschränkt erfolgen.

### **Beratungsstelle für Körperbehinderte**

Die Beratungsstelle betreut und berät körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen und vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für diesen Personenkreis. Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit der Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen.



- 42 -

Als sinnvolle Maßnahme hat sich die Kontaktaufnahme zu sozialen Einrichtungen im Bezirk und das Angebot sozialer Gruppenarbeit für Körperbehinderte mit sozialen Isolationstendenzen erwiesen. Vom 1.8. bis zum 31.12.07 war die Beratungsstelle mit wöchentlich 13 Stunden unterbesetzt. Die Gruppenarbeit konnte deshalb nicht weitergeführt werden.

	2005	2006	2007
Anzahl der Klientenkontakte (Telefonate sowie Besuche) im SpD insgesamt	1.450	1.116	1104 <sup>8</sup>
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	462	344 <sup>7</sup>	316
Anzahl der Klienten im SpD	840	773	672
Anzahl der vom SpD veranlassten Unterbringungen	19	9	17
Anzahl der Gruppentermine im SpD	58	64	58
Anzahl der Klientenkontakte im JpD insgesamt	581	846	855
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	49	45	39
Anzahl der Klientenkontakte in der Beratungsstelle für Körperbehinderte insgesamt	665	768	699
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	66	123	99
Anzahl der ärztlichen, zahnmedizinischen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	1.868	1.607	1449
- davon Gutachten für den Sozialhilfeträger (einschl. ARGE),	1.317	1.217	1049
- davon für die ARGE			15
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten/ Stellungnahmen in Tagen	23,40	22,2	23,81

<sup>7</sup> Die Reduktion der aufsuchenden Klientenkontakte ergab sich unter anderem dadurch, dass bei in 2006 vermehrt anfallenden Wiederholungsanträgen zu Eingliederungshilfen gemäß § 54 SGB XII die Begutachtungen häufig im Amt oder nach Aktenlage durchgeführt wurden. Erstbegutachtungen zur Eingliederungshilfe wurden wie gewohnt häufig in der Häuslichkeit der Klienten durchgeführt.

<sup>8</sup> Organisatorische Besonderheiten (6-monatige Vertretung des sich auf Weiterbildung befindenden Amtsleiters durch die Ärztin des Sozialpsychiatrischen Dienstes) und eine Schwerpunktsetzung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit (siehe Hamburger Gesundheitstag) bedingten in 2006 eine Reduktion der Beratungskapazitäten des Dienstes. Im Jahre 2007 nahm die Psychiaterin an einem knapp dreimonatigen Weiterbildungslehrgang an der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf teil. Dies erklärt niedrigere Zahlen der Klientenkontakte.

**Ziele für 2008:****Sozialpsychiatrischer Dienst (SpD)**

- Förderung der Begegnung von Menschen mit seelischer Erkrankung durch regelmäßige Gruppenangebote, Patientenclub,
- Unterstützung von Angehörigen psychisch Kranker durch Organisation und Anleitung einer Angehörigengruppe,
- Organisation des „Forum Angehörigenarbeit“, eines Zusammenschlusses von Anleitern von Gruppen für Angehörige psychisch Kranker in Hamburg und Umgebung.

**Jugendpsychiatrischer Dienst (JpD)**

- Intensivierung der Kontakte und des Fachaustausches zwischen JpD und JA zur Verbesserung der Zusammenarbeit.

**Beratungsstelle für Körperbehinderte**

- Wiederaufnahme der monatlichen sozialen Gruppenarbeit für Menschen mit körperlichen Behinderungen als spezielles Angebot für körperbehinderte Menschen mit starken Isolationstendenzen.
- Fortführung der Öffentlichkeitsarbeit durch Kontaktpflege zu bezirklichen Institutionen.

**Schulärztlicher Dienst**

Der schulärztliche Dienst des Gesundheitsamtes fördert und schützt die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und berät Eltern in Fragen der Gesundheitspflege ihrer Kinder. Die Schulärztinnen sind in allen medizinischen Fragen Ansprechpartner der Bergedorfer Schulen. Sie wirken darauf hin, dass Problemlagen frühzeitig erkannt und Fördermaßnahmen baldmöglichst eingeleitet werden. Die Schulärztinnen arbeiten dabei eng mit den Eltern und den Schulen und den anderen sozialen und medizinischen Einrichtungen zusammen. Seit Anfang 2007 werden in Kindertageseinrichtungen auch Kinder nach dem Kinderbetreuungsgesetz untersucht. Die Schulärztinnen sind überdies noch in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab. Das Team des Schulärztlichen Dienstes besteht aus vier Ärztinnen, drei Schulgesundheitsassistentinnen und einer Arzthelferin für die Untersuchungen in den Kindergärten.

Im Jahre 2007 wurden 1107 Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt. Damit war es trotz längerer krankheitsbedingter Personalausfälle möglich, eine Untersuchungsrate von 94 Prozent zu erzielen. Für das Jahr 2008 muss auch angesichts eines Ausscheidens einer Schulärztin zum Jahresbeginn und zu erwartender Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung der Stelle mit einer niedrigeren Untersuchungsrate gerechnet werden. Mit den Untersuchungen der Dreijährigen in den Kindergärten konnte im Januar begonnen werden. Die ersten Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden auf der Konferenz zur Kindergesundheit im November vorgestellt.

Der Schulärztliche Dienst hat sich an verschiedenen Arbeitskreisen, Gremien und Netzwerken beteiligt. Dazu zählten der Qualitätszirkel niedergelassener Kinderärzte/Hebammen/Gesundheitsamt, das Netzwerk zum Thema „ADHS-Kinder“, der Schulärztliche Arbeitskreis und die Kinder- und Familienzentren Neu-Allermöhe und Lohbrügge.



Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wurde weiter ausgebaut: So wurden von der Mütterberatung mit den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD) gemeinsame Hausbesuche durchgeführt. Es fanden verschiedene Kooperationstreffen mit dem Jugendamt statt. Bei mehreren Fällen vermuteter Kindesmisshandlung wurde eng mit dem Jugendamt zusammen gearbeitet. Im Juni veranstaltete der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst eine Fortbildung für die Allgemeinen Sozialen Dienste. Die beiden Fachärztinnen für Kinder- und Jugendmedizin referierten zum Thema „Gesund und munter – Entwicklungsschritte im Kindes- und Jugendalter. Was ist normal?“

Der Schulärztliche Dienst war im Januar an der Planung und Gestaltung der hamburgweiten Informationsmesse „Schule in Hamburg“ beteiligt und vertrat dort die Schulärztlichen Dienste der anderen Bezirke. Im April wurde anlässlich des Weltgesundheitstages eine Impfveranstaltung durchgeführt unter dem Motto " Gesund bleiben - sich vor Infektionskrankheiten schützen". Im Oktober/November wurde eine zweitägige Influenzaimpfaktion durchgeführt.

### **Mütterberatung**

Die Mitarbeiterinnen der Mütterberatungsstellen beraten Eltern von Säuglingen und Kleinkindern in Sprechstunden und bei Hausbesuchen. Zum Team der Bergedorfer Mütterberatungsstellen gehören Kinderärztinnen und Kinderkrankenschwestern. Die Mütterberatungsstellen unterstützen und beraten Eltern von Säuglingen in allen Fragen der Ernährung und Pflege, zu Schutzimpfungen und zur Rachitis- und Kariesprophylaxe und koordinieren weiterführende Hilfen. Die Sprechstunden werden an verschiedenen Standorten im Bezirk durchgeführt.

Die Mütterberatung arbeitet weiterhin mit dem Familienhebammenprojekt in Lohbrügge zusammen. Im Herbst 2007 entstand in der Trägerschaft von Sprungbrett e. V. ein zweites Familienhebammenprojekt im Kinder- und Familienzentrum Neu-Allermöhe. Auch hier besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Mütterberatung. Das Mütterberatungsteam und die Familienhebammen bieten ihre Sprechstunden parallel an. Alle zwei Monate findet ein Teamtreffen von Mütterberatungsschwestern, Kinderärztin, Familienhebammen und Sozialpädagoginnen statt.

Seit Sommer 2007 gibt es das Projekt „Nestlotse“ in Bergedorf-West unter der Trägerschaft der Pestalozzi-Stiftung. Im Rahmen der Mütterberatungssprechstunden in der Elternschule Bergedorf-West findet auch hier eine Zusammenarbeit statt. Mit dem seit Frühjahr 2007 bestehenden Projekt „welcome“, bei dem Ehrenamtliche praktische Hilfen für Familien nach der Geburt anbieten, hat sich über die aufsuchende Arbeit der Kinderkrankenschwestern in der Mütterberatung eine gute Zusammenarbeit entwickelt.

### **Schulzahnärztlicher Dienst**

Der Schulzahnärztliche Dienst im Gesundheitsamt Bergedorf untersucht jedes Jahr die Zähne der Kinder in den Kindergärten und der Schulkinder ( Vorschule bis 6. Klasse). Das Team des Schulzahnärztlichen Dienstes besteht aus einer Zahnärztin, einer Zahnarthelferin und einer Prophylaxehelferin. Eine Kariesprophylaxehelferin, deren halbe Stelle über die Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Hamburg (LAJH) finanziert wird, führt an den Schulen Kariesprophylaxemaßnahmen einschließlich Zahnschmelzhärtung (Fluoridierung) durch. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen.



- 45 -

Der Schulzahnärztliche Dienst hat die Reihenuntersuchungen in den Schulen planmäßig fortgesetzt. Zudem untersucht er nach dem Kinderbetreuungsgesetz seit November 2006 die Dreijährigen in den Kindergärten. Das Kariesprophylaxeprogramm wurde deutlich ausgebaut. Daneben werden zahnärztliche Gutachten für das Soziale Dienstleistungszentrum erstellt; die Zahl der Gutachten belief sich in diesem Jahr auf 57.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat sich darüber hinaus aktiv an dem betrieblichen Gesundheitsmanagement des Bezirksamtes beteiligt: Zahnärztin und Zahnarthelferin boten in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmedizinischen Dienst und dem Fachamt Personalservice Ohrakupunktur zur Entspannung für Beschäftigte des Bezirksamtes an. Dieses Angebot stieß auf große Resonanz.

	2005	2006	2007
Anzahl der Kinder in den Mütterberatungsstellen, die untersucht bzw. zu denen beraten wurde	1517	856	717 <sup>9</sup>
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	272	255	288
Anzahl der Untersuchungen und Beratungen durch Schulärzte	3.651	3157	3146 <sup>10</sup>
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	368	127	318 <sup>11</sup>
Anzahl der Untersuchungen und Beratungen durch die Schulzahnärztin	6.017	6719	5587 <sup>12</sup>
Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz			
• ärztlich			200
• zahnärztlich			1344

### Ziele für 2008

- Durchführen von ca. 70% der Schuleingangsuntersuchungen für das Schuljahr 2008/2009
- Fortsetzung der Vernetzungsarbeit im Bezirk und Teilnahme am Schulärztlichen Arbeitskreis
- Durchführung des Hamburger Gesundheitstages 2008 zum Thema Kinder- und Jugendgesundheit

<sup>9</sup> Die rückläufigen Besucherzahlen erklären sich zum einen durch die Aufgabe des Standortes Kirschgarten, vor allem aber durch ein seit 2006 erweitertes Angebot von „Babytreffs“ und ähnliche Angebote anderer Träger (z. B. Familienhebammen); die Mütterberatung stellt seitdem weniger einen sozialen Treffpunkt dar als eine Einrichtung, die bei besonderen Fragen zur Kindesgesundheit von Eltern gezielt aufgesucht wird.

<sup>10</sup> Um die Statistik übersichtlicher zu gestalten, sollen in Zukunft im Tätigkeitsbericht nur noch die Untersuchungen und Beratungen nach § 34 HmbSG erfasst werden.

<sup>11</sup> Die in diesem Jahr wieder höheren Zahlen begründen sich in vermehrten Impfungen im Rahmen der schulärztlichen Untersuchungen und durch den Impftaktionstag zur Influenza-Impfung anlässlich des Weltgesundheitstages.

<sup>12</sup> Niedrigere Untersuchungen im Schulzahnärztlichen Dienst sind durch die längere Krankheit einer Mitarbeiterin erklärt und durch fehlende Kapazitäten der Schulzahnärztin, welche durch die im Rahmen des Kariesprophylaxeprogramms vorgesehenen Zweituntersuchungen innerhalb eines Jahres gebunden sind.



## **Gesundheitsaufsicht**

Die Gesundheitsaufsicht ermittelt bei Meldungen zu Infektionskrankheiten und wertet diese aus. Bei Krankheitsausbrüchen und Epidemien werden durch die Gesundheitsaufsicht Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung geplant und organisiert. Gleichzeitig überwacht die Gesundheitsaufsicht die Hygiene in Krankenhäusern, Arztpraxen, Heimen und Gemeinschaftsunterkünften, bei privaten Rettungsdiensten, in Piercingstudios, Fußpflegeeinrichtungen und anderen Einrichtungen der Körperpflege. Das Team besteht aus einem Arzt, einer Gesundheitsingenieurin und einem Gesundheitsaufseher.

Im Jahre 2007 wurden die routinemäßigen Begehungen der Krankenhäuser zur Überwachung der Hygiene fortgesetzt. Auch die Begehungen der Kindertageseinrichtungen des Bezirks wurden fortgeführt; Ziel ist es, jede Bergedorfer Kindereinrichtung alle fünf Jahre regelmäßig auf ihre Hygiene hin zu überprüfen. Seit 2006 werden im Rahmen der der Kommunalhygiene auch Piercing- und Tätowierungsstudios sowie medizinische Fußpflegeeinrichtungen überprüft. Inzwischen wurden alle Tätowierungs- und Piercingstudios begangen. Wegen Langzeiterkrankung eines Mitarbeiters mussten Überprüfungen von Fußpflegeeinrichtungen in diesem Jahr unterbleiben. Neu aufgenommen wurden eine standardisierte Prüfung der Hygiene in stationären Pflegeeinrichtungen und die Überprüfung eines privaten Krankentransportbetriebes.

## **Heimaufsicht**

Die Heimaufsicht stellt sicher, dass die Rechte stationär pflegerisch versorgter Menschen im Bezirk ihre Berücksichtigung finden. In der Heimaufsicht arbeitet eine Verwaltungsbeamtin.

Alle Alten- und Pflegeeinrichtungen sowie Behinderteneinrichtungen wurden in 2007 turnusmäßig begangen. Bei den Begehungen wurde auch in diesem Jahr ein Prüfungsschwerpunkt festgelegt.

Dieser lag in den Pflegeheimen bei der Anwendung von freiheitseinschränkenden Maßnahmen. Die Regelbegehungen erfolgten erstmalig unangemeldet. Es konnten aber keine Qualitätsmängel festgestellt werden, die bei einer angemeldeten Prüfung nicht vorgefunden worden wären.

Im Herbst fanden angemeldete Nachprüfungen statt.

In den Behinderteneinrichtungen erfolgen Bewohnerbefragungen unterschiedlicher Intensität, abhängig von der Kommunikationsfähigkeit der Bewohner zur Ergebnisqualität/Zufriedenheit.

Der Kontakt zu den Heimbeiräten in den Alten- und Pflegeheimen wurde weiterhin aufrechterhalten. Im April 2007 fand in Zusammenarbeit mit dem Bezirksseniorenbeirat eine Schulung aller Heimbeiräte durch die Heimaufsicht statt.

Im Rahmen der Ambulantisierung in der Behindertenhilfe wurden in den Einrichtungen mit den Trägern und den Bewohnern intensive Gespräche geführt. Eine stationäre Wohngruppe mit 10 Plätzen wurde geschlossen und wird in einem neuerbauten Wohnhaus im Bezirk ambulant weiter betreut. In einer weiteren Wohngruppen sind einzelne Plätze ambulantisiert worden.

Verbunden mit intensiven Kontakten zwischen Heimaufsicht, Träger und Bauherr konnte im November das Cura Seniorenzentrum Bergedorf im alten AK Gebäude eröffnet werden.



- 47 -

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anzahl der bearbeiteten meldepflichtigen Infektionsfälle	313	371	543
Anzahl der örtlichen Hygieneüberprüfungen (einschließlich Krankenhausbesichtigungen)	11	15	8
Anzahl der jährlichen Begehungen von OP- und Intensivbereichen in Krankenhäusern (insgesamt 3 Einrichtungen)	4	3	3
Anzahl von Begehungen in Tätowierungs-/Piercing-Einrichtungen	0	2	9
Anzahl von Begehungen in Fußpflegeeinrichtungen	0	3	0
Anzahl der Heimbesuche/-begehungen	26	38	38
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden im Rahmen der Heimaufsicht	8	6 <sup>13</sup>	6 <sup>14</sup>

## Ziele für 2008

### Gesundheitsschutz

- Hygienebegehungen der Pflegeheime,
- Hygieneüberprüfungen der privaten Rettungsdienste,
- Überprüfung der ambulant operierenden Arztpraxen.

### Heimaufsicht

- Angemeldete Prüfungen aller Bergedorfer Einrichtungen zu einem thematischen Schwerpunkt,
- Unangemeldete Kurzprüfungen in den Alten- und Pflegeheimen,
- Fortführung der Arbeit in den überbezirklichen Arbeitskreisen zur Qualitätssicherung der Heimaufsicht.

- 48 -

## **4. DEZERNAT FÜR WIRTSCHAFT, BAUEN UND UMWELT**

<sup>13</sup> Bei keinem der Beschwerdefälle handelte es sich um einen gravierenden Pflegemangel.

<sup>14</sup> Auch in 2007 handelte es sich bei keinem der Beschwerdefälle um einen gravierenden Pflegemangel.



Leitung: Arne Dornquast , Tel. 42891-4040

		2005*	2006*	2007
Beschäftigungsvolumen		127,75	131,38	164,0
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	<b>Soll</b>	126.065	118.448	205.969 <sup>15</sup>
Ausgaben	<b>Ist</b>	108.588	104.961	201.625
übertragbarer Rest		17.477	13.487	4.343
betreute Fachausschüsse		Stadtplanungsausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, sowie gelegentlich für Sport und Kultur		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung		99	106	118
Eröffnungstermine der Ausschreibungsangebote		51	45	40
davon öffentliche Ausschreibungen		11	9	9
davon beschränkte Ausschreibungen		40	36	31
Einnahmen insgesamt in €				
	<b>Soll</b>	2.638.528	4.654.453	2.195.032
	<b>Ist</b>	2.611.627	4.256.634	2.642.671
Ausgaben insgesamt	<b>Ist</b>	14.161.873	12.164.557	11.623.160

\* ehemals Baudezernat

### Aufgaben und Entwicklung in 2007

In Vollzug der Bezirksverwaltungsreform wurden zum 01.02.2007 das bisherige Baudezernat, das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt sowie die bezirkliche Wirtschaftsförderung zum neuen Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt vereinigt. Im Sinne der Verwaltungsgliederung nach dem Lebenslagenprinzip sind hier alle Verwaltungsaufgaben zusammengefasst, die dem aktions- und investitionswilligen Bürger dienen: sei es die Absicht, ein Gewerbe zu betreiben, zu bauen oder eine Leitung im öffentlichen Grund zu verlegen, Feste oder Informationsstände zu organisieren - das Dezernat 4 ist für diese und viele andere Anliegen Ansprechpartner.

Der neue Geist des Verwaltungshandelns materialisiert sich auch in veränderten Strukturen. Aus der Planungsabteilung wurde das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, das Verbraucherschutzamt wurde zum Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt, die Garten- und Tiefbauabteilung wurde zum Fachamt Management des öffentlichen Raums fortentwickelt. Ganz neu ist das Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt. Hierin sind zum einen die Fachaufgaben Wirtschaftsförderung, Bauaufsicht und umweltrechtliche Genehmigungen integriert worden; zum anderen werden alle kundenorientierten Dienstleistungen des Dezernats in diesem Zentrum erbracht. Mit der Eröffnung des Kundenservice-Bereichs im Neubau an der Wentorfer Straße 38 a wird diese Integration für die Kunden des Dezernats im täglichen Betrieb erfahrbar.

- 49 -

### Aufgabe und Entwicklung in 2007

1. Abschluss der Planungen und Beginn der Realisierung am Bahnhof Bergedorf - ZOB

<sup>15</sup> Erhöhung des Budgets aufgrund der Umstrukturierung des Dezernats, verbunden mit neuen Aufgaben.



- Fachmarktzentrum
- CCB-Erweiterung

## 2. Grundinstandsetzung der Wentorfer Straße

- Planung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Realisierung

## 3. Vollzug der Bezirksverwaltungsreform

- Konzeptionierung und Umsetzung des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
- Integration der zusammengeführten Fachaufgaben
- Aufnahme des Betriebs im Neubau Wentorfer Straße 38 a

## Ziele für 2008

- Planung ZOB, Bahnhofsvorplatz und Flächen südlich der B 5
- Mit Hilfe des Bezirksamtes soll ein reibungsloser Bauablauf des neuen ZOB- und Bahnhofsgebäudes gewährleistet werden
- Aufwertung Edith-Stein-Platz
- Umsetzung des Maßnahmenkataloges Zollenspieker
- Entwicklung einer Strategie für Ausgleichsflächen
- Ausarbeitung von Projektanträgen zur Förderung des ländlichen Raumes, Qualifizierung; von Projekten (ELER/Leader)
- Fahrradgipfel: Konzeptentwicklung und Durchführung erster Arbeitsschritte
- Lärmaktionsplanung

## 4.1 Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung

Leitung: Arne Dornquast, Tel. 42891-4040

		2005	2006	2007
Beschäftigungsvolumen		11,3	10,76	9,57
Einnahmen in €	Soll	1.000	1.000	750
	Ist	1.098	1.253	1.113
Ausgaben in €		223.024	158.902	139.632,95
Anzahl der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne <sup>1)</sup>		24	18	24
Größe der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne in ha <sup>1)</sup>		756,3	283,1	288,3
Anzahl der Bebauungspläne, für die frühzeitige Bürgerbeteiligungen durchgeführt wurden		2	4	4

1) Stichtag 31.12.; erfasst werden Bebauungspläne, für die Grobabstimmungen durchgeführt wurden oder vorbereitet werden



Aufgabe des Fachamtes ist, die städtebauliche Entwicklung und Ordnung und die Entwicklung von Natur und Landschaft im Bezirksamtsbereich durch Planung zu leiten sowie die bezirklichen Interessen bei Planungen Dritter zu vertreten.

#### 4.1.1 Übergeordnete Planung

Im Zuge der Einrichtung des Dezernats für Wirtschaft, Bauen und Umwelt wurde auch eine Veränderung im Bereich der übergeordneten städtebaulichen Planung vollzogen. Die vormals auch organisatorisch eigenständigen Bereiche Projektentwicklung und Städtebauliche Stellungnahmen wurden mit der klassischen vorbereitenden bzw. übergeordneten Planung zusammengefasst, verbleiben aber innerhalb dieser Organisationseinheit eigenständige Arbeitsbereiche.

Im Jahr 2007 wurden hier vor allem folgende Themen bearbeitet:

##### Entwicklung von Wohnbauflächen

Der Bezirk Bergedorf verfügt nach wie vor über ein vielfältiges Angebot an Wohnbauflächen. Dies ist das Ergebnis der Fortschreibung des bezirklichen Wohnungsbauprogramms, mit dem ständig ein Potenzial von ca. 2.000 Wohneinheiten vorgehalten werden soll. Bergedorf verfügte auch 2007 über insgesamt 18 mögliche Wohnbauflächen, die zusammen knapp über 1.900 Wohneinheiten umfassen. Hinzu kommen weitere Verdichtungsmöglichkeiten in schon bebauten Bereichen.

Da in den nächsten Jahren viele dieser Flächen baureif gemacht werden, müssen allerdings ständig weitere, für Bergedorf verträgliche Wohnbauflächen gefunden werden.

Einige für den Wohnungsbau im Prinzip gut geeignete Flächen, z.B. nördlich des Reinbeker Redders im Bereich Hirtenland und östlich der Kleingartenanlage Haempton, gestalten sich in der Entwicklung aufgrund schwieriger Eigentumsverhältnisse nach wie vor problematisch. In der Realisierung befinden sich die Wohnbebauung am Bille-Bad, Flächen in Kirchwerder und Fünfhausen sowie die restlichen freien Flächen am Dorfanger Boberg.

Planerisch begleitet wurden vor allem die Wohnbauflächen am Mittleren Landweg, auf dem bald ehemaligen BIG-Gelände in Fünfhausen und an der Hans-Stoll-Straße in Neuallermöhe-West.

Weitere Flächen wie der ehemalige Güterbahnhof befanden sich in der bauleitplanerischen Umsetzung.

##### Entwicklung von gewerblichen Bauflächen

Bergedorf ist neben Harburg der Bezirk mit den größten gewerblichen Bauflächenreserven in ganz Hamburg. Dass diese Flächen nicht immer frei von Komplikationen sind, wurde im Jahr 2007 deutlich. Besonders im Bereich des Mittleren Landwegs, wo neben einem bestehenden Wohngebiet und auf Kleingartenflächen Gewerbegebiete geplant sind, sind erhebliche Widerstände der Bewohner bzw. Betroffenen zu verspüren. Ebenso bereitet die nicht konfliktfreie Nachbarschaft von Wohnen und Gewerbe Probleme. 2007 sind die Planungsverfahren in diesem Bereich eher ins Stocken gekommen.

Für die geplante Logistikfläche „Südlich Brookdeich“ wurden im Jahr 2007 die vorbereitenden städtebaulichen und landschaftsplanerischen Voruntersuchungen eingeleitet. Erste konzeptionelle Überlegungen und Grundsatzfragen wurden mit den politischen Gremien abgestimmt. Auch hier zeigt sich, dass diese Fläche im Hinblick auf ihre Nachbarschaft zum engeren Bergedorfer Siedlungskern, aufgrund der verkehrlichen Erschließung, der vorhandenen Kleingärten und der relativ hohen ökologischen Wertigkeit der Flächen nicht unproblematisch ist.



Auch im Jahr 2007 oblag es der Koordinatorin, die zügige und qualitätsvolle Realisierung dieser für Bergedorf herausragenden Projekte in verantwortlicher Position voranzubringen. Hierzu war die Teilnahme an einer Vielzahl von Abstimmungsgesprächen mit den Fachbehörden, dem Investor und der VHH notwendig. Weiterhin gehörte die Betreuung des Sonderausschusses ZOB, in dem alle relevanten Planungen und Erkenntnissen aus dem Projekt vorgestellt und abgestimmt werden sollen, zu den Aufgaben.

2007 konnte das Projekt wesentlich vorangebracht werden. Der Bau des Fachmarktzentrams schreitet für jedermann deutlich sichtbar voran; die Eröffnung war im März 2008. Damit kann der erste Bauteil dieses Gesamtprojekts in Kürze den Bergedorfern zur Nutzung übergeben werden. Auch im Bereich des neuen ZOB's und des neuen Bahnhofs machen erste Fäll- und Abrissarbeiten deutlich, dass hier bald mit der Neubebauung begonnen wird. Und schließlich wurde im Jahr 2007 die Idee entwickelt, die Gesamtbaumaßnahme wesentlich zu verkürzen. Dies soll dadurch erreicht werden, dass ein provisorischer ZOB eingerichtet und ein Teil der Busse durch die Alte Holstenstraße geführt wird. Das wiederum wird mit erheblichen Beeinträchtigungen für die Bergedorfer verbunden sein, führt aber dazu, dass sich die Belastungen durch Baumaßnahmen auf einen erheblich kürzeren Zeitraum erstrecken werden. Was anfangs utopisch schien, wird nun langsam Realität.

#### Aufwertungsmaßnahmen für den Standort Bergedorf

Die Koordinatorin ist an vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung der City beteiligt. Innerhalb des Bezirksamtes ist sie Themenbeauftragte für diesen Bereich. Hierzu gehörte in 2007 die Begleitung des Business Improvement Districts (BID) Sachsen- und südliche Alte Holstenstraße. Weiterhin gehörten dazu die Begleitung der Hamburger Architekturolympiade zu den Glunzflächen sowie die Durchführung einer Ausstellung und einer Finissage zu diesem Thema. Ein weiterer Schwerpunkt war das Planungsverfahren Alte Holstenstraße - befahrbarer Bereich- das Anfang 2007 zum Abschluss gebracht wurde. Die Durcharbeitung für die Gestaltung und Kostenberechnung der Unterführung wurde anschließend in Auftrag gegeben und liegt für die Umsetzung vor.

Schließlich wurde zusammen und in Abstimmung mit den Parkhausbetreibern im Zentrum eine Konzeption für ein Parkleitsystem entwickelt, das im Jahr 2008 umgesetzt werden soll.

#### Schleusengraben

Nachdem 2007 der Senat grundsätzlich zugestimmt hat, dass das Workshopkonzept von 2005 weiterverfolgt und geprüft werden soll, wurden seitens des Bezirks gemeinsam mit den Fachbehörden die notwendigen Schritte vor allem im Hinblick auf eine Vermarktungs- bzw. Machbarkeitsstudie veranlasst, deren Ergebnisse derzeit noch erarbeitet werden.

Weiterhin wurden viele Gespräche zu einzelnen Flächen am Schleusengraben geführt. Dabei wird seitens der Verwaltung versucht, die Entwicklung in Richtung der Workshopergebnisse zu beeinflussen. Dass dieses nicht einfach ist und dass bei der Umstrukturierung des Geländes noch ein langer und steiniger Weg zu beschreiten ist, zeigt sich immer wieder. Insbesondere die Mitwirkung der Eigentümer ist hier natürlich gefordert, und es müssen mutige und risikofreudige Investoren gefunden werden, die eine neue Entwicklung auch einmal anstoßen können.

Weiterhin ist auch nach wie vor die Stadt Hamburg bzw. der Bezirk Bergedorf gefordert, die Entwicklung positiv zu beeinflussen. Mit Projekten, wie der Umsetzung einer durchgehenden Wegeverbindung bzw. einer qualitativ hochwertigen Entwicklung der städtischen Fläche bei Autohaus Kath, sollten hier Zeichen gesetzt werden.

Positiv zu vermerken ist, dass das Aufwertungskonzept inzwischen von allen Hamburger Behörden grundsätzlich mitgetragen wird.



Um das Projekt Schleusengraben mehr „auf die Landkarte“ zu bringen, ist eine Anmeldung als IBA- und als IGS-Begleitprojekt vorgesehen. Hierzu wurden in 2007 die notwendigen Vorgespräche geführt.

#### Bauvorhaben Neuallermöhe

Die Kunstjury des Kommunikations- und Kunstvereins zu dem Projekt „Kunst im öffentlichen Raum“ wird von der Koordinatorin als Jurymitglied begleitet.

Um in Neuallermöhe weitere verdichtete Einfamilienhäuser als Eigentumsmaßnahmen anbieten zu können, hat die Finanzbehörde/ Immobilienmanagement eine Investorenausschreibung vorgenommen. Zusammen mit dem Investor wurde im Bereich der sog. Stadtkante ein realisierungsfähiges Konzept für 150 Reihenhäuser entwickelt.

#### Neubaugebiet Dorfanger Boberg

Die Umsetzung der Bebauung des westlichen Teilbereichs wurde durch die Koordinatorin begleitet.

#### Edith-Stein-Platz

Für den Edith-Stein-Platz, der das Entree für Neuallermöhe-Ost darstellt, wurde 2007 ein umfangreiches Planungsverfahren mit Bürgerbeteiligung durchgeführt, um hier Verbesserungen in der Gestaltung und Nutzung zu erreichen. Mit Hilfe von Fachplanern, die ein tragfähiges Konzept erarbeitet haben und unter Mitwirkung interessierter Bürger und Betroffener konnte ein breiter Konsens erreicht werden, der hoffentlich dazu führt, dass dieser Platz in Zukunft auch angenommen wird. Die Ergebnisse können 2008 umgesetzt werden.

#### Zollenspieker

Dem Fachamt obliegt seit Anfang 2007 die Gesamtkoordination für die Aufwertungs- und Baumaßnahmen rund um das Zollenspieker Fährhaus. Im letzten Jahr wurde ein aktueller Hotelbauentwurf mit allen Beteiligten abgestimmt. Für die Bearbeitung der öffentlichen Flächen wurde ein Landschaftsplaner beauftragt. Für den Umbau des Fähranlegers hat die Behörde für Wirtschaft und Arbeit schon einen Teil der Finanzierung in Aussicht gestellt. Zur weiteren finanziellen Förderung wurde das Maßnahmenkonzept bei ELER und der IGS angemeldet.

#### ProSin

In 2007 wurde das „Projekt Stadtplanung im Netz“ betrieben, für das Bergedorf federführend ist. Neben Eimsbüttel ist Bergedorf das einzige Bezirksamt, das den Internetauftritt seines Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung fristgerecht zusammengestellt hat.

#### Bergedorfer Architekturpreis

Zur Anregung eines Dialoges über Bergedorfs gebaute Umwelt wurde 2007 ein Architekturpreis ins Leben gerufen, der 2008 das erste Mal verliehen wird. Dazu wurden vorbereitende Veranstaltungen durchgeführt.



#### **4.1.2 Städtebaurechtliche Bauberatung, städtebauliche Stellungnahmen, Baukommission, Abwägungen nach § 125 Absatz 2 BauGB**

Städtebauliche Auskünfte und Beratungen zu festgestellten Bebauungsplänen vor Antragsstellung werden von dem Fachamt Bauprüfung wahrgenommen. Das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung wurde in Einzelfällen beteiligt. Städtebauliche Auskünfte wurden aber auf besonderen Wunsch bzw. bei direktem Einschalten durch den Antragsteller erteilt.

Im Rahmen der Baukommission Bergedorf wurden im Jahre 2007 aus dem Antragsvolumen der Bauprüfung Anträge beurteilt. Ein großer Anteil der zu beurteilenden Vorhaben liegt in Gebieten mit älterem Planungsrecht und entspricht nicht mehr der heutigen Genehmigungspraxis. Es wurden diverse Befreiungen zum Planungsrecht, meistens einhergehend mit einer Ortsbesichtigung, geprüft. Eingeschlossen sind Anträge für Sondernutzungen auf öffentlichem Grund z.B. zum Aufstellen von Warenständern, Tischen und Stühlen zur Bewirtung.

In der Baukommission Vier- und Marschlande waren, da für den größten Teil des Gebietes der Baustufenplan von 1955 gilt, in der Regel aufwändige Einzelbeurteilungen nach §§ 34 und 35 BauGB oftmals ebenfalls mit Ortsbesichtigung erforderlich.

Da die Stadt Hamburg ab dem Jahr 2009 für einen längeren Zeitraum neue Werberechte vergeben hat, mussten Ende des Jahres diverse Standorte im Bezirk Bergedorf für das Aufstellen von Mega-Lights (großformatige Werbetafeln) und Premium-Säulen gesucht, geprüft und abgestimmt werden.

Eine sehr zeitaufwändige Aufgabe ist die Durchführung von Abwägungen für die endgültige Herstellung von Straßen, für die keine Bebauungspläne vorliegen. Die Abwägungen sind oftmals auch erforderlich für Straßen, die bereits seit Jahrzehnten dem Verkehr gewidmet sind. Infolge eines Gerichtsurteils sind umfangreiche Recherchen erforderlich. Andernfalls würde eine ordnungsgemäße Abwägung nicht stattfinden und die Kosten für die Straßenbaumaßnahmen könnten nicht auf die Anlieger übertragen werden. Eine Abwägung wurde in diesem Jahr für die Gerhard-Falk-Straße durchgeführt.

Es wurden Stellungnahmen erarbeitet zu Planungen des Bereiches Management des öffentlichen Raumes, wie z.B. zur Grundinstandsetzung Wentorfer Straße und zu Straßen oder Wegen, die öffentlich gewidmet werden sollen.

Es wurden diverse Anfragen aus dem Bereich Immobilienmanagement der Finanzbehörde beantwortet, die Aussagen zur evtl. Veräußerung von Grundstücken benötigten.

#### **4.1.3 Bebauungsplanung**

Drei Planverfahren wurden neu eingeleitet: Kirchwerder 24, Kirchwerder 30 und Moorfleet 17. Die Einleitung des Verfahrens Bergedorf 101 wurde vorbereitet.

Folgende vier öffentliche Plandiskussionen wurden durchgeführt: Allermöhe 29, Bergedorf 95, Billwerder 28 / Allermöhe 30 und Moorfleet 16.

Der Bebauungsplan Bergedorf 95 wurde insbesondere mit dem Vorhabenträger und der jüdischen Gemeinde abgestimmt; die Behördenbeteiligung wurde eingeleitet.

Mit den Trägern öffentlicher Belange wurden drei Planentwürfe abgestimmt: Allermöhe 28, Neuengamme 8 und Neuengamme 12.

Die folgenden beiden Pläne wurden öffentlich ausgelegt: Allermöhe 28 und Bergedorf 98.

Der Bebauungsplan Bergedorf 97 trat in Kraft.

Die Vorweggenehmigungsreife erreichten die drei Bebauungspläne Allermöhe 28, Bergedorf 94 und Bergedorf 98.

Trotz der Vorbehalte der BSU wurde das Bebauungsplanverfahren Kirchwerder 24 inhaltlich fortgeführt.



Aufgrund der umfangreichen Beratungen in den politischen Gremien wurde das Planverfahren Kirchwerder 27 nur teilweise fortgeführt.

Der Bebauungsplanentwurf Moorfleet 16 wurde mit den Behörden vorabgestimmt. Nach Rückzug des Großinvestors wurde das weitere Vorgehen mit den maßgeblichen Behörden erörtert, neue Investoren wurden beraten.

Vorbereitet wurde das Bebauungsplanverfahren Kirchwerder 29 zur Ordnung der Kleingärten in Zollenspieker. Dieses Verfahren wurde seitens des Stadtplanungsausschusses jedoch seit Juli 2007 nicht behandelt.

Das Verfahren Lohbrügge 89 (Hirtenland) wurde vorbereitet, Investoren wurden beraten.

Für die Bebauungsplanverfahren Bergedorf 100 und Kirchwerder 27 wurden Veränderungssperren erarbeitet.

Weitere wichtige Themen waren:

Beteiligt war die Abteilung an der Vorbereitung des Umlegungsverfahrens für das Neubaugebiet nördlich Durchdeich / westlich Ochsenwerder Landscheideweg.

Der Architekturpreis wurde ins Leben gerufen und mit Sponsoren abgestimmt.

Hinzu kamen u.a. folgende Leistungen:

- Städtebauliche Beurteilung von Bauvorhaben während der Bebauungsplanverfahren,
- Zurückstellungen von Baugesuchen,
- Erarbeitung von städtebaulichen Verträgen und Aufträgen,
- Betreuung von externen Büros und Bauträgern,
- Mitwirkung am Normenkontrollverfahren Bergedorf 82,
- Mitarbeit bei der Einrichtung des Internetportals.

Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verlässliches und zukunftsorientiertes Planungsrecht für den Bezirk zu schaffen, deutlich näher gekommen.

#### **4.1.4 Landschaftsplanung**

##### Entwicklungsplanung

Im Bereich der vorbereitenden Bauleitplanung wurde die Aufwertung und Entwicklung der Schleusengrabenachse landschaftsplanerisch begleitet, Ideen skizziert, Lösungsansätze entwickelt.

Für die Gewerbeansiedlung Südlich Brookdeich wurde ein landschaftsplanerisches Gutachten vergeben, das eng mit der stadtplanerischen Voruntersuchung zusammenarbeitet. Ziel ist es, ein tragbares Verkehrs-, Baustruktur- und Freiraumkonzept zu entwickeln, das umweltrelevante Belange bereits im Vorfeld berücksichtigt.

Für den in 2007 begonnen Leader-Prozess im Rahmen des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums stellte Hamburg den Programmplan Stadt-Land-Fluss auf. In diesem Rahmen wurden von der Abteilung Landschaftsplanung Ideen gesammelt und koordiniert sowie für Bergedorf acht Anmeldungen zum Projektideenwettbewerb erarbeitet und im Hamburger Prozess eingereicht.



## Verbindliche Planung

Neben der Betreuung aller laufenden Huckepack-Bebauungspläne wurde eine stadt- und landschaftsplanerische Konzeption für den Raum Brennerhof erarbeitet, der die besondere naturräumliche Situation in Moorfleet berücksichtigt. Das hier anzusiedelnde Kompetenzzentrum für den Gartenbau erfordert aufgrund des angrenzenden schützenswerten Kultur- und Naturensembles einen besonders sensiblen Umgang der Neubaumaßnahmen mit den vorhanden topographischen und landschaftsräumlichen Gegebenheiten.

Die Arbeiten am Bebauungsplan Allermöhe 28 – GaLa-Bau-Betriebe - konnten abgeschlossen werden. Damit wird es möglich, die bisher im Landschaftsraum der Vier- und Marschlande ungenehmigt entstandenen und mancherorts als sehr störend empfundenen Lagerplätze dieser Unternehmen künftig im Plangebiet zu konzentrieren und somit das Landschaftsbild an vielen Stellen wieder zu verbessern.

### Ziele für 2008

- Weiterarbeit an der Umsetzung Leitprojekt Schleusengraben
- Hinwirken auf eine Konzeptentwicklung Stuhrohrquartier/Postfläche
- Konzeptentwicklung Westlicher Brookdeich/Neuer Weg
- Durchführung Bergedorfer Architekturpreis 2008
- Vorbereitung und Durchführung der 1. Bergedorfer Jugendkonferenz 2008
- Aufwertung des EKZ Rappoltweg
- Unterschutzstellung bezirklicher Ensembles
- Entwicklung eines Einzelhandelskonzepts für Bergedorf

## 4.2 Fachamt Management des öffentlichen Raumes

Leitung: Joachim Brusckke (kommissarisch), Tel. 42891-2060

		2005	2006	2007
Beschäftigungsvolumen <sup>1) 2)</sup>		89,4	86,95	97,84
Einnahmen in EUR <sup>3)</sup>	Soll	1.785.000	1.699.000	1.476.000
	Ist	1.762.000	1.666.000	1.461.000
Ausgaben in EUR <sup>1)</sup>		13.926.000	11.990.000	11.433.000

1) Zum 1.12.2007 ist die Friedhofsverwaltung dem neu gegründeten WBZ zugeschlagen worden, wird aber für 2007 noch bei MR gezählt

2) Einschl. Auszubildende,

3) Gebühren, Arbeiten für fremde Rechnungen bei Wiederherstellungen nach Sondernutzungen

### Aufgabe und Entwicklung in 2007

Die Aufgaben dieses Fachbereiches bestehen in der Planung, dem Bauen, dem Herrichten und Unterhalten aller öffentlichen Flächen, die in der Zuständigkeit des Bezirkes liegen, wie: Grünanlagen, Spielplätze, Dauerkleingartenanlagen, Wander- und Radwege, bezirklicher Friedhof, Straßen, Straßenbegleitgrün, Brücken, Schnee und Eisbeseitigung, Herrichten der Depotcontainer- Standorte, Unterhaltung Gewässer aller Art, Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, Naturschutzgebiete und Bergedorfer Forstflächen.

Durch den Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) wird für die Sauberkeit und Ordnung auf diesen Flächen gesorgt und die Einhaltung der Hundeverordnung überwacht.

In Amtshilfe werden Dienstgärten, Sportplätze und Liegenschaftsflächen unterhalten.



Im Garten- und Landschaftsbaubereich werden jährlich 7 Jugendliche als Landschaftsgärtner ausgebildet.

Schülern werden zur Berufsfindung Praktika angeboten.

Öffentliche Flächen werden u.a. mit Kräften von Alsterarbeit, des Internationalen Bundes, straffällig gewordenen Jugendlichen und des Freien Trägers Sprungbrett in Ordnung gehalten.

Das Forstrevier wurde dem Bezirk zugeschlagen und in den MR -Bereich als eigene Abteilung eingegliedert.

Der Bezirkliche Ordnungsdienst wurde entsprechend der Senatsvorgabe organisiert und eingesetzt.

In 2007 sind insbesondere folgende Projekte bearbeitet worden:

- Entwurfsplanung und Ausführung der Grundinstandsetzung Wentorfer Straße, Baukosten EUR 3,3 Mio.,
- Grundinstandsetzung im nachgeordneten Straßennetz (Bezirksstraßen), z.B. Kirchenheerweg, Sichtler, Stuhlrohrstraße, Röpredder, Daniel-Hinsche-Straße, Durchlass Curslacker Deich,
- Erschließungsplanung und Ausführung des Umbaues ZOB,
- Vorbereitung und Ausführung von Erschließungsmaßnahmen, z.B.: Op den Hoogen, Sporthallenweg / Am Sandbrack Fünfhausen, Eva-König-Bogen,
- Weiterführung des Straßenbaus Wohnerschließung Allermöhe West, z.B.: Erschließung am Marie-Henning-Weg sowie an der Hans-Stoll-Straße,
- Planung und Ausführung von Industrie- und Gewerbeerschließungen, z. B.: Brookdamm, Ausbau zw. Holtenkliner Straße und Brookdeich, Gewerbegebiet Curslacker Neuer Deich, Entwässerungsarbeiten,
- Entwurfsplanung und Vorbereitung von erstmalig endgültig herzustellenden Straßen, z.B.: Dorfer Bogen, Dorfer Weg, Ochsenwerder Twiete, Lütte Stegel, Scheelenstegel, Kirchenstegel,
- Grundinstandsetzung von Brücken- und Ingenieurbauwerken, z.B.: Stützwand Kirchwerder Hausdeich 6, Ufersicherung Horster Damm zur Brookwetterung, Neubau Brücke 1417 am Marschenbahndamm,
- Sonderprogramm zur Verbesserung von Radwegen, z.B.: Radweg an der JVA Billwerder,
- Sonderprogramm zur Förderung des ÖPNV, z.B.: Verbesserung von Busbuchten,
- Diverse wasserbauliche Maßnahmen wie: Entschlammungsmaßnahme Gose-Elbe, 2. Bauabschnitt, Erneuerung von Durchlässen, Erneuerung und Elektrifizierung von Staubauwerken, Sanierung von Hochwasserschutzanlagen,
- Neubau des Hundeauslaufplatzes am Rahel-Varnhagen-Weg, Neuallermöhe Ost,
- Abschluss des Neubaus der Grünanlage Kraftlinienpark in Neuallermöhe West,
- Erschließung B-Plan Bergedorf 98,
- Gewerbeerschließung H&M,
- Gewerbeerschließung Bauhaus,
- Gewerbeerschließung Werner-Schröder-Straße (Wendekehre),
- die Planungswerkstatt Südliches Bergedorf wurde organisiert und betreut sowie die Planungswerkstatt zur Umgestaltung der Alten Holstenstraße zu wesentlichen Themenbereichen begleitet,



- Sonderprogramm „Beseitigung von Wildkraut auf Verkehrsinseln und Bushaltestellen“,
- Bau von öffentlichen Toiletten in Sonderbauweise,
- Sonderverkehrsleiteinrichtungen Habermannstraße und Curslacker Neuer Deich,
- Fahrbahnsanierung Lohbrügger Markt,
- Maßnahmen zur Verbesserung des Binnenhochwasserschutzes:
  - o Entschlammung der Gose-Elbe (ELER), 1. von drei Bauabschnitten wurde begonnen,
  - o Umlaufgerinne der Krapphofschleuse wurde an die Leistungsfähigkeit der Stauanlage angeglichen,
  - o Das Auslaufbauwerk am SW Allermöhe wurde saniert.
- Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie:
- Die Planung für die Fischaufstiegshilfe von der Dove-Elbe zum Schleusengraben wurde abgeschlossen (Ausführung 2008).
- Sonstige wasserwirtschaftliche Maßnahmen.
- Die geplante Elektrifizierung von Staubbauwerken in den Vier- und Marschlanden wurde zum größten Teil abgeschlossen. Die Automatisierung dieser Staubbauwerke ist in 2008/9 geplant.

### **Ziele für 2008**

- Unbefugt abgestellte Fahrzeuge sollen innerhalb von 6 Wochen, bei Gefahrenlage innerhalb von 3 Tagen, beseitigt werden.
- Durchführung von bezirklichen Erschließungsverfahren einschließlich Abschluss von Erschließungsverträgen und –bescheiden.
- Mitarbeit an übergeordneten Erschließungsmaßnahmen, z.B. ZOB (Anmietung der P+R Palette, Herstellung des provisorischen ZOB sowie Erarbeitung des Bau- und Betriebskonzeptes für die Fahrradstation).
- Fristgerechte Abgabe von Stellungnahmen zu Baugenehmigungen und B-Planverfahren sowie übergeordneten Planungen.
- Erarbeitung einer Realisierungsstrategie für die Planungswerkstatt „Verkehr im südlichen Bergedorf“.
- Bereits bei der Planung neuer Objekte soll der Gesichtspunkt einer kostengünstigen Pflege und Unterhaltung beachtet werden.
- Investitionsbauvorhaben an Straßen, Grünanlagen, Spielplätzen und Gewässern; für Erschließungen, Grundinstandsetzungen und Neu-, Um- und Ausbau sind termingerecht und wirtschaftlich vorzubereiten und umzusetzen.
- Termingerechte Abwicklung von Investitionsmaßnahmen an Hauptverkehrsstraßen (bis ca. 2,5 Mio. EUR p.a.).
- Aufstellung und Umsetzung des Tiefbauprogramms sowie des erweiterten Bauprogramms einschließlich regelmäßiger Berichterstattung.



<b>Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anzahl Auszubildende Ga La Bau Verwaltung	7 1	8 1	8 1
Anzahl Job Start – Mitarbeiter	1	0	0
Beschäftigungs- Tage straffällig gewordener Jugendlicher	110	28	6-10
Praktikanten im Gartenbau	10	9	8
ANSCHUB - zum Erfolg Schule Richard-Linde-Weg	2	3	3
Alsterarbeit - im Grünbereich -in der Verwaltung	-	-	10 1
Praktikanten im Forstbereich	-	-	5

Die Tätigkeit des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes wird auch in folgenden Zahlen deutlich :

<b>Angaben in Euro</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
<b>Investitionsmittel Straße <sup>1)</sup></b>	<b>4.563.000</b>	<b>3.834.000</b>	<b>5.800.000</b>
Davon: Honorarausgaben	224.000	344.000	150.068
Erschließungsmittel	2.133.991	1.332.600	1.346.240
Neu-, Um- und Ausbau	216.519	338.220	37.250
Grundinstandsetzung	1.989.002	1.819.000	4.266.050
<b>Investitionsmittel Gewässer und Deiche <sup>1)</sup></b>	<b>1.706.670</b>	<b>1.114.000</b>	<b>801.000</b>
Davon: Honorarausgaben	116.670	64.245	140.811
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	665.000	1.084.877	452.720
Grundinstandsetzung HWS-Anlagen	925.000	30.280	206.970
<b>Investitionsmittel Grünanlagen <sup>1)</sup></b>	<b>749.000</b>	<b>640.000</b>	<b>700.000</b>
Davon: Honorarausgaben	0	0	52.138
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	367.555	370.354	34.800
Grundinstandsetzung	380.595	268.873	664.706

<b>Unterhaltung Straße <sup>1)</sup></b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m <sup>2</sup>	5.470.000	5.470.000	5.560.000
Aufgrabescheine	1.700	1.964	1.602
Ausgaben	1.376.000	1.204.663	1.225.000
<b>Unterhaltung Gewässer und Deiche <sup>1)</sup></b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Angaben zum Anlagenbestand: Flächengröße in ha	415	415	415
Ausgaben	1.475.000	1.293.000	1.353.000

<sup>1)</sup> Aus unterschiedlichen Titeln



<b>Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen</b>		<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Angaben zum Anlagenbestand				
Flächengröße m <sup>2</sup>		7.500.500	7.500.500	7.500.500
Anzahl		218	218	218
Ausgaben (Unterhaltung und Inst. aus Betriebshaushalt)		794.843	810.367	720.085
Sondernutzungen in Grünanlagen				68
Einnahmen (Benutzungsgebühren, Schadensersatz, usw.)	Soll	16.460	11.250	29.432
	Ist	13.564	11.248	27.648

<b>Friedhof</b>		<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Angaben zum Bestand				
Flächengröße in m <sup>2</sup>		686.937	686.937	686.937
Investitionsausgaben		94.295	100.701	56.140
Unterhaltungsausgaben		302.610	302.256	301.530
Bestattungen (Erdbestattungen)		329	287	280
(Urnenbestattungen)		423	403	428
Einnahmen in	Soll	1.352.000	1.286.000	1.147.554
	Ist	1.257.000	1.277.000	1.159.475

<b>Naturschutzgebiete</b>		<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Angaben zum Bestand				
NSG : Die Reit, Kiebitzbrack, Zollenspieker, Kirchwerder Wiesen, Boberg <sup>1)</sup>		1.600.000	1.600.000	13.730.000
Flächengröße in m <sup>2</sup>				
Ausgaben für Pflege und Unterhaltung		9.800	10.300	35.350

<sup>1)</sup> Das NSG Boberg wurde Ende 2007 von der Fachbehörde auf den Bezirk übertragen

<b>Forst</b>		<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Angaben zum Bestand				
Bergedorfer Gehölz, Geesthang, Sander Tannen, Geesthacht (Edmundstal), Großensee, Flächengröße in m <sup>2</sup>		1)	1)	4.000.000
Ausgaben Wegebau		1)	1)	35.110
- 60 -				
Ausgaben Investitionen		1)	1)	0
Ausgaben (Unterhaltung und Instands. aus Betriebsmitteln)		1)	1)	30.760

<sup>1)</sup> Der Forstbereich wurde Mitte des Jahres 2006 dezentralisiert und kann erstmalig in 2007 ganzjährig dem Bezirk zugeordnet werden.

<b>Amtshilfen <sup>1)</sup></b>		<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Ausgaben		298.000	216.000	33.215

<sup>1)</sup> Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten



<b>Sondernutzungen KFZ</b>		<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anzahl d. unerlaubten Sondernutzungen KFZ		233 <sup>1</sup>	275 <sup>1</sup>	317
Anzahl der Ordnungswidrigkeit-Verfahren		38 <sup>1</sup>	25 <sup>1</sup>	29
Ausgaben (Ersatzvornahmen)		5.507	1.641 <sup>1</sup>	22.875,52
Einnahmen in € Bußgelder, Gebühren, Kosten, Entgelte) <sup>2</sup>	Soll	13.130 <sup>1</sup>	8.298 <sup>1</sup>	16.376
	Ist	34.981 <sup>1</sup>	17.425 <sup>1</sup>	53.736

<sup>1</sup> Bis einschl. 2006 waren die unbefugten Sondernutzungen Kfz Teil der Genehmigungsabteilung und dort im allgemeinen Bereich Sondernutzungen/ Owis integriert.

<sup>2</sup> Das Ist ist höher als das Soll, da noch Einnahme-Rückstände aus den Vorjahren bestehen.

### **4.3 Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt**

Leitung: Helmut Hoffmann, Tel. 42891-4200

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Beschäftigungsvolumen	17,28 <sup>16</sup>	19,56	20,45

#### **Aufgabe und Entwicklung in 2007**

Einer der Höhepunkte in 2007 war die Durchführung des alle 2 Jahre stattfindenden Stadtfestes durch das Fachamt als Veranstalter. Lag die Planung im Wesentlichen im Abschnitt für Gewerbe und Ordnungsrecht, so war die erfolgreiche Durchführung nur durch eine Gemeinschaftsleistung des Fachamtes möglich: 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisteten zusammen immerhin ca. 235 Überstunden, um einen reibungslosen und ordnungsgemäßen Aufbau, Ablauf und schließlich auch Abbau sicherzustellen. Unterstützung erfuhr der Veranstalter dabei von Herrn Thomas Kock mit der Planung des Bühnenprogrammes, der Polizei, der Feuerwehr, dem DRK und dem BOD sowie nicht zu vergessen auch durch die Zusammenarbeit mit dem Fest der Nationen der TSG Bergedorf.

Bei einer durch die Polizei geschätzten Besucherzahl von 250 000 Gästen und durchweg positiven Reaktionen kann hier von einem vollen Erfolg gesprochen werden.

Nach dem Umzug des Verbraucherschutzamtes vom Brookdeich in das Dienstgebäude Bult 2 im Oktober 2005 stand für Anfang Dezember 2007 der nächste Umzug des gesamten Fachamtes in die neuen Räumlichkeiten in der Wentorfer Straße 38a an. Diese Aufgabe wurde ebenso gemeistert wie eine Abbildung der durch die Verwaltungsreform ausgelösten Umverteilung von Aufgaben in neuen Organisationsstrukturen und Arbeitsprozessen. Dies war mit dem Umzug in das neue Gebäude weitgehend abgeschlossen, so dass eine unmittelbare Aufnahme der Zusammenarbeit des neugeschaffenen Kundenservice im WBZ mit dem Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt stattfinden konnte.

<sup>16</sup> Weitere Reduzierung durch Personalabgang und Beginn einer Altersteilzeit



## **Ziele 2008**

- Optimierung der Schnittstellen in der Zusammenarbeit mit dem Kundenservice des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
- Strukturierung der Zusammenarbeit der Aufgabenbereiche Lebensmittelsicherheit sowie Veterinärwesen

### **4.3.1 Abteilung Gewerberecht Marktwesen, Lebensmittelüberwachung**

#### **Aufgabe und Entwicklung in 2007**

##### **Lebensmittelüberwachung**

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln, Kosmetik, Tabak und Bedarfsgegenständen leistet die Lebensmittelüberwachung einen aktiven Verbraucher- und Gesundheitsschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an einwandfreier und gesundheitlich unbedenklicher Ware auf der anderen Seite.

Die Aufgabe Lebensmittelüberwachung wird hauptsächlich im Außendienst durch die Lebensmittelkontrolleure wahrgenommen, die mit einem Anteil von rund 30 % in der Gewerbeüberwachung tätig sind.

So wurden von den 4 Lebensmittelkontrolleuren im vergangenen Jahr rund 3.500 mal Lebensmittelunternehmer anlässlich von Betriebskontrollen, Beratungen und Probenahmen aufgesucht. Im Vordergrund standen dabei eine präventive Beratung, Ursachenermittlung bei Missständen sowie die Entwicklung einzelfallbezogener Lösungsansätze unter sorgfältiger Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen und Gefahren. Die Bergedorfer Lebensmittelkontrolleure setzen dabei ihr umfangreiches, durch langjährige Erfahrung gereiftes Fachwissen, ihre Betriebskenntnisse und ihre Kommunikationsfähigkeiten gezielt ein. Konkreten Beschwerden konnte so stets erfolgreich nachgegangen und die Beschwerdegründe ausgeräumt werden.

##### **Marktwesen/Wochenmärkte**

In Bergedorf finden wöchentlich 6 Wochenmärkte statt, die von 2 Marktmeistern hinsichtlich einer reibungslosen Marktorganisation verantwortlich betreut werden. Dabei stehen - trotz eines stetigen Wandels durch Zu- und Abgänge der Marktbesucher und deren z.T. besonderen Wünsche - die Optimierung des Marktaufbaus und des Branchenmixes im Sinne des Kunden im Vordergrund.

Im Jahre 2007 ist nach einem in den vorherigen Jahren kontinuierlichen Rückgang erstmalig ein Anstieg des Auslastungsgrades der zur Verfügung stehenden Marktflächen um durchschnittlich 3 % zu verzeichnen. Die Anzahl der insgesamt gezählten Stände hat um 16 % zugelegt.

Im vergangenen September hat das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und mit Unterstützung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften nach umfangreichen Vorarbeiten erstmalig und in Hamburg bisher einmalig eine Fachtagung im Rahmen des Modellprojekts „Wochenmarkt der Zukunft“ durchgeführt. Die Beiträge und Ergebnisse werden zusammen mit weiteren Studien seit Oktober 07 im Rahmen einer Diplomarbeit aufgearbeitet und sollen als Ergebnis aufzeigen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Bergedorfer Wochenmärkte vor dem Hintergrund einer zunehmenden Konkurrenz durch Supermärkte und Discounter zukunftsfähig zu machen.



Durch die Einführung eines freiwilligen Werbe-Euros im November 2006 auf den Bergedorfer Wochenmärkten war es finanziell möglich,

- in Verhandlungen mit dem Betreiber des Parkhauses der Bergedorfer Schloßstraße mit dem Ziel zu treten, für Kunden des Wochenmarktes Bergedorf das kostenlose Parken im Parkhaus zu organisieren. Seit Ende August erhalten Marktkunden von den Marktbesuchern bei einem Einkauf entsprechende Parkkarten für das kostenlose Parken in der 1. Stunde,
- kleine Events auf oder durch die Wochenmärkte durchzuführen.

Seit Jan. 07 wird aus dem Werbe-Euro des Wochenmarktes Lohbrügge die Anmietung des für Samstage als Parkplatz umfunktionierten Schulhofs der Schule Leuschnerstraße finanziert.

### Ziele für 2008

- Herstellung der Funktionsfähigkeit des Qualitätsmanagementsystems (QMS-HALLO) und Einbindung in den Verwaltungsvollzug der Fachdienststelle.
- Einführung von BALVI-IP als Ersatz für HAMLET und damit Beginn einer Risikobewertung nach Lenz/LAVIS für Lebensmittelbetriebe.
- Konkretisierung und Umsetzung der für das Fachamt verbleibenden Maßnahmen aus dem Projekt „Attraktivitätssteigerung Bergedorfer Wochenmärkte“

Verbraucherschutz	2005	2006	2007
Gewerbebetriebe insgesamt			
Davon	8.877	9.319	9.606
überwachungspflichtige Betriebe i.S.d Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LFGB) einschl. Marktstände	1.567	1.718	2.206
mobile Lebensmittelbetriebe (aus Anlass von Veranstaltungen)	692	538	698
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt:			
Kontrollen und Beratungen	4.184	3.388	2.744
Probenentnahmen	558	468	608
Davon Beanstandungen ( <u>neue Zahl</u> )		72	124
Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittel-Kontrollbehörden	55	67	82
Zahl der <u>Lebensmittelbetriebe</u>	1.333	1.563	2059
hiervon kontrollierte Betriebe	1.134	840	846
Ambulanter Handel mit Lebensmitteln – Anzahl der überwachungspflichtigen Stände auf Wochenmärkten und Veranstaltungen	955	1.113	1008
Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen	17	16	18
davon kontrolliert	17	16	18



Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten	2005	2006	2007
Gesamtzahl der Wochenmärkte	310	304	312
Gesamtzahl der Stände über alle Markttag	15.428	14.022	16.662
<b>Maximal mögl. Frontmeter aufgeteilt nach Märkten</b>	<b>Auslast. in %</b>	<b>Auslast. in %</b>	<b>Auslast. in %</b>
Di / Bergedorf 708	77	75	78
Mi / Lohbrügge 590	83	86	80
Do / Bergedorf West 333	89	91	93
Fr / Bergedorf 708	85	86	92
Sa / Lohbrügge 590	90	91	95
Sa / Fleetplatz 244	54	46	59
Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%]	80	79	83

## Gewerbe- und Ordnungsrecht

### Aufgabe und Entwicklung in 2007

Die Abteilung ist zuständig für Gewerberegisteranfragen, Gewerbeanzeigen und Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung in Verbindung mit diversen Spezialgesetzen sowie für Ordnungswidrigkeitenverfahren, Entzug von Erlaubnissen und Gewerbeuntersagungsverfahren. Außerdem wurden hier die Verwaltungsverfahren zur Umsetzung des Hundegesetzes ausgeführt, welches am 01. April 2006 in Kraft getreten ist.

Das Verbraucherschutzamt hat in 2007 das Ziel einer möglichst vollständigen Erfassung der Hunde in Bergedorf erreicht. Nach diversen Informationen im Internet und über die Medien wurden im Juli 2007 die beim Finanzamt bekannte Hundehalter (die ihre Tiere noch nicht haben registrieren lassen) vom Bezirksamt aufgefordert, ihre Hunde im Register anzumelden. Ein Großteil der Hundehalter kam dieser Aufforderung nach. Gegen die letzten Uneinsichtigen wurden im Oktober 2007 Bußgeldverfahren eingeleitet – weitgehend erfolgreich.

Mit Stand 31.12.07 waren schließlich in Bergedorf insgesamt 3208 Tiere im Hunderegister erfasst – im Verhältnis zur anfänglich geschätzten Bestandszahl von 4000 kann dies als Erfolg für mehr Sicherheit im Umgang mit Hunden erachtet werden.

Alles in allem bleibt festzustellen, dass das Hundegesetz Wirkung zeigt, da sich die Anzahl der als gefährlich eingestuften Hunde allmählich ebenso reduziert, wie die Fallzahlen für die Erteilung von Auflagen zur Hundehaltung. Außerdem wurde die Leinenpflicht durch die erfolgreiche Arbeit des BOD verstärkt kontrolliert und ggf. vom Fachdienst durchgesetzt.

Im Bereich des Jugendschutzgesetzes konnte durch präventives Handeln (Beratung, Information) die Zahl der Verstöße weiterhin reduziert werden.

Auch in 2007 wurden Kontrollen in Spielhallen durchgeführt und ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen Spielhallenbetreiber durchgesetzt; diverse Gerätearten waren unzulässig. Außerdem leistete das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt der Finanzbehörde Amtshilfe bei der Stilllegung illegaler Wettannahmestellen.



Nach der EU-Osterweiterung benötigen Arbeitnehmer weiterhin für die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses eine Arbeitserlaubnis. Dies wird nach wie vor umgangen, indem Gewerbeanmeldungen vorgenommen werden, um eine Selbständigkeit vorzutäuschen. Der Nachweis dieser Scheinselbständigkeit gestaltet sich oft schwierig, zumal die „Gewerbe“-anschriften sich derart schnell ändern, dass Maßnahmen gegen diese Art von Gewerbebetreibenden nicht durchsetzbar sind. Als Beispiel sei genannt, dass in einer Wohnung zeitweise und häufig wechselnd bis zu 19 Gewerbebetreibende ihren Betriebssitz hatten; bei derartigen Auffälligkeiten informierte das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt regelmäßig die Zentralstelle für Schwarzarbeit.

## Ziele 2008

- Umsetzung des Passivrauscherschutzgesetzes
- Optimierung der Zusammenarbeit mit dem Kundenservice im Gewerberecht

Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	2005	2006	2007
Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte)	18	33	25
Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind (bei einer Anzahl von ca. 130 Außennutzungen)	4	1	7
Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren:	255	177	221
davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG)	41	41	43
davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG)	170	113 <sup>1</sup>	133
Zahl der Gewerbean-, -um und -abmeldungen	2.337	2.566	2.485
Gewerbeuntersagungen, Erlaubniswiderrufe und -versagungen	36	52	21 <sup>2</sup>
Bearbeitete Anträge nach §§ 7, 8 und 9 HWO (Die Zuständigkeit wurde Mitte 2005 auf die Handwerkskammer verlagert)	18	-----	-----
Spielhallenstandorte	17	18	18
Spielhallen	23	24	24
vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen (ohne in Gaststätten aufgestellte Automaten)	202	266 <sup>3</sup>	266
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz (ab 2005 Zahl der Bescheide statt Anzahl der Stände)	61	76	70
Ausnahmen von der Sperrzeit	10	7	6

<sup>1</sup> Änderung des Gaststättenrechtes Mitte 2006 (Verkauf von Speisen und alkoholfreien Getränken konzessionsfrei)

<sup>2</sup> Ab September 07 wurden noch insgesamt 27 Anträge auf Gewerbeuntersagungen eingereicht, die sich 2008 noch in der Bearbeitung befinden.

<sup>3</sup> Durch die Änderung der Spielverordnung ist ab 2006 die zulässige Höchstzahl der Spielgeräte pro Spielhalle von 10 auf 12 gestiegen



Weitere Arbeitsbereiche	2005	2006	2007
Vorgänge nach dem Hundegesetz, in denen Handeln von VS gefordert war; davon hat VS	74	80 <sup>1</sup>	50
die Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang)	12	20	11
die Haltung eines „gefährlichen Hundes“ verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit“ eines Halters untersagt	6	3	0
Tötung oder Sicherstellung veranlasst	4	4	2
Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet	21	21	132 <sup>2</sup>
Weitere ordnungswidrigkeitenrechtliche Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG)	142	79	88
Ausstellung von Fischereischeinen	271	220	238 <sup>3</sup>

<sup>1</sup> Da Rottweiler ab 01.04.2006 als widerlegbar gefährliche Hunde gelten, gab es vermehrt Verfahren zur Freistellung von den Vorschriften für gefährliche Hunde.

<sup>2</sup> Es wurden verstärkt Verfahren eingeleitet aufgrund nicht erfolgter Anmeldung von Hunden im Hunderegister.

<sup>3</sup> Davon 46 im Bürgerzentrum Vier- und Marschlande, 37 im Bürgerzentrum Neuallermöhe und 57 im Bürgerzentrum Bergedorf.

#### 4.3.2 Abteilung Veterinärwesen

##### Aufgabe und Entwicklung in 2007

Im Jahr 2007 wurde dem Aufgabenzuwachs der vergangenen Jahre und der Notwendigkeit zur Herstellung einer Vertretungsfähigkeit Rechnung getragen und der Arbeitsbereich Veterinärwesen/Lebensmittelsicherheit ab August um eine zusätzliche Tierärztin mit 0,7 Stellenanteilen dauerhaft verstärkt. Bedingt durch die notwendige Ausbildung zur Amtstierärztin war der Einsatz der neuen Kollegin allerdings erst ab Januar 08 möglich, weshalb die anstehenden Aufgaben bis zum Jahresende wie bisher nur mit einer äußerst engen Prioritätensetzung bewältigt werden konnten. Die Arbeit des Veterinärs im Jahr 2007 war, wie schon 2006, wesentlich geprägt durch Tätigkeiten in den Fachgebieten Tierseuchenbekämpfung und Tierschutz. Weder Tierseuchen noch Hinweise über Missstände im Tierschutz sind planbar und werden daher auch in Zukunft hier im viehreichsten Bezirk Hamburgs für einen erheblichen Arbeitsaufwand sorgen.

##### Tierseuchenbekämpfung

Das Jahr 2007 war weiterhin geprägt durch die Gefahr des Ausbruches der Aviären Influenza (Geflügelpest). Es waren Vollzugs- und Beratungsaufgaben erheblichen Umfangs durch den Veterinär zu bewältigen. Ein Fall von Aviärer Influenza in Bergedorf konnte durch eine von der Abteilung organisierte und ausgeführte Keulungsaktion, die personell vom Bezirksamt Altona und materiell von der BSG unterstützt wurde, erfolgreich reguliert werden.

Der Ausbruch der Blauzungenkrankheit in Deutschland führte schon 2006 zu einem erheblichen Mehraufwand im Fachgebiet Tierseuchenbekämpfung. 2007 war durch das Voranschreiten dieser Seuche geprägt. Im September musste der gesamte Bezirk Bergedorf aufgrund eines Seuchenausbruches im Landkreis Harburg in die 20 km Sperrzone aufgenommen werden. Neben der Aufbereitung und Weiterleitung von Informationen an die Viehhalter und Tiertransporteure waren zusätzliche konkrete Vollzugsaufgaben wahrzunehmen.



Trotz der oben beschriebenen Mehrbelastungen 2007 konnte das in 2002 begonnene Verfahren zur Bekämpfung einer Herpesvirusinfektion der Rinder (IBR), in das je nach Betriebsart und Seuchenstatus nahezu alle Rinderbestände einbezogen sind, noch teilweise fortgeführt werden. Diese Tätigkeit erfordert umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in den Rinderbeständen (u.a. Untersuchungen, Impfungen, diverse Datenabgleiche, Entschädigungen sowie umfangreiche Beratungsleistungen der Viehhalter).

Weitere Tierseuchen (z.B. Bovine Virus Diarrhöe oder Paratuberkulose bei Rindern) sollen zukünftig durch Maßnahmen bekämpft werden, die im Rahmen des Vollzugs geplanter Gesetze durch den Amtstierarzt auszuführen bzw. von den betroffenen Tierhaltern einzufordern sind.

### Ziele für 2008

- Einführung der risikoorientierten Tierschutzkontrolle

	2005	2006	2007
Anzahl der Tierseuchen- und Tierseuchenverdachtsfälle	156	298	300
Anzahl der Kontrollen (incl. prophylaktischer Kontrollen von Tieren und Waren tierischer Herkunft)	1.900	600*	300*

\* Reduzierung durch EU-Osterweiterung und Vereinfachungen im Handelsverkehr mit der Schweiz

### Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Umfassende Gesetzesreformen traten in 2006 in Kraft und waren und sind noch umzusetzen (Gültigkeit des neuen EU Hygiene Paketes ab 1.1.2006); weitere Neuregelungen sind in Vorbereitung und noch für das Jahr 2007 zu erwarten.

	2005	2006	2007
Anzahl der zu überwachenden Lebensmittelbetriebe (siehe auch VS1)	1.567 <sup>17</sup>	1.718	2206

### Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tieraussstellungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Darüber hinaus wird Bürgerbeschwerden über Tierhaltungen nachgegangen. Festzuhalten ist ein nach wie vor zunehmendes Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung.

<sup>17</sup> Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung lebensmittelrechtlicher und weinrechtlicher Vorschriften fordert eine fachliche Begleitung der gesamten Lebensmittelkontrolle (Lebensmittel tierischen und nicht tierischen Ursprungs) durch wissenschaftlich ausgebildetes Personal. Daher wird die Gesamtzahl der zu überwachenden Betriebe aus VS1 übernommen.



	2005	2006	2007
Anzahl der durchgeführten Tierschutzkontrollen	150	137	140
Anzahl der Begutachtungen und Beurteilungen gefährlicher Tiere	74	80	65

### 4.3.3 Abteilung Technischer Umweltschutz

#### Aufgabe und Entwicklung in 2007

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Im Hinblick darauf liegen die Schwerpunkte der Tätigkeiten dieser Abteilung in den Bereichen

- Überwachung der Badegewässer, technischer Bäder und des Trinkwassers insbesondere bei Eigenversorgungsanlagen und Hausinstallationen mit einer Abgabe an die Öffentlichkeit,
- Schutz des Bodens vor schädlichen Einflüssen, Schutz der Bevölkerung vor Licht- und Lärmbelästigungen sowie Luftverunreinigungen (Immissionsschutz),
- Erhaltung des Wohnungsbestandes in einem gesundheitlich einwandfreien und bewohnbaren Zustand sowie Sicherstellung der Funktionsfähigkeit haustechnischer Anlagen,
- Beratung vorwiegend privater Haushalte, aber auch Schulen, Kindergärten Vereine usw. zu Themen des Umweltschutzes wie Ressourceneinsparung, umweltverträgliches Bauen und Renovieren, nachhaltiger Konsum und vieles mehr.

2007 trat besonders der Eichbaumsee mit schlechten Wasserergebnissen und einer Sperrung hervor, die sich fast über die gesamte Saison hinzog. Die Abteilung leistete in diesem Zusammenhang zahlreiche zusätzliche Kontrollen, mit denen eine weitgehend kontinuierliche Überwachung des Gewässers sichergestellt wurde. Ziel (und Hoffnung) war es, eine Verbesserung der Wasserqualität rechtzeitig erkennen und mit einer Öffnung des Badesees zeitnah reagieren zu können. Leider erfüllte sich diese Hoffnung nicht. Stattdessen wurde die Entscheidung zum Wohle des Gewässers getroffen, den See für zunächst 2 Jahre aus der Badenutzung herauszunehmen, weitere Sanierungsuntersuchungen und Maßnahmen vorzunehmen und danach erneut über den weiteren Umgang mit dem Eichbaumsee zu entscheiden.

Im Gegensatz zu 2006 traten Belästigungen durch Cercarien an den Gewässern allenfalls vereinzelt auf und führten daher nicht zu Schließungen.

Bei den technischen Bädern werden die Häufigkeit der Wasserproben und die Analysenergebnisse einer Kontrolle durch die Abteilung unterzogen. In 2007 war in einigen Fällen ein Einschreiten zur zeitnahen Herstellung einer einwandfreien Wasserqualität erforderlich, Schließungen waren in diesem Zusammenhang jedoch nicht zu veranlassen.

Immissionsschutzrechtlich ging die Abteilung in 2007 Belästigungen durch Gaststättenlärm nach und konnte ihn auf den gesetzlich geforderten Rahmen nachhaltig reduzieren. Im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Beschwerde über Rauch- und insbesondere Geruchsbelästigungen durch eine neuere Holzpellet-Feuerungsanlage konnte die Verwendung nicht zugelassener Brennstoffe festgestellt und unterbunden werden. Die unbedeutenden Beschwerdelagen im Zusammenhang mit Veranstaltungen (z.B. Wutzrock) lassen den Schluss zu, dass die durch die Abteilung Technischer Umweltschutz präventiv erteilten Auflagen zur Lärmbegrenzung durch den Einbau und die Einmessung von sogenannten Limitern weitgehend erfolgreich waren.

Der Abteilung sind darüber hinaus mit der Wohnungspflege und der Haustechnik in 2007 neue Aufgaben und in diesem Zusammenhang auch eine Stelle zugeführt worden.



Im Rahmen dieser Aufgabenwahrnehmung ist seit April des letzten Jahres zusätzlich auch Hinweisen über vermüllte Wohnungen nachzugehen. In 2007 entfielen 33 der 122 Wohnungspflege-Vorgänge auf Vermüllungen. Durch das schnelle Eingreifen der Abteilung Technischer Umweltschutz auf Grundlage des Wohnungspflegegesetzes konnten in den allermeisten Fällen relativ schnell geordnete Verhältnisse geschaffen werden. Die Kontrolle der regelmäßig notwendigen Überprüfungen haustechnischer Anlagen führte in 113 der 247 Fälle zu einer entsprechenden Aufforderung.

Von der Umweltberatung wurde im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit neben der Veröffentlichung von Umwelttipps in der Lokalpresse und im Internet eine Ausstellung zum Thema Fußbodenbeläge ausgeführt. Diese von den Umweltberatungen der Bezirksamter gemeinsam erarbeitete Ausstellung wurde mit selbst konzipierten und professionell gefertigten Schautafeln und Broschüren zum Thema im Lichthof des CCB gezeigt.

Des Weiteren war die Umweltberatung mit einem gemeinsamen Informationsstand der bezirklichen Umweltberatungen auf der Nachhaltigkeitsmesse „Rio+15“ auf dem Rathausmarkt vertreten. Weitere Anlässe für Informationsstände waren das Familienfest im Kifaz in Neu-Allermöhe sowie der Tag der Umwelt am 5. Juni.

Gemeinsam mit der BSG wurde eine von den Umweltberatungen Wandsbek und Bergedorf erstellte Broschüre zum Thema „gutes Wohnklima“ herausgegeben.

Die Sperrung des Eichbaumsees als Badegewässer fast über die gesamte Badesaison hat zu einem erheblichen Überwachungsaufwand mit einer hohen Zahl von Kontrollen geführt.

### Ziele für 2008

- Neuorientierung Aufgaben Umweltberatung
- Umsetzung der neuen Hamburgischen Badegewässerverordnung

	2005	2006	2007
Anzahl der Überwachungsvorgänge	395	451	545
Anzahl der Anträge n. LärmVO od. BimSchG	5	6	2
Anzahl der Beratungen	839	717	796
Anzahl der Beratungen pro 1.000 Einwohner	7,2	6,1	6,8
Anzahl der Veröffentlichungen (Presseartikel, Faltblätter und Broschüren)	4	6	4
Anzahl der Informationsveranstaltungen	5	5	4
Bericht über bakt. Wasserqualität in öffentlichen + gewerblichen Schwimmbädern	124	135	187
Überprüfung von Hofstellen gemäß Düngemittelanwendungsverordnung	7	5	6
Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben	34	16	36
Vorgänge Haustechnik	187	149	247
Vorgänge Wohnungspflege	106	88	122



#### 4.4 Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt

Leitung: Kathrin Sprick, Tel. 42891-4300

		2005*	2006*	2007
Beschäftigungsvolumen		25,05	24,67	35,14
Einnahmen in €	Soll	852.528	2.954.453	718.032
	Ist	848.529	2.589.381	1.180.921
Ausgaben in €		12.849	15.655	50.528

\* ehemals Genehmigungsabteilung

#### **Aufgabe und Entwicklung 2007**

Ein herausragendes Projekt im Jahr 2007 war der Aufbau sowie die personelle und praktische Umsetzung des hamburgweit ersten Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt im Bezirksamt Bergedorf. Mit der Eröffnung am 03.12.2007 im Neubau Wentorfer Straße 38 a hat eine der wesentlichen Maßnahmen der vom Senat beschlossenen Bezirksverwaltungsreform Gestalt angenommen. Als erste Pilotdienststelle hat Bergedorf eine Pionierfunktion für die nachfolgenden Dienstleistungszentren übernommen.

Mit der Einrichtung ist das erfolgreiche Konzept der Kundenzentren auf die Dienstleistungen des Dezernates Wirtschaft, Bauen und Umwelt übertragen worden.

Das WBZ Bergedorf gliedert sich in die Fachämter „Wirtschaftsförderung“ und „Bauprüfung“ sowie die Abteilungen „Service“ und „Umwelt“. In der Abteilung „Service“ sind die Beratungs- und Dienstleistungsangebote für die Bereiche Bau, Gewerbe und Umwelt zusammengeführt und in der Schnittstelle zum Kunden neu gebündelt. Dort erhalten die Bürgerinnen und Bürger, die Gewerbetreibenden, die Bauwilligen und Investoren ein vielseitiges und umfassendes Leistungsangebot unter einem Dach.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Servicebereich geben Auskünfte, vermitteln an den richtigen Ansprechpartner und vereinbaren individuelle Termine für eine vertiefte Beratung. Außerdem erhalten die Kunden im Servicebereich alle schnell zu erledigenden Dienstleistungen aus einer Hand.

Die Verzahnung der Fachbereiche bedeutet eine Verbesserung für die Kunden, die ihre Anliegen mit einem Ansprechpartner klären können und dadurch Zeit und Wege sparen. Auch die Verbindung von Wirtschaftsförderung und reibungsloser Genehmigungspraxis wird die Betreuungsqualität und die Zufriedenheit mit Behördenleistungen weiter erhöhen.



#### 4.4.1 Wirtschaftsförderung

##### Aufgabe und Entwicklungen in 2007

Das Wirtschaftsförderungsteam des Bezirksamtes Bergedorf entwickelte auch im Jahr 2007 zahlreiche Aktivitäten.

Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung sind geprägt durch ein sehr weites Spektrum, da sie die Förderung einer Vielzahl von Branchen umfassen (z.B. Einzelhandel, Tourismus, Maschinenbau, Life Science etc.) und sich sowohl auf Bestandspflege, Existenzgründungsberatung und Unternehmensakquisition beziehen. Die Tätigkeit ist zudem gekennzeichnet durch Repräsentation und intensiven Kundenkontakt mit den ansässigen Unternehmen, Unternehmensvertretungen, Behörden, Wirtschaftsförderungsinstitutionen, Presse etc. Im Rahmen der Vertretung bezirklicher Interessen sind häufig Vorträge bzw. Präsentationen bei verschiedensten Einrichtungen (z.B. Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Handelskammer) zu jeweils variierenden Themenfeldern (z.B. Business Improvement District (BID), Stadtmarketing) zu halten. Moderationen und Verhandlungen u.a. im Rahmen regionaler Kooperationen oder die Organisation von Veranstaltungen sind ebenfalls fester Bestandteil des Aufgabenspektrums.

Im Jahr 2007 war die 1. Bergedorfer Bewerbermesse eines der herausragenden Bergedorfer Projekte. Ziel der Bewerbermesse war es, Arbeitssuchende mit angesehenen Betrieben aus der Region Bergedorf direkt in Verbindung zu bringen. Den Unternehmen wurde mithin die Möglichkeit gegeben, qualifiziertes und motiviertes Personal aus der Region unmittelbar und ohne großen bürokratischen Aufwand zu gewinnen. 12 Unternehmen und rund 400 Arbeitssuchende haben zum maßgeblichen Erfolg dieser Veranstaltung beigetragen.

Zur strategischen Weiterentwicklung des Bergedorfer Stadtmarketingprozesses hat die Wirtschaftsförderung ein Konzept zur Etablierung der „Marke Bergedorf“ entworfen. In diesem Zusammenhang rief sie auch die Veranstaltungsreihe „Werkstatt Marke Bergedorf“ ins Leben, in der sich nunmehr alle am Markenbildungsprozess engagierten Bergedorferinnen und Bergedorfer beteiligen können.

Im Rahmen des Stadt- und Standortmarketings und der aktiven Bestandspflege wurden insbesondere folgende Aktivitäten geleistet bzw. Funktionen ausgeübt:

- Kooperationsprojekte mit den Arbeitskreisen „Standortmarketing“ und „Tourismus“ des WSB Wirtschaft und Stadtmarketing für die Region Bergedorf,
- Mitglied der Lenkungsgruppe Stadtmarketing,
- Mitglied der Lenkungsgruppe „BID-Sachsentor“,
- maßgebliche Etablierung des Initiativkreises „BID-Alte Holstenstraße“,
- Mitarbeit in dem Tourismusprojekt „Urstromtal Elbe“,
- Vertiefung des Netzwerkes Maschinenbau und Technik,
- regelmäßige Unternehmensbesuche,
- Pflege der Kontakte zu anderen Wirtschaftsförderungsinstitutionen (z.B. HWF, Mittelstandsförderinstitut, Hamburg Marketing), Verbänden, Kammern etc.,
- Betreuung des Bergedorfer Dienstleistungsnetzwerkes

Die Aufgabenstellung des Fachamtes für Wirtschaftsförderung wird durch die organisatorische Integration der Verbindungsstelle Liegenschaftsverwaltung optimiert, die nach der Zentralisierung der Liegenschaftsverwaltung im Bezirk eingerichtet wurde. Sie nimmt die Koordinierung der Liegenschaftsangelegenheiten zwischen Bezirk und der Liegenschaftsverwaltung der Finanzbehörde war. Die dadurch nutzbaren Kompetenzen kommen der Tätigkeit der Wirtschaftsförderung zu Gute und ergänzen sie in hervorragender Weise.



Neben den eigentlichen liegenschaftlichen Betätigungsfeldern wie z. B. Beratungen und Vermittlungen in Grundstücksangelegenheiten werden in zunehmendem Maße auch Aufgaben auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung übernommen.

Die in 2004 eingeführte Internetpräsentation der städtischen Gewerbeflächen wurde 2006 überarbeitet und mit dem zentralen Auftritt der Finanzbehörde verknüpft. Die Wirtschaftsförderung präsentiert sich außerdem in dem neuen Portal [www.bergedorf.de](http://www.bergedorf.de) und ist mit weiteren Beiträgen im Internet vertreten.

### Vermarktung:

Die städtischen Gewerbeflächen im Bezirk haben sich wie folgt entwickelt:

Mit ca. 158,3 ha bietet der Bezirk Bergedorf das größte Angebot an städtischen Industrie- und Gewerbeflächen in Hamburg. Davon sind

- sofort ca. 48,2 ha,
- mittelfristig ca. 12,5 ha,
- langfristig bis zu 97,6 ha verfügbar.

Ergänzt wird dieses Angebot noch durch ca. 40,6 ha Gewerbeflächen, die sich in privater Hand befinden.

Ein Vergleich zwischen den für ganz Hamburg ausgewiesenen Flächen in einer Größenordnung von 692,8 ha und dem hier vorhandenen Angebot von ca. 198,9 ha dokumentiert die Spitzenposition Bergedorfs nachhaltig.

Die folgende Aufstellung stellt die städtischen Gewerbeflächen in Bergedorf zum Stichtag 31.10.2007 dar:

Gewerbegebiet	Bestand	disponiert	verfügbar
Dusiplatz	2.231	2.231	0
Curslacke Neuer Deich	91.360	4.100	87.260
Lehfeld	11.762	3.950	7.812
Havighorster Weg	8.211	2.107	6.104
Billwerder-Allermöhe	276.876	94.201	93.735
Walter-Rudolphi-Weg	34.000	0	33.688
Gerhard-Falk-Straße	3.612	0	3.612
Helmut-Nack-Straße	16.500	582	3.850
Brookkehre	26.933	1.039	18.268
Mette-Harden-Straße	19.000	1.600	17.400
Amandus-Stubbe-Straße	38.528	20.000	0

*(Unstimmigkeiten in den Zahlen lassen sich auf teilweise langfristige Vermietungen von Gewerbegrundstücken zurückführen)*

Im vergangenen Jahr sind für sieben Unternehmen Flächen in der Größenordnung von 2.720 m<sup>2</sup> bis 60.000 m<sup>2</sup>, überwiegend für die Logistik, aber auch zur Erweiterung bereits vorhandener Betriebsstätten, disponiert worden.



Dabei ragt das Investitionsprojekt der Fa. Dachser heraus, die ihre Bereiche „Food“ und „Non-Food“ wegen starker Expandierung trennen muss. Der Lebensmittelbereich bleibt am bisherigen Standort am Wilhelm-Iwan-Ring, während der „Non-Food-Bereich“ auf der ca. 60.000 m<sup>2</sup> großen Fläche am Rungedamm nördlich von H & M zentralisiert werden soll.

Die anhaltend gute konjunkturelle Lage wird gerade im Bereich der Logistik weitere Bedarfe auslösen. Sie auch in 2008 und folgenden Jahren bedienen zu können, erfordert die Ausweisung weiterer Flächen ab 5 ha aufwärts.

#### **4.4.2 Bauprüfung**

##### **Aufgabe und Entwicklung in 2007**

Im Zuge der Einrichtung des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt sind auch die Bauprüfabteilungen Bergedorf Kern und Vier- und Marschlande organisatorisch und räumlich zusammengelegt worden. Der Umzug beider Abteilungen in den Neubau Wentorfer Straße 38 a erfolgte zum 03.12.2007. Die Kennzahlen sind dementsprechend für beide Abteilungen zusammen erhoben worden und deshalb mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar.

Das Konzept der Genehmigungsabteilung ist in die neue Zentrumsstruktur übernommen worden. Alle wesentlichen zur Abwicklung eines Bauvorhabens erforderlichen Informationen, Genehmigungen und Erlaubnisse können in einer Dienststelle eingeholt werden.

Erwähnenswert für das Jahr 2007 sind die Vielzahl von Anträgen, die das Wohnen im Alter aber auch die Betreuung von Kindern zum Inhalt haben. Weiterhin erfolgte die Genehmigungsprüfung diverser Folgeanträge, die zur Realisierung des Fachmarktes und des ZOBs notwendig sind. Vorgespräche zum Gelände am Güterbahnhof lassen erwarten, dass die Errichtung des Altenpflegeheimes und der Wohnbebauung in 2008 zügig erfolgen wird.

Die Zahl der Vorbescheide im Landgebiet, um unklare planungsrechtliche Fragen zu klären, bleibt mit 93 (Vorjahr 77 Vorbescheide) weiterhin sehr hoch. Darin spiegelt sich auch ein hoher Wohnungsbaudruck wieder.

Die Überprüfung der ungenehmigten Kleingartenlauben wurde abgeschlossen. Die jetzt anhängigen Verwaltungsverfahren sind abzuwarten. Nach Festlegung der zukünftigen Kleingartenfläche am Zollenspieker Gleisdreieck sind die nicht erfassten ungenehmigten Kleingartenanlagen zu überprüfen und die Beseitigung bis 2011 anzuordnen.

Gestaltungsberatung: Es finden regelmäßigen Abstimmungsgespräche (Jour Fix) mit dem Denkmalschutz statt. Der Gestaltungsleitfaden wird regelmäßig abgefragt und musste nachgedruckt werden.

##### **Bauaufsicht**

Die Aufgaben der Bauaufsicht bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Vollzug der städtebaulichen Planung,
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung unzumutbarer Belästigungen,
- Baupflege,
- Vollzug von Anforderungen, die nach anderen Rechtsvorschriften an bauliche Anlagen zu stellen sind (soweit hierfür nicht andere Behörden zuständig sind).



## Ziele für 2008

- Genehmigungsverfahren fristgerecht einhalten
- Standard der Rechtssicherheit der Bescheide wahren

		2005	2006	2007
Wohnbauvorhaben		385	515	291
Anzahl genehmigter Wohnungen		369	310	222
Gewerbliche Bauvorhaben		108	185	259 <sup>1</sup>
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren		2.255	2.537	1135 <sup>2</sup>
Anzahl der Grundstücksteilungen		37	29	0
Anzahl der Owi-Verfahren		4	3	1
Einnahmen in €	Soll	500.614	2.247.266	612.867
	Ist	515.128	2.625.020	1.077.162

<sup>1</sup> Hier sind auch die konzentrierten Genehmigungsverfahren enthalten. Besonders zu erwähnen sind die Einrichtung der Montessori-Schule, mehrere größere Logistikbetriebsweiterungen im Gewerbegebiet Allermöhe, die Spielscheune der Geschichten, Interimsbau und Aufstockung (Dermatologische Station) im Unfallkrankenhaus Boberg, der Megazoo, eine Biogasanlage sowie die Sanierung des CCB-Wohnturmes und der CCB-Erweiterungsbau.

<sup>2</sup> Darin enthalten 141 Vorbescheide und 340 Akteneinsichten und -ausleihungen.

### 4.4.3 Kundenservice

#### Aufgabe und Entwicklung in 2007

Ein wesentlicher Bestandteil des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt ist der neue Abschnitt „Kundenservice“, der am 03.12.2007 seine Arbeit aufgenommen hat.

Für die Umsetzung dieser neuen Organisationsstruktur war es im Vorfeld notwendig, die Aufgaben mit direktem Kundenkontakt von den allgemeinen Verwaltungsaufgaben zu trennen. Damit entstanden zwei Abschnitte mit Aufgaben aus den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen.

Im Kundenservice werden folgende Leistungen angeboten:

Allgemeine Auskünfte rund um das Bauen, zum Natur- und Umweltschutz sowie zur Wirtschaftsförderung und zum Verbraucherschutz,  
 Terminvergabe für eine individuelle Beratung in allen angebotenen Leistungen,  
 Ausgabe und Annahme von Antragsunterlagen,  
 Sondernutzungserlaubnisse,  
 Aufgrabebescheine,  
 Gewerbean-, um- und abmeldungen,  
 Auskünfte aus dem Gewerberegister,  
 Hundeanmeldungen,  
 Friedhofsangelegenheiten,  
 Fischereibescheine,  
 Akteneinsicht und Aktenausleihe,  
 Abgabe von Trichinproben.

Die Aufgaben werden von 5 Mitarbeiterinnen in sog. Allzuständigkeit wahrgenommen. Für die Qualifizierung der ausgewählten Mitarbeiterinnen ist ein individuell abgestimmtes Schulungskonzept entwickelt worden sowohl für die verschiedenen Fachbereiche als auch für die notwendigen I.u.K-Anwendungen. Vor Eröffnung am 03.12. wurden zusätzlich Hospitationen in allen Fachbereichen durchgeführt.



Der Abschnitt „Verwaltung“ kümmert sich um sämtliche internen Aufgaben. Dazu gehören das Geschäftszimmer für das gesamte Zentrum, die gesamte Gebührenbearbeitung sowie verschiedene Fachaufgaben wie z.B. Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten, Schornsteinfegerangelegenheiten oder Insolvenzverfahren. Da auch dieser Bereich personell neu besetzt wurde, waren auch hier umfangreiche Schulungen notwendig.

### Ziele für 2008

- Evaluation der Kundenzufriedenheit/Kundenecho
- Verfestigung der Einheitssachbearbeitung
- Verbesserung des Kundenservice

(auch für Vm-Gebiet)		2005	2006	2007
Anzahl der Sondernutzungen		1.606	1.431	1.821
Anzahl der Ordnungswidrigkeiten-Verfahren		114	184	84

#### 4.4.4 Umwelt

In der Abteilung Umwelt sind die Bereiche Naturschutz und Wasserrecht zusammengefasst:

##### Naturschutz

Mit der Neustrukturierung im Rahmen der Verwaltungsreform sind im Jahr 2007 alle hoheitlichen naturschutzrechtlichen Aufgaben in Bergedorf im neuen Zentrum gebündelt worden und nicht mehr auf zwei Dienststellen verteilt.

Der Bürger erhält nunmehr alle Genehmigungen aufgrund der Hamburgischen Baumschutzverordnung (Gehölzschutz) sowie der im Bezirk geltenden Landschaftsschutzverordnungen aus einer Hand. Darüber hinaus bearbeitet die Abteilung Umwelt alle naturschutzrechtlichen Tatbestände im Rahmen von Bauvorhaben, setzt Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des § 9 HmbNatSchG (Eingriffsregelung) fest und kontrolliert stichprobenartig die Ausführung von Ersatzpflanzungen, Ausgleichsmaßnahmen und Festsetzungen in Bebauungsplänen (vgl. anliegende Liste).

Seit dem 01.02.2007 sind dem Bezirksamt Bergedorf neben den Zuständigkeiten für die Naturschutzgebiete Kiebitzbrack (35 ha), Zollenspieker (80 ha) und Die Reit (48 ha) auch die Zuständigkeiten für die Naturschutzgebiete Boberger Niederung (350 ha) und Kirchwerder Wiesen (860 ha) übertragen worden. Die Abteilung bearbeitet die hoheitlichen naturschutzrechtlichen Fragestellungen und ist zuständig für die Erteilung und Überwachung von Befreiungen nach § 48 HmbNatSchG bzw. die ordnungsgemäße Ausführung von Maßnahmen, die nach den Naturschutzgebietsverordnungen freigestellt sind. Dies wird durch „Ausnahme“-schreiben an den Antragsteller erreicht

Im Sommer 2007 wurde der Arbeitskreis "Bacom - NR" ins Leben gerufen, der im Rahmen des computerunterstützten Bearbeitens von behördlichen Verfahren (Bacom) Prüfformen, Textbausteine und Dokumenten für den naturschutzrechtlichen Bereich entwickeln soll. Bis zum 16.01.2008 wurde das Genehmigungsverfahren Baumschutz bearbeitet und in Bacom installiert. Weitere Verfahren sollen folgen, bis die gesamte naturschutzrechtliche Prüfpalette mit Bacom bearbeitbar ist.



Bergedorf hat hierfür die Federführung übernommen. Ziel ist eine Vereinheitlichung der naturschutzrechtlichen Bescheide bezüglich Inhalt und Optik für ganz Hamburg, um für den Bürger mehr Transparenz, Lesbarkeit und Verständlichkeit zu schaffen.

### Wasserbehörde

Bergedorf ist mit fast 12km<sup>2</sup> Wasserfläche wasserreichster Bezirk außerhalb des Hafengebietes:

19,7 km Gewässer 1.Ordnung (Bille, Schleusengraben, Dove Elbe), davon 13,5 km schiffbar (Hafenrandgewässer);

> 200 km Fleete, Hauptentwässerungsgräben und wichtige Vorfluter (z.B. Gose Elbe, Brookwetterung, Schulenbrooksbek, Bornmühlenbach), davon 5,8 km schiffbar;

~1.600 km Siel- und Schaugräben;

weitere 1.300km sonstige Gräben;

insgesamt etwa 3.000.000 lfd.m Gewässerstrecke!

### Aufgabe und Entwicklung in 2007

So reichhaltig wie das Gewässernetz sind auch die wasserrechtlichen Aufgaben. Im Gegensatz zu anderen Bezirken hat Bergedorf umfassende Zuständigkeiten (z.B. an Gewässern 1.Ordnung und nach Hafen- und Schifffahrtsrecht).

Bergedorf weist seit Jahren mehr Bauland neu aus als andere Bezirke Hamburgs: neue Baugebiete liegen überwiegend in der Niederung von Elbe und Bille. Jede Erschließung und nahezu jedes Bauvorhaben im Landgebiet hat Berührungspunkte mit einem Gewässer. Die bestehende Oberflächenentwässerung mit kleinteiliger Parzellierung und gefällefrienen Marschengräben wird vermehrt überfordert. Aus diesen Tatsachen erwachsen die vielfältigen und kontinuierlich zunehmenden Aufgaben der bezirklichen Wasserbehörde (z.B. Binnenhochwasserschutz, Neubemessung der Überschwemmungsgebiete). Nicht nur die Landschaft verändert sich und damit Nutzungsart und -intensität, auch die Gewässer sind einem stärkeren Freizeit- und Erholungsdruck ausgesetzt, infolge dessen steigt der Regelungs- und Koordinierungsbedarf.

Für 2007 sind neben den Planverfahren auch die in konzentrierten Verfahren (z.B. nach Bergrecht, HBauO) durchgeführten wasserrechtlichen Gestattungen ausgewiesen.

Ergänzend zu den ausgewählten und erfassten Vorgangsarten sind Stellungnahmen zu wasserwirtschaftlicher Regionalplanung und zu Verfahren anderer Rechtsbereiche erarbeitet worden.

(auch für Vm – Gebiet)	2005	2006	2007
<b>Naturschutz:</b>			
Ausnahmen nach der Baumschutzverordnung	397	395	310
Sonstige naturschutz- rechtliche Verfahren	128	156	214
davon Ersatz und Ausgleich prüfen			21
Ordnungswidrigkeiten-Verfahren	2	5	12
Anzahl der Widersprüche	7	10	2
Anteil der erfolgreichen Widersprüche in %	0	0	0
<b>Wasserbehörde</b>			
Anzahl wasserrechtlicher Verfahren	535	628	774
Anzahl Widerspruchsverfahren	3	8	6
davon erfolgreiche Widersprüche in %	0	0	33,3



Anzahl OWI-Verfahren	0	2	1
Genehmigungen	150	163	211
Erlaubnisse	146	233	262
davon in konzentrierenden Verfahren			11
Planverfahren			1
Änderungen, Ergänzungen, Umstellungen	45	59	34
Versagung, Widerruf	17	28	93
Beanstandung/Anordnung u.ä.	151	106	128
Widersprüche/Klagen/Eingaben	5	8	9
Schäden am Gewässer	21	31	36
Einnahmen Soll	94.510	100.562	105.165
Ist	94.883	100.521	103.759

### Ziele für 2008

- Erhalt der §28 HambNatSchG-Biotope
  - Durchsetzen des Siel- und Benutzerzwanges in Teilen von Ochsenwerder
-